

JOURNAL FÜR ENTWICKLUNGSPOLITIK

vol. XXXI 3-2015

DEPENDENZTHEORIEN RELOADED

Schwerpunktredaktion: Stefan Pimmer, Lukas Schmidt

Herausgegeben von:
Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik
an den österreichischen Universitäten

Journal für Entwicklungspolitik (JEP)
Austrian Journal of Development Studies

Herausgeber: Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik an den
österreichischen Universitäten

Redaktion: Tobias Boos, Julia Eder, Gerald Faschingeder, Karin
Fischer, Margit Franz, Daniel Görgl, Inge Grau, Markus Hafner-Auinger,
Karen Imhof, Johannes Jäger, Johannes Knierzinger, Bettina Köhler,
René Kuppe, Bernhard Leubolt (verantwortlich), Jasmin Malekpour-
Augustin, Andreas Novy, Clemens Pfeffer, Stefan Pimmer, Petra
Purkharthofer, Kunibert Raffer, Lukas Schmidt, Gregor Seidl, Anselm
Skuhra, Koen Smet

Board of Editors: Henry Bernstein (London), Dieter Boris (Marburg),
John-ren Chen (Innsbruck), Hartmut Elsenhans (Leipzig), Jacques Forster
(Genève), John Friedmann (St. Kilda), Peter Jankowitsch (Wien), Franz
Kolland (Wien), Helmut Konrad (Graz), Uma Kothari (Manchester),
Ulrich Menzel (Braunschweig), Jean-Philippe Platteau (Namur), Dieter
Rothermund (Heidelberg), Heribert Steinbauer (Wien), Paul Streeten
(Boston), Osvaldo Sunkel (Santiago de Chile)

Produktionsleitung: Clemens Pfeffer, Bettina Köhler

Umschlaggestaltung: Clemens Pfeffer

Titelbild: Marie Orensanz, „Pensar es un hecho revolucionario“/
„To think is a Revolutionary Act“, 2009, Parque de la Memoria,
Buenos Aires

Foto: Stefan Pimmer

Inhalt

- 4 STEFAN PIMMER, LUKAS SCHMIDT
Dependenztheorien *reloaded*
- 11 FERNANDA BEIGEL
Das Erbe des lateinamerikanischen *Dependentismo*
und die Aktualität des Begriffs der Abhängigkeit
- 39 MATTHIAS EBENAU
Abhängige Entwicklung im 21. Jahrhundert: ein kritischer Dialog
zwischen Dependenztheorie und *Neodesarrollismo*
- 60 TANJA ERNST
Jenseits des ‚westlichen‘ Fortschrittsparadigmas?
Zum widersprüchlichen Verhältnis von Dependenz, Differenz
und Demokratie in Bolivien
- 86 RUDY WEISSENBACHER
Periphere Integration und Desintegration in Europa:
Zur Aktualität der „Europäischen Dependenzschule“
- 112 Schwerpunktredakteure und AutorInnen
- 115 Impressum

STEFAN PIMMER, LUKAS SCHMIDT

Dependenztheorien *reloaded*

In Lateinamerika führte die Krise des Neoliberalismus zu Beginn des 21. Jahrhunderts zu einem Aufleben entwicklungsstrategischer Debatten. Im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen steht dabei die Einschätzung neodesarrollistischer und (neo-)extraktivistischer Entwicklungsstrategien: Während Erstere den Bruch mit dem Neoliberalismus betonen (Bresser-Perreira 2006, Sicsú et al. 2007), verweisen KritikerInnen der (neo-)extraktivistischen Entwicklungsprojekte auf die Fortführung von Abhängigkeitsverhältnissen zu den kapitalistischen Zentren (CAAP/CLAES 2009, FDCL/RLS 2012). Trotz ihrer unterschiedlichen Positionen geht es in beiden Fällen um die (Überwindung der) Probleme, die mit einer untergeordneten Einbindung in die internationale Arbeitsteilung und den Weltmarkt verbunden sind. Angesichts dessen verwundert es, dass in den entsprechenden Debatten kaum auf dependenztheoretische Begriffe und Überlegungen zurückgegriffen wird: Obwohl unterschiedliche Formen von Abhängigkeit nach wie vor zentrale entwicklungspolitische Probleme darstellen, ist der Begriff bis auf wenige Ausnahmen sowohl aus den strategischen als auch wissenschaftlichen Auseinandersetzungen verschwunden.

Dies liegt, so eine der zentralen Thesen des vorliegenden Heftes, nicht so sehr an einer analytischen oder normativen Entwertung des Abhängigkeitsbegriffs. Die Marginalisierung der dependenztheoretischen Positionen muss zum einen mit dem Aufkommen lateinamerikanischer Militärdiktaturen in Verbindung gebracht werden, die bis Mitte der 1980er Jahre die politische Landkarte der Region prägten. Die Militärregime forcierten nicht nur die Auflösung dependenztheoretischer Forschungszusammenhänge und die Einschränkung universitärer Autonomie (Beigel 2006: 302-306), sondern führten indirekt auch zu einem sozialwissenschaftlichen Paradigmenwechsel: Nicht zuletzt aufgrund persönlicher Repressi-

onserfahrungen wurde statt der Revolution die Demokratie zum neuen Bezugsrahmen lateinamerikanischer Intellektueller (Lechner 1988: 23-43). Außerdem trug eine reduktionistische Lesart der Dependenztheorien dazu bei, heterogene Ansätze auf „eine“ Theorie im Singular zu reduzieren und diese einseitig als Umkehr modernisierungstheoretischer Paradigmen zu betrachten. Abhängigkeitsansätze würden demnach ausschließlich externe bzw. ökonomische Faktoren zur Erklärung für ausbleibende Entwicklungsprozesse heranziehen. Die erfolgreiche Exportindustrialisierung ostasiatischer Länder in den 1980er Jahren wurde aus dieser Sicht schließlich als empirische Widerlegung des Dependenzansatzes betrachtet (Menzel 1991, Boeckh 1993, Nuscheler 1997).

Die Betonung wissenschafts- und gesellschaftspolitischer Faktoren im Zusammenhang mit dem „Ableben“ der Dependenztheorien soll keinesfalls nahelegen, dass die Vorwürfe des Ökonomismus oder der einseitigen Betonung externer Faktoren im Detail gänzlich unbegründet waren. Unsere Kritik an der zumindest im deutschsprachigen Raum vorherrschenden Lesart der Dependenztheorien besteht vielmehr darin, dass sie die Vielschichtigkeit und den Facettenreichtum der Debatten ausblendet und damit ein Bild erzeugt, das unterschiedliche Ansätze auf „eine“ Theorie reduziert und dieser in der Regel ihre analytische Gültigkeit abspricht. Demgegenüber verstehen wir die dependenztheoretischen Ansätze weder als „Theorie“ noch als „Schule“. Es handelt sich unserer Meinung nach um ein Paradigma im Sinne eines wissenschaftlichen Feldes, dessen Zusammenhalt sich eher aus der gemeinsamen Ausgangsfrage, der Erklärung von Unterentwicklung, ergibt, als durch die jeweils unterschiedlichen methodologischen Herangehensweisen und theoretischen Bezugspunkte (Chilcote 1978: 56, Osorio 2008: 146-173).

Ziel des vorliegenden Heftes ist daher erstens, das reduktionistische Bild „der“ Dependenztheorie zurechtzurücken. Eine umfassende Darstellung der dependenztheoretischen Ansätze und Debatten ist zwar im Rahmen dieses Heftes nicht möglich (für einen Überblick vgl. Blomström/Hettne 1984, Kay 1989). Die Texte dieser Ausgabe sollen allerdings veranschaulichen, dass es sich dabei um vielfältige Positionen handelt, die unterschiedliche Formen und Ausprägungen von Abhängigkeit fokussierten und deren umfassende Aufarbeitung in Lateinamerika und darüber hinaus zum Teil noch aussteht. Dass dabei keineswegs nur „externe“

Einflussfaktoren eine Rolle spielten, verdeutlichen etwa jene Arbeiten, die sich den ökonomischen und sozialstrukturellen Besonderheiten der lateinamerikanischen Gesellschaften unter dem Stichwort der strukturellen Heterogenität widmeten (Pinto 1970, Córdova 1973, Sunkel 1978). Zudem kann auch die Kritik des Ökonomismus nicht pauschal für alle Abhängigkeitsansätze geltend gemacht werden. Die dependenztheoretischen Arbeiten zeichneten sich im Gegenteil durch eine disziplinäre Öffnung aus, die die ökonomischen Überlegungen der Comisión Económica para América Latina (CEPAL) zum Gegenstand inter- und transdisziplinärer Forschung machte. Der Begriff der Abhängigkeit wurde in diesem Kontext zum Bezugspunkt unterschiedlicher wissenschaftlicher Disziplinen und Strömungen, die neben Ökonomie, Soziologie und Politikwissenschaft auch ideologie- und kulturtheoretische Arbeiten sowie philosophische und theologische Ansätze umfassten.

Aufbauend auf einer Kritik der reduktionistischen Lesart besteht das zweite Ziel dieser Ausgabe darin, den Begriff der Abhängigkeit im Kontext aktueller Entwicklungen auf seine analytische Tragfähigkeit hin auszuloten. Angesichts der veränderten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und Akteure ist klar, dass an die Debatten der 1960er und 1970er Jahre nicht nahtlos angeschlossen werden kann. So stellen etwa die Zwänge des globalen Finanzsystems ein wesentliches Charakteristikum aktueller Abhängigkeitsbeziehungen dar, die wiederum durch die Zunahme von schuldenbedingter Abhängigkeit und dem gestiegenen Einfluss des transnationalen Finanzkapitals gekennzeichnet sind (Vernengo 2006). Darüber hinaus müssen auch die geopolitischen und ökonomischen Veränderungen im Rahmen des Aufstiegs der sogenannten Schwellenländer und insbesondere Chinas in die dependenztheoretische Analyse miteinbezogen werden, um deren Bedeutung sowohl theoretisch als auch empirisch auszuloten. Rezente Studien warnen hier etwa vor den Fallstricken eines „Beijing Consensus“ (Ferchen 2011; Slipak 2014). Speziell vor dem Hintergrund der jüngsten politischen Entwicklungen Lateinamerikas stellen zudem die sozial-ökologischen Konsequenzen einer Intensivierung (neo-)extraktivistischer Produktionsformen und die Frage ökologischer Abhängigkeiten wichtige Bezugspunkte für eine Reformulierung dependenztheoretischer Argumente dar (z.B.: Brand/Dietz 2013; Lang/Mokrani 2013).

Neben der Berücksichtigung dieser veränderten Rahmenbedingungen gilt es im Hinblick auf eine Erneuerung des Abhängigkeitsparadigmas, auch theoretische Defizite der damaligen Ansätze aufzuzeigen sowie mittels neuer theoretischer Anschlüsse unterschiedliche Dimensionen und veränderte Formen von Abhängigkeit in den Blick zu nehmen. Ohne an dieser Stelle ausführlicher auf die in der Literatur aufgeworfenen Kritikpunkte eingehen zu können (vgl. etwa Evers/Wogau 1973: 439-448, Kay 1989: 163-196, Franke 2004), liegt dependenztheoretischen Ansätzen nicht selten ein instrumentelles Staatsverständnis zugrunde, das die Komplexität der politischen Dimension von Abhängigkeitsverhältnissen verkennt. Auch die Analyse geschlechterspezifischer und rassialisierter Herrschaftsverhältnisse stellt eine abhängigkeitstheoretische Leerstelle dar. Ein umfassendes Verständnis von Marginalität oder struktureller Heterogenität beispielsweise wird jedoch auf gender- und rassismustheoretische Überlegungen nicht verzichten können. Nicht zuletzt scheint uns auch eine raumtheoretische Reformulierung des Abhängigkeitsparadigmas notwendig. Selten gingen dependenztheoretische Ansätze über eine vereinfachende Dichotomie von Nation und Weltmarkt bzw. Imperium hinaus. Eine raumtheoretische Präzisierung müsste diesbezüglich zur Kenntnis nehmen, dass Abhängigkeitsverhältnisse selbst Raum produzieren und Abhängigkeit auf unterschiedlichen räumlichen Maßstabsebenen verortet werden muss. Dies impliziert zudem, die Begriffe von Zentrum und Peripherie sowohl komplexer als auch heterogener und veränderbarer zu denken, als dies im methodologischen Nationalismus dependenztheoretischer Ansätze häufig geschehen ist.

Insgesamt will das Heft einen Beitrag dazu leisten, den Begriff der Abhängigkeit wieder in die wissenschaftlichen Debatten einzuführen, denn dieser – so unsere These – hat nicht an Relevanz für die Analyse ungleicher Beziehungen zwischen Zentrum und Peripherie verloren. Dafür sprechen auch zahlreiche Arbeiten, die sich nach dem „Ableben“ der Dependenztheorien ab den 1980er Jahren weiterhin auf das Problem der Abhängigkeit beziehen, ohne jedoch jene institutionelle, theoretische und empirische „Dichte“ aufzuweisen, die für die Hochphase des Paradigmas in den 1960er und 1970er Jahren charakteristisch war (vgl. etwa Higginbottom 2013, Novy 2013, Roviro 2005, Sotelo Valencia 2013). Neben einer Sichtung dieser jüngeren Arbeiten ist für eine Reformulierung des Abhän-

gigkeitsparadigmas auch eine systematische Aufarbeitung früherer dependenztheoretischer Beiträge vonnöten. Dies gilt nicht nur für Lateinamerika, sondern auch für die Rezeption in Afrika, Asien oder auch in Europa, zu der bisher kaum Arbeiten vorliegen. Dass eine Aufwertung des Abhängigkeitsbegriffs auch politisch von Bedeutung ist, stellt schließlich einen gemeinsamen Bezugspunkt der in dieser Ausgabe versammelten Beiträge dar. Dies gilt sowohl für die Einschätzung und Kritik der neodesarrollistischen bzw. (neo-)extraktivistischen Entwicklungsstrategien in Argentinien und Bolivien, wie Matthias Ebenau und Tanja Ernst ausführen, als auch für die Analyse von Abhängigkeitsverhältnissen, die Fernanda Beigel im Bereich der akademischen Wissensproduktion und -verbreitung konstatiert. Zudem ist das Problem der Dependenz bzw. deren Überwindung nicht nur für Lateinamerika relevant, sondern spielt auch in anderen regionalen Kontexten, etwa im Rahmen des europäischen Integrationsprozesses, eine zentrale Rolle. Dass sich die Aussagekraft dependenztheoretischer Ansätze damit nicht auf Lateinamerika beschränken lässt, zeigt Rudy Weissenbacher anhand der lebhaften Rezeption im Rahmen der „Europäischen Dependenzschule“.

Literatur

- Beigel, Fernanda (2006): Vida, Muerte y Resurrección de Las „Teorías de la Dependencia“. In: Beigel et al. (Hg.): *Crítica y Teoría en el Pensamiento Social Latinoamericano*. Buenos Aires: CLACSO, 287-326.
- Blomström, Magnus/Hettne, Björn (1984): *Development Theory in Transition: The Dependency Debate and Beyond*. London: Zed Books.
- Boeckh, Andreas (1993): *Entwicklungstheorien: Eine Rückschau*. In: Nohlen, Dieter/Nuscheler, Franz (Hg.): *Handbuch der Dritten Welt*. Bd. 1 Grundprobleme, Theorie, Strategien. Bonn: Dietz, 110-130.
- Brand, Ulrich/Dietz, Kristina (2013): *Dialektik der Ausbeutung. Der neue Rohstoffboom in Lateinamerika*. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 58 (11), 75-84.
- Bresser-Pereira, Luiz Carlos (2006): *O Novo Desenvolvimentismo e a Ortodoxia Convencional*. In: *São Paulo em Perspectiva* 20 (3), 5-24.
- CAAP/CLAES (Hg., 2009): *Extractivismo, Política y Sociedad*. Quito: Centro Andino de Acción Popular/Centro Latino Americano de Ecología Social. Quito: CAAP & CLAES.

- Chilcote, Ronald H. (1978): A Question of Dependency. In: Latin American Research Review, 13 (2), 55-68.
- Córdova, Armando (1973): Strukturelle Heterogenität und wirtschaftliches Wachstum. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Evers, Tilman Tönnies/Wogau, Peter von (1973): „dependencia“: lateinamerikanische Beiträge zur Theorie der Unterentwicklung. In: Das Argument, 15 (9), 404-454.
- FDCL/RLS (Hg., 2012): Der Neue Extraktivismus. Eine Debatte über die Grenzen des Rohstoffmodells in Lateinamerika. Berlin: FDCL-Verlag.
- Ferchen, Matt (2011): As relações entre China e América Latina: impactos de curta ou longa duração? In: Revista de Sociologia e Política, 19 (suplementar), 105-130.
- Franke, Yvonne (2004): Sozioökonomische Entwicklungsstrukturen zwischen Weltwirtschaft und Staat. Zur Kritik des Abhängigkeitsansatzes. In: Gerlach, Olaf/Kalmring, Stefan/Kumitz, Daniel/Nowak, Andreas (Hg.): Peripherie und globalisierter Kapitalismus. Zur Kritik der Entwicklungstheorie. Frankfurt a.M.: Brandes & Apsel, 193-219.
- Higginbottom, Andy (2013): The Political Economy of Foreign Investment in Latin America: Dependency Revisited. In: Latin American Perspectives, 40 (3), 184-206.
- Novy, Andreas (Hg., 2013): Gutes Leben für alle: Ein europäisches Entwicklungsmodell. Journal für Entwicklungspolitik, 29 (3).
- Kay, Cristóbal (1989): Latin American Theories of Development and Underdevelopment. London/New York: Routledge.
- Lang, Miriam/Mokrani, Dunia (Hg., 2013): Beyond development. Alternative visions from Latin America. Amsterdam/Quito: Transnational Institute.
- Lechner, Norbert (1988): Los patios interiores de la democracia. Subjetividad y política. Santiago de Chile: Flacso.
- Menzel, Ulrich (1991): Das Ende der „Dritten Welt“ und das Scheitern der großen Theorie. Zur Soziologie einer Disziplin in auch selbstkritischer Absicht. In: Politische Vierteljahresschrift, 32 (1), 4-33.
- Nuscheler, Franz (1997): Das Nord-Süd-Problem. In: Stammen, Theo (Hg.): Grundwissen Politik. Berlin/New York: Campus Verlag, 435-514.
- Osorio, Jaime (2008): Fundamentos del análisis social. La realidad social y su conocimiento. México, D.F.: Fondo de Cultura Económica.
- Pinto, Aníbal (1970): Heterogeneidad estructural y modelo de desarrollo reciente de la América Latina. In: ders. (Hg.): Inflación: raíces estructurales. México, D.F.: Fondo de Cultura Económica, 104-140.
- Roviro, Cristóbal (2005): Globalización en América Latina: Sobre los aportes y perjuicios sociales de la dependencia. In: Persona y Sociedad, 19 (3), 63-84.
- Sicsú, João/ Paula, Luiz Fernando de/ Michel, Renaut (2007): Por que novo-desenvolvimentismo? Revista de Economia Política 27 (4), 507-524.
- Slipak, Ariel M. (2014): América Latina y China: ¿cooperación Sur-Sur o „Consenso de Beijing“? In: Nueva Sociedad, 43 (250), 102-113.

- Sotelo Valencia, Adrián (2013): El capitalismo contemporáneo en el horizonte de la teoría de la dependencia. In: Argumentos, 26 (72), 77-96.
- Sunkel, Osvaldo (1978): La dependencia y la heterogeneidad estructural. In: El Trimestre Económico, 45 (177), 3-20.
- Vernengo, Matías (2006): Technology, Finance, and Dependency. Latin American Radical Political Economy in Retrospect. In: Review of Radical Political Economics 38 (4), 551-568.

Stefan Pimmer
stefan@pimmer.info

Lukas Schmidt
Institut für Internationale Entwicklung, Universität Wien
lukas.schmidt@univie.ac.at

FERNANDA BEIGEL

Das Erbe des lateinamerikanischen *Dependentismo* und die Aktualität des Begriffs der Abhängigkeit¹

Das Problem der „Abhängigkeit“ stellte in unterschiedlichen Epochen einen zentralen Bezugspunkt der intellektuellen Auseinandersetzungen Lateinamerikas dar. Es nahm bereits in den Debatten über die „geistige Emanzipation“ und die „zweite Unabhängigkeit“ ab Mitte des 19. Jahrhunderts sowie in den Auseinandersetzungen zwischen Kosmopolitismus und Nationalismus in den 1920er Jahren eine bedeutende Rolle ein. Ende der 1950er Jahre erfuhr es erneute Aufmerksamkeit im Kontext von Dekolonisierung und Befreiungsbewegungen. Zwischen 1964 und 1973 wurde es im akademischen Umfeld Chiles zum zentralen Gegenstand soziologischer Überlegungen und einer Theorie des gesellschaftlichen Wandels, angetrieben durch eine beständige Politik der Konsolidierung des wissenschaftlichen Systems und des Hochschulwesens. In dieser Phase, in die auch die demokratische Wahl der sozialistischen Regierung unter Salvador Allende fällt, entwickelte sich Santiago zu einem bedeutenden und dynamischen Zentrum regionaler wissenschaftlicher Auseinandersetzungen. Im vorliegenden Aufsatz werde ich aus einer sozialgeschichtlichen Perspektive die Entstehungsbedingungen der Lateinamerikanischen Schule der Abhängigkeit (Blomström/Hettne 1990) analysieren und auf die Besonderheiten des gesellschaftlichen Umfelds eingehen, in dem diese Wissensproduktion stattfand.

Die „Dependenztheorie“², verstanden als kritische Reflexion der peripheren Kondition Lateinamerikas, entstand innerhalb eines umstrittenen konzeptionellen Rahmens. Die zentrale Auseinandersetzung zwischen ihren VertreterInnen drehte sich um die Bestimmung dessen, was als „konkrete Situation der Abhängigkeit“ bezeichnet werden konnte. Während einige behaupteten, dass der zentrale Widerspruch zwischen

Nation und internationalem System verlief, beharrten andere darauf, der nationalen Ebene und den Klassenverhältnissen eine analytische Vorrangstellung einzuräumen. Gegenseitig beschuldigten sie sich des „Reformismus“ und wetteiferten darum, wer die radikalste Position in Bezug auf gesellschaftlichen Wandel einnahm. Die Entstehung des *Dependentismo* muss diesbezüglich im Spannungsfeld zwischen dem Erbe des strukturalistischen *Cepalismo* und dem heterodoxen Marxismus begriffen werden, der sich in kritischer Distanz zu den kommunistischen Parteien Lateinamerikas herausbildete.

Angesichts der Komplexität dieser intellektuellen Tradition unterscheide ich in dieser Arbeit drei verschiedene Verwendungen des Begriffs der „Abhängigkeit“, die sich gegenseitig überlagern: a) die *Abhängigkeit*, verstanden als eine sich verändernde historische Kondition; b) den *Dependentismo*, als eine zwischen 1964 und 1973 entstandene Gesellschaftstheorie; und c) die *Dependentistas*, d.h. die ForscherInnen, die diesen Ansatz in verschiedenen institutionellen Zusammenhängen entwickelten. Im ersten Abschnitt widme ich mich jenen intellektuellen Traditionen und institutionellen Kontexten, in denen die „Dependenztheorie“ ihren Ursprung nahm. Im zweiten Abschnitt beschäftige ich mich mit vier dependenztheoretischen Arbeitsgruppen und ihren jeweiligen akademischen Verankerungen. Abschließend beurteile ich den Beitrag des *Dependentismo* mit dem Ziel, ein besseres Verständnis der in Lateinamerika verwurzelten soziologischen Paradigmen zu gewährleisten.

1. Die konzeptionellen Ursprünge der Problematik der Abhängigkeit

Die Formierung der lateinamerikanischen Staaten in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurde von unterschiedlichen oligarchischen und/oder militärischen Eliten beeinflusst, deren Verständnis von Modernität nicht auf Gleichberechtigung und Demokratie, sondern vielmehr auf technischem Fortschritt beruhte. Diese Eliten dominierten die traditionellen Parteien und ließen dabei wenig Spielraum für politische Debatten, weshalb sich gesellschaftliche Unzufriedenheit vor allem auf kultureller Ebene manifestierte. In diesem Kontext entwickelte sich zwischen 1870

und 1900 der *modernismo hispanoamericano*, eine literarische Bewegung, die die neuen Erfahrungen einer von sozialem Aufstieg und europäischer Immigration geprägten Gesellschaft zum Ausdruck brachte. Angesichts eines restriktiven politischen Systems nutzten diese AutorInnen vor allem das journalistische Medium, um BürgerInnenrechte und soziale Gleichheit einzufordern. EssayistInnen wie José María de Hostos, Manuel González Prada und José Martí vertraten dabei die Sichtweise, dass die lateinamerikanische Unabhängigkeit nur formal und unvollständig war, kontrollierten doch britische und US-amerikanische Unternehmen die dynamischsten Wirtschaftszweige der Region. Der Imperialismus wurde in diesem Zusammenhang als ein ökonomisches Phänomen betrachtet, das notwendigerweise mit internen Faktoren verbunden war. Damit einhergehend rückte der Modernismus außerdem das Thema der „intellektuellen Abhängigkeit“ als wesentlichen Hinderungsgrund einer autozentrierten Entwicklung der entsprechenden Länder hervor. Für José Martí bedeutete „das Problem der Unabhängigkeit nicht eine Veränderung der Formen, sondern eine des Geistes“ (Martí 1992: 484).

In den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts fand ein intensiver Prozess der sozialen und kulturellen Ausdifferenzierung der lateinamerikanischen Gesellschaften statt: Ausgehend von einer Verbindung zwischen Journalismus und Literatur entstanden literarische Systeme, innerhalb derer sich die Poesie und der Essayismus als unterschiedliche Strömungen entwickelten. Die Universitäten nahmen bei der Modernisierung des öffentlichen Raums eine entscheidende Rolle ein. Sie gewährleisteten die Formierung von Intellektuellen, die für die Durchsetzung demokratischer Forderungen und die Entstehung moderner Massenparteien von entscheidender Bedeutung waren. Neben der Entwicklung der Hochschulbildung erlangte die wissenschaftliche Forschung eine immer größere Autonomie gegenüber der universitären Lehre und trennte sich vom gesellschaftlichen und doktrinären Essayismus.

Ende der 1940er Jahre standen der Kolonialismus und der Rassismus im Zentrum der Debatten jener Welt, die aus dem Zweiten Weltkrieg hervorging. Unterentwicklung wurde gemeinhin als rückständiger Zustand gegenüber den modernen und industrialisierten Gesellschaften verstanden. Dadurch wurde das Thema der „Entwicklung“ zu einem wichtigen Problemfeld jener neuen intellektuellen Strömungen, die die soziale

und ökonomische Struktur der Dritten Welt erklären wollten. Die Entstehung regionaler Organisationen wie etwa der CEPAL, die als Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik im Rahmen der Vereinten Nationen gegründet wurde, förderte in diesem Kontext eine Auseinandersetzung über die Auswirkungen von technologischem Fortschritt und die Rolle der lateinamerikanischen Regierungen in entwicklungspolitischer Hinsicht.

Der Grundstein für den lateinamerikanischen Strukturalismus bzw. *Cepalismo* wurde mit der von Raúl Prebisch verfassten Studie *El Desarrollo económico de la América Latina y sus principales problemas* (1949) gelegt. Die Studie charakterisierte die internationale Ökonomie als ein Geflecht ungleicher Beziehungen zwischen einem industrialisierten Zentrum und der Peripherie, geprägt durch Problemfelder auf drei unterschiedlichen Ebenen: erstens die Unfähigkeit traditionell exportorientierter Ökonomien, das Arbeitskräfteangebot aus dem ruralen Raum zu absorbieren bzw. die damit in engem Zusammenhang stehende strukturelle Arbeitslosigkeit; zweitens das Ungleichgewicht in der Außenhandelsbilanz peripherer Länder, verursacht durch den tendenziell stärkeren Industriegüterimport im Vergleich zum Primärgüterexport; und drittens die tendenzielle Verschlechterung der *terms of trade* (Love 1999). Prebisch zufolge wirkte sich diese internationale Arbeitsteilung auf den Lebensstandard in der Peripherie aus, der sich im Vergleich zu den Zentrumsländern verschlechterte. Die einzige Lösung sah er in der Mechanisierung der Landwirtschaft und der Industrialisierung der lateinamerikanischen Länder (Prebisch 1949: 4).

Ein Jahrzehnt später ergab die Bilanz der Industrialisierungspolitik, dass sich die damit verbundenen Hoffnungen auf Entwicklung nicht erfüllt hatten. Eine neue Generation von SozialwissenschaftlerInnen wurde dadurch angehalten, über die Politik der Importsubstitution hinauszudenken, um das Verständnis der ungleichen Struktur der Weltwirtschaft zu vertiefen. Diese neuen Überlegungen gingen aus dem Umfeld der CEPAL hervor. Sie teilten vor dem Hintergrund historischer Analysen die Überzeugung, dass sowohl die monopolistische Struktur des Landbesitzes als auch die Segmentierung des Arbeitsmarktes aufgebrochen werden musste. Im Unterschied zur ersten Generation der CEPAL legten die *Dependentistas* allerdings ein Augenmerk auf soziale Konflikte und politische Kämpfe, um die Unterentwicklung zu erklären. Ihr zentrales Interesse

bestand darin, die Besonderheit der Beziehungen zwischen gesellschaftspolitischen Faktoren und ökonomischer Entwicklung zu bestimmen. In diesem Sinn untersuchten sie die unterschiedlichen Gesellschaften und berücksichtigten dabei die historische Überlagerung des Kapitalismus durch vorkapitalistische Produktionsformen. Sie zeigten verschiedene Typen von Abhängigkeitsverhältnissen auf, die sich während des 19. Jahrhunderts herausgebildet hatten: Enklaven oder nach außen gerichtete Volkswirtschaften. Die soziologische Perspektive des *Dependentismo* gelangte damit zu einem neuen Verständnis von „Unterentwicklung“, das eine kombinierte Analyse von Ökonomie und Politik in jeweils spezifischen Situationen erforderte (Cardoso/Faletto 1975).

2. Die Entstehung der dependenztheoretischen Perspektive

An anderer Stelle (Beigel 2006) habe ich darauf hingewiesen, dass die entwicklungstheoretischen Debatten in Lateinamerika stark von der Frage nach dem feudalistischen oder kapitalistischen Charakter der Region beeinflusst wurden. Während André Gunder Frank die Vorstellung vertrat, dass Lateinamerika bereits seit dem 16. Jahrhundert kapitalistisch war, beharrte Agustín Cueva darauf, dass sich der Kapitalismus erst im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts konsolidiert habe (Frank 1969; Cueva 1990). Beide Positionen beruhten jedenfalls auf der kritischen Revision eurozentrischer Auffassungen von „Kapitalismus“ und „Entwicklung“. Im Gegensatz dazu standen jene Positionen, die den Kontinent als „semi-feudal“ und rückständig begriffen. Diesen Auffassungen entsprechend sollte eine bürgerliche Revolution nach dem Vorbild der entwickelten Staaten es ermöglichen, sich der feudalen Überreste zu entledigen. Diese Vorstellung wurde vor allem von theoretischen Strömungen im Umfeld der kommunistischen Parteien vertreten. Der Sozialismus wurde von ihnen als eine Produktionsweise erachtet, die die kapitalistische Ausbeutung überwinden würde. Dies sei allerdings erst nach der vollständigen Entfaltung der Produktivkräfte innerhalb des Kapitalismus möglich.

Kurz vor dem Ende der 1950er Jahre vollzog sich mit der Kubanischen Revolution eines der bedeutendsten Ereignisse in der jüngeren Geschichte Lateinamerikas. Die Revolution hinterließ ihre Spuren auch in der akade-

mischen Landschaft und führte zu einer Hinwendung der Sozialwissenschaften zum politischen Aktivismus. In diesem Kontext entstand ein Verständnis von „Abhängigkeit“, das im Unterschied zu früher vor allem eine „räumliche“ Dimension beinhaltete und eine Neuausrichtung der lateinamerikanischen Sozialwissenschaften nach sich zog. Samir Amin zufolge wurden damit die Voraussetzungen für grundlegende Debatten über Sozialismus und Marxismus sowie über die Grenzen des im modernen Denken vorherrschenden Eurozentrismus gelegt, die zu einer umfassenden Kritik des „real existierenden Kapitalismus“ (Amin 2003: 53) führten. Die zentralen Achsen, entlang derer sich der inhaltliche Wandel – der sowohl den *Cepalismo* als auch marxistische und neomarxistische Ansätze umfasste – vollzog, strebten eine ebenso signifikante Wende an, wie sie für die gesellschaftlichen Strukturen erhofft wurde.

Angesichts der Heterogenität, der Kritiken und der Repliken innerhalb der dependenztheoretischen Ansätze muss festgehalten werden, dass der *Dependentismo* nicht als Theoriegebäude zu verstehen ist, sondern vielmehr als „theoretisches Problem“ einer kollektiven und interdisziplinären Reflexion über die Neubestimmung der Unterentwicklung. Die Abhängigkeit wurde als „historische Situation“ verstanden, die sich im Kontext bestimmter nationaler und internationaler Bedingungen entwickelte und Resultat der internationalen Struktur der Unterentwicklung war. Es handelte sich jedoch nicht um die Durchsetzung rein externer Faktoren, sondern um ein Verhältnis zwischen industrialisierten und abhängigen Ländern. Ohne Zweifel war die Vorstellung einer „spiegelbildlichen“ Entwicklung dabei eines der umstrittensten Themen der Auseinandersetzungen jener Zeit. In diesem Zusammenhang konzipierten Fernando Henrique Cardoso und Enzo Faletto in ihren ersten Arbeiten ein Konzept der Abhängigkeit, das sich von der Vorstellung einer „spiegelbildlichen“ Entwicklung entfernte und die Aspekte von Politik und Macht stärker betonte als jene der Ökonomie:

„Wir beabsichtigen zwei Irrtümer zu vermeiden, die häufig einander ähnliche Interpretationen beeinträchtigen: die Vorstellung einer mechanischen Konditionierung der internen (oder nationalen) soziopolitischen Situation durch externe Einflüsse sowie die gegenteilige Annahme einer allumfassenden historischen Kontingenz. Tatsächlich impliziert eine Abhängigkeitsbeziehung – im Fall abhängiger Nationen – oder eine Situ-

ation der ‚nationalen Unterentwicklung‘ weder, dass sich die nationale Geschichte zwangsläufig durch eine rein spiegelbildliche Entwicklung des externen hegemonialen Pols kennzeichnet, noch dass dieser irrelevant ist für eine mögliche Autonomie der nationalen Geschichte.“ (Cardoso/Faletto 1975: 162f)

Die Debatten über die Definition des Abhängigkeitsbegriffs waren stark mit der Frage nach den Möglichkeiten von Nationalstaaten verknüpft, ihre jeweilige Abhängigkeitssituation zu verändern bzw. mit der Frage nach den politischen Allianzen, um solch eine Veränderung herbeizuführen. Im 1979 veröffentlichten Postskriptum zu ihrem Buch *Abhängigkeit und Entwicklung in Lateinamerika* hielten Cardoso und Faletto fest, dass sich spezifische Abhängigkeitssituationen, obwohl sie bloß als Ausdruck eines Kampfes zwischen Nationalstaaten erscheinen, einer doppelten Determinierung unterliegen, da sie auch Konflikte zwischen sozialen Gruppen und Klassen umfassen. Sie merkten an, dass ihr 1967 veröffentlichtes Buch vor allem auf die Verknüpfung der politischen Auseinandersetzungen zwischen sozialen Gruppen und Klassen auf der einen Seite und der historischen Entwicklung der internen und externen politökonomischen Strukturen auf der anderen Seite abzielte. Sie waren sich darüber hinaus auch der Notwendigkeit einer spezifischen Auffassung des Staates bewusst: Dieser könne nicht einfach als „bürgerliche Institution“ betrachtet werden, sondern sei auch Garant einer möglichen gesellschaftlichen Veränderung, wenn er sich in der Hand der subalternen Kräfte befinde (Cardoso/Faletto 1979: 95).

An dieser Stelle lässt sich bereits erahnen, dass die Auseinandersetzung zwischen einem klassenanalytischen und einem „nationalen“ Fokus eines der umstrittensten Themen der dependenztheoretischen Debatten war. Francisco Weffort bezeichnete dieses Problem als „theoretische Position des nationalen Problems im Rahmen der Produktions- und Klassenverhältnisse“ (Weffort 1970: 390). Er sprach sich damit gegen die historisch-reale Existenz eines Widerspruchs zwischen der Nation (verstanden als autonome Einheit mit notwendigem Bezug zu Macht- und Klassenverhältnissen) und der Abhängigkeit (verstanden als Außenbeziehung zu den Zentrumsstaaten) aus. Seine Kritik richtete sich vor allem gegen die unter einigen *Dependentistas* verbreitete Vorstellung einer wechselseitigen Beziehung zwischen den Veränderungen innerhalb der peripheren Länder und

jener der Zentrumsländer, weil diese letzten Endes jede Möglichkeit einer von den peripheren Ländern ausgehenden Veränderung leugnete (ebd.: 392). Das von Weffort angesprochene Problem war keinesfalls von geringer Bedeutung. Seine Kritik war jedoch allzu starr formuliert und vernachlässigte zudem jene nationalen Befreiungsbewegungen, die sich bereits damals mit sozialistischen Kräften artikulierten.

Auch der Ecuadorianer Agustín Cueva kritisierte die *Dependentistas* wegen ihres „nationalistischen“ Einschlags. Sein Ansatz war jedoch differenzierter, da er den Widerspruch zwischen unabhängigen imperialistischen Ländern und abhängigen Ländern anerkannte. Allerdings musste der Widerspruch zwischen Imperium und Nation aus den seiner Ansicht nach übergeordneten Klassenverhältnissen abgeleitet werden und konnte nur unter bestimmten Umständen in den Vordergrund treten (Cueva 1979a: 15). In einer seiner ersten Repliken insistierte Cardoso darauf, dass das Konzept der Abhängigkeit auf eine Reartikulation zwischen sozialen Klassen, Ökonomie und Staat in spezifischen Situationen von Herrschaft und Abhängigkeit verwies (Cardoso 1970). Eine ähnliche Position verteidigte 1978 auch Vânia Bambirra, indem sie festhielt, dass der Klassenkampf innerhalb einer unterdrückten Nation vom Klassenkampf auf internationaler Ebene beeinflusst sei. Obwohl sich der Klassenkampf also auf nationaler Ebene abspielte und damit das Problem der Nation in den Vordergrund rückte, geschah dies nicht unabhängig von jenen Klassenwidersprüchen, die sich im Widerspruch zwischen einer unterdrückten und einer unterdrückenden Nation manifestierten. Bambirra wollte damit jene Verwirrung aufklären, die durch den einseitigen Fokus auf den „Hauptwiderspruch“ zwischen Klassen auf Kosten des Nebenwiderspruchs zwischen unterdrückter und unterdrückender Nation entstand. Ihrer Ansicht nach handelte es sich bei der nationalen Frage um nichts anderes als „die Form, in der sich die Widersprüche zwischen gegensätzlichen Klassen auf nationaler Ebene manifestieren“ (Bambirra 1983: 54).

Die Auseinandersetzungen zwischen MarxistInnen und *Dependentistas* blieben allerdings zumeist in abstrakten Diskussionen verhaftet. In der Regel waren die MarxistInnen von einer Frage angetrieben: Sollten die Dependenztheorien als Teil des Marxismus aufgefasst werden, verstanden als ein auf gewissen Grundannahmen beruhendes Theoriesystem? Einige verloren dabei jegliche Unterscheidung zwischen dem von den Dependenz-

theorien aufgeworfenen Forschungsproblem und den marxischen Texten aus den Augen, sodass sich Letztere zur ausschließlichen und ahistorischen Referenz der Auseinandersetzungen entwickelten. Aus diesen Debatten und dem damit verbundenen Fokus auf die Existenz unterschiedlicher Produktionsweisen ging allerdings einer der gehaltvollsten Beiträge am Schnittpunkt zwischen *Dependentismo* und Marxismus hervor: die Kategorie der „strukturellen Heterogenität“ als bestimmendes Merkmal der lateinamerikanischen Gesellschaften. Dieses Konzept ermöglichte es schließlich, die unterschiedlichen Formen ökonomischer und sozialer Entwicklung zu erklären, die sich seit der Eroberung Amerikas überlagerten und die Entstehung asymmetrischer Machtbeziehungen zwischen den Staaten sowie im Verhältnis zum kapitalistischen Weltsystem zur Folge hatten (Beigel 2014; Mallorquín 2011).

3. Das chilenische Labor und die lateinamerikanische Dependenzschule

Im Zuge der Staatsstrieche von Brasilien (1964) und Argentinien (1966) entwickelte sich Santiago de Chile zu einem der wichtigsten Zentren für internationale Kooperation. In anderen Arbeiten (Beigel 2010a; 2010b; 2013) habe ich die Gründe untersucht, die zur Konzentration von akademischem Kapital in dieser Stadt geführt haben: das relativ stabile institutionelle Gefüge und die Ansiedelung von internationalen Organisationen; die Entwicklung der Hochschulbildung und eine Politik zur Stärkung der wissenschaftlichen Forschung, die von der chilenischen Regierung durch staatliche Mittel und das offensive Eintreiben ausländischer Beihilfen gefördert wurde; sowie die zentrale Rolle der CEPAL im Zusammenhang mit der *Allianz für den Fortschritt* und der Ankunft zahlreicher exilierter SozialwissenschaftlerInnen aus anderen Ländern Südamerikas, die entscheidend zur Infragestellung der damals vorherrschenden sozialwissenschaftlichen Strömungen beitrugen.

Unter der Regierung von Eduardo Frei Montalva (1964–1970) wurden in Chile sowohl Agrarreformen als auch Bildungsreformen umgesetzt, die zur Vertiefung der in den 1950er Jahren vollzogenen Modernisierung des Hochschulsystems beitrugen. Der anfängliche Enthusiasmus der „Revolu-

tion in Freiheit“ erlosch jedoch rasch durch die in Chile und ganz Lateinamerika voranschreitenden Radikalisierungsprozesse. Die proaktive Diplomatie der chilenischen Regierung im interamerikanischen System und der Protagonismus der CEPAL im Rahmen der *Allianz für den Fortschritt* verringerten sich und machten neuen regionalen Tendenzen Platz. Die USA verloren die Zustimmung zu ihrer Kontrollfunktion in der Region und die „reformistischen“ Kräfte wurden dazu angehalten, sich von der nordamerikanischen Bevormundung zu distanzieren. Die InitiatorInnen der zuvor genannten Reformen begannen, die vorgeschlagenen Veränderungen zu vertiefen und bewirkten durch die Uneinigkeiten eine Spaltung der Regierungspartei. Das „chilenische Labor“ entwickelte sich auf diese Weise zu einem bedeutenden Raum der Erkenntnisproduktion und zu einem bevorzugten Untersuchungsgegenstand für eine neue Generation von SozialwissenschaftlerInnen, die bereits politisiert nach Santiago kamen.

Ohne Zweifel war der Staatsstreich in Brasilien jenes Ereignis, das sowohl den *Cepalismo* als auch jene exilierten WissenschaftlerInnen prägte, die im Lateinamerikanischen Institut für Wirtschaftliche und Gesellschaftliche Planung (Instituto Latinoamericano de Planificación Económica y Social, ILPES), eines im Kontext der CEPAL gegründeten Forschungsinstituts, tätig waren. Von besonderer Bedeutung war die Institutsleitung durch Celso Furtado und die Ankunft von SoziologInnen wie etwa Fernando Henrique Cardoso. Dies schlug sich vor allem in einem Seminar nieder, das im Juni 1964 vom ILPES durchgeführt wurde und das von manchen als Gründungsmoment der „Dependenztheorie“ betrachtet wird (García 2005). Die dort geführten Debatten waren die logische Folge selbstkritischer Reflexionen, die verschiedene ExpertInnen der CEPAL seit den 1950er Jahren dazu geführt hatten, die Industrialisierung nicht als Weg in Richtung Selbstbestimmung und dauerhafte Entwicklung zu betrachten. Einige dieser Reflexionen entstanden im Kontext von Schulungen, die die CEPAL für FunktionärInnen und Angestellte lateinamerikanischer Regierungen abhielt und die später im Buch *El subdesarrollo latinoamericano y la teoría del desarrollo* von Osvaldo Sunkel und Pedro Paz (1970) systematisch zusammengeführt wurden.

Andere Überlegungen wiederum entstammten der von José Medina Echavarría geführten Abteilung für Soziale Angelegenheiten (Divi-

sión de Asuntos Sociales) der CEPAL. José Medina Echavarrías Veröffentlichung *Las condiciones sociales del desarrollo económico*, die in der 6. Sitzungsperiode der CEPAL 1955 in Bogotá vorgestellt wurde, war einer der ersten Beiträge zur kritischen Reflexion über die Beschränkungen jenes Entwicklungsverständnisses, das den Maßnahmen des lateinamerikanischen Strukturalismus zugrunde lag. Er erarbeitete darin ein Konzept von Entwicklung, das auf konkreten analytischen Typologien zur Untersuchung sozialer Strukturen beruhte. Diese beinhalteten demografische und kulturelle Faktoren, gesellschaftliche Bedingungen der Produktion sowie die Rolle des Staates und der Intellektuellen (Medina Echavarría 1955). Ab 1957 forcierte er zudem die Lektüre Max Webers in der Neuen Schule der Soziologie, die sich im Rahmen der Lateinamerikanischen Fakultät für Sozialwissenschaften (Facultad Latinoamericana de Ciencias Sociales, FLACSO) herausbildete. 1964 gelang es Medina Echavarría darüber hinaus, viele jener exilierten südamerikanischen SozialwissenschaftlerInnen ans ILPES zu holen, die entscheidend an der theoretischen Erneuerung des Strukturalismus mitwirken sollten.

Während sich diese Debatten im ILPES entwickelten, fanden andere exilierte ForscherInnen ihren Platz in Santiago an der *Universidad de Chile* und der *Universidad de Concepción*. 1966 empfing der chilenische Soziologe Eduardo Hamuy eine Gruppe exilierter WissenschaftlerInnen in dem von ihm geleiteten Zentrum für Sozio-Ökonomische Studien (Centro de Estudios Socio-económicos, CESO), einem Forschungsinstitut der *Universidad de Chile*. Die Mehrheit dieser Gruppe bestand aus jungen SozialwissenschaftlerInnen, die in der Studierendenbewegung und den radikalen Erfahrungen der 1962 gegründeten *Universidade de Brasília* politisiert worden waren. Nach dem Staatsstreich 1964 hatten sich einige von ihnen in der Widerstandsbewegung gegen die Diktatur beteiligt und waren dabei in Gefangenschaft geraten. Es handelte sich um linke AktivistInnen, die aufbauend auf den Texten von Marx eine strukturelle Analyse Brasiliens und eine dementsprechende Konzeption der Revolution entwickelten, die in kritischer Distanz zu den Vorstellungen der Kommunistischen Partei und jenen der CEPAL standen. Mit den Worten von Ruy Mauro Marini wurde der Strukturalismus „in jenem Maße zur Zielscheibe, in dem sich die KommunistInnen, die sich mehr der Geschichte als der Ökonomie gewidmet hatten, auf die cepalistischen Thesen der säkularen

Verschlechterung der Terms of Trade, den strukturalistischen Dualismus und eine mögliche autonome kapitalistische Entwicklung stützten, um das aus der Komintern hervorgegangene Prinzip der antiimperialistischen und antifeudalen bürgerlich-demokratischen Revolution zu verteidigen“. (Marini 1999, o.S.).

Neben der Reflexion über das strukturalistische Erbe, der Marxlektüre und dem Rückgriff auf Weber war noch eine weitere theoretische und methodologische Strömung von zentraler Wichtigkeit, um dem Abhängigkeitsansatz seinen letzten „Schliff“ zu verleihen. Es handelt sich um jene lateinamerikanischen Beiträge, die sich dem historischen Verhältnis zwischen Struktur und sozialem Wandel widmeten. Eine dieser Arbeiten war das von Sergio Bagú 1949 veröffentlichte Werk *Economía de la sociedad colonial. Ensayo de historia comparada de América Latina*. Darin hielt Bagú fest: „Es war nicht der Kapitalismus, der in der von uns untersuchten Periode in Lateinamerika aufkam, sondern ein kolonialer Kapitalismus. Es gab keine weit verbreitete Leibeigenschaft, sondern Sklaverei in vielen Schattierungen, die häufig durch komplizierte und betrügerische juristische Formulierungen verschleiert wurde. Iberoamerika entstand, um den Zyklus des beginnenden Kapitalismus zusammenzufügen, und nicht, um den mit dem Tod ringenden feudalen Zyklus zu verlängern“ (Bagú 1949: 261). Bagús Anliegen war es, eine einheitliche Geschichte des lateinamerikanischen Kontinents zu begründen, die sich auf die verfügbaren kolonialen Dokumente und die Schriften lateinamerikanischer Autoren stützte, die zwischen 1920 und 1940 ein ähnliches Vorhaben verfolgt hatten: José Carlos Mariátegui, Caio Prado Júnior, Rodolfo Puiggrós, Silvio Zavala, Alberto Zum Felde, Luis Valcárcel, Volodia Teitelboim.

Auch wenn Bagús Schriften etwa zur gleichen Zeit entstanden wie jene der französischen Annales-Schule, so war ihm dieser zu jener Zeit neue historische Ansatz nicht bekannt (Bagú 2005: 209). Osvaldo Sunkel erinnert daran, dass die Texte, die in den Schulungsbüchern der CEPAL und des ILPES verwendet wurden, hauptsächlich auf zwei zentralen Quellen beruhten: a) der von Prebisch verfassten CEPAL-Studie von 1949 und b) der Bibliografie des Lehrstuhls für Wirtschaftsgeschichte der *Universidad de Chile*, die die Arbeiten von Bagú ebenso beinhaltete wie jene von Mario Góngora, Jorge Ahumada, Aníbal Pinto und Gregorio Weinberg (Sunkel 2007). Durch diese historisch-strukturalistische Herangehensweise wurde

die „Unterentwicklung“ zum neuen Forschungsschwerpunkt, in dessen Rahmen die von Bagú mitgeprägte lateinamerikanische „Gesamtgeschichte“ (*historia total*) zum Brückenbau zwischen Ökonomie und Soziologie beitrug.

4. Die *Dependentistas*

Insgesamt betrachtet setzten sich die *Dependentistas* aus ungefähr dreißig SozialwissenschaftlerInnen zusammen, die zwischen Ende der 1920er und Mitte der 1940er Jahre geboren wurden. Bis auf Celso Furtado war die große Mehrheit zwischen 27 und 37 Jahre alt; die Hälfte von ihnen waren ÖkonomInnen, die andere Hälfte SoziologInnen, und einige wenige RechtsanwältInnen und PolitikwissenschaftlerInnen. Mit Ausnahme von André Gunder Frank, Franz Hinkelammert und Armand Mattelart wurden alle in Lateinamerika geboren. 90 Prozent von ihnen waren SüdamerikanerInnen, die Hälfte davon aus Brasilien. Während der Phase des *Dependentismo* (1964–1973) hielten sich viele von ihnen in Chile auf und arbeiteten Vollzeit als WissenschaftlerInnen in einem der interdisziplinären Forschungszentren.³ Im Allgemeinen waren die *Dependentistas* mehreren Institutionen zugehörig, da sie als GastwissenschaftlerInnen an verschiedenen Universitäten und regionalen Forschungszentren lehrten. Es gab jedoch auch dauerhafte Forschungsteams zur Dependenz-Problematik, auf die wir im Folgenden näher eingehen werden.

Die Berichte zu jener Zeit vermerken, dass die dependenztheoretischen Schriften als unveröffentlichte Manuskripte oder Nachdrucke in den Klassenräumen, den Forschungszentren und auch an informellen Orten wie abendlichen Gesprächsrunden in den Cafés und Wohnungen zirkulierten. Es gab zudem einen regen Austausch zwischen den einzelnen Forschungsinstituten und intensive wissenschaftliche Diskussionen (Sunkel 2006; Dos Santos 2006). Die Auseinandersetzungen waren äußerst heftig. Eines der zentralen Themen war die entwicklungstheoretische Charakterisierung des Kontinents. Während André Gunder Frank davon ausging, dass der lateinamerikanische Kapitalismus seit der Kolonisierung existierte, bekräftigten andere, dass er erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts zur vorherrschenden Produktionsweise geworden war. Ein anderes bedeutendes Thema war die

theoretische Verortung des „nationalen Problems“ im Rahmen von Klassenbeziehungen. Francisco Weffort zufolge bestand kein realer Widerspruch zwischen einer Herrschaft auf nationaler Ebene und jener aus dem Ausland, weil Abhängigkeit ebenso wie jeglicher sozialer Wandel aus dem Inneren der Klassenstrukturen hervorging (Weffort 1970: 392). Fernando H. Cardoso beharrte darauf, dass Abhängigkeit der Ausdruck einer spezifischen Artikulation zwischen sozialen Klassen, dem produktiven System und dem Staat sei, in einer spezifischen historischen Situation (Cardoso 1970). Gegen das Argument von Vânia Bambirra und ihren Versuch, eine „abhängige Produktionsweise“ zu definieren, verwies Agustín Cueva darauf, dass der *Dependentismo* keine neue Perspektive darstellte, weil die Sozialstruktur der untergeordneten Nationen im Rahmen der von Marx aufgezeigten allgemeinen Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus untersucht werden könnte (Bambirra 1983; Cueva 1979b). Klassifizierungen und Etiketten waren an der Tagesordnung. Dies führte in der Regel zu abstrakten Diskussionen um die Frage, ob die „Dependenztheorie“ mit den Schriften von Marx im Einklang stand, und nicht darum, ob sie der konkreten historischen Realität entsprach, die sie zu erklären beabsichtigte.

Trotz des Stils und der Schärfe der Polemiken herrschte Konsens über die Verschiebung der Problematik des *Desarrollismo* hin zur Frage der Unterentwicklung, die eine historisch-strukturelle Analyse, den Fokus auf die politische Macht sowie den Klassenkampf mit einschloss. Gegen die Anwendung einer „wissenschaftlich-universellen“ Methodologie wandten diese jungen SozialwissenschaftlerInnen ein, dass die Bestimmung der spezifischen Probleme der Region einen Zugang zur konkreten Realität voraussetzte. Aus diesem Grund war es notwendig, die Methoden an die konkreten Untersuchungen anzupassen. Letztlich versuchten die *Dependentistas*, eine „neue Art von Forschung und ForscherInnen“ zu schaffen (Cardoso/Castells 1972: 16-18).

4.1 Vom Strukturalismus zum Dependentismo: die Forschungsgruppen des ILPES

Im ILPES waren sowohl seit Langem ansässige ExpertInnen als auch junge, erst vor kurzem nach Santiago gekommene AkademikerInnen entscheidend an jenen Diskussionen beteiligt, die nach dem Militärputsch in Brasilien aufkamen und die Beurteilung der strukturalistischen Phase

vertieften. Einige von ihnen widmeten sich der Untersuchung Brasiliens, andere der chilenischen Erfahrung, und eine weitere Forschungsgruppe wiederum konzentrierte sich auf die Analyse ihrer eigenen länderspezifischen Erfahrungen. Letzteres war bei Aníbal Quijano der Fall, der einen bedeutsamen Beitrag zur Untersuchung der peruanischen Klassenstruktur im Rahmen imperialistischer Herrschaft leistete. Eines seiner zentralen Forschungsinteressen war die gesellschaftliche Marginalität und ihre strukturelle Verbindung zur Ausdehnung des Kapitalismus in Lateinamerika (Quijano 1977). Auch Aníbal Pinto, der zuvor das Büro der CEPAL in Rio de Janeiro geleitet hatte, beteiligte sich an den Debatten des ILPES und begann an der ESCOLATINA zu unterrichten, einem postgradualen Ökonomielehrgang der *Universidad de Chile*. Als Ergebnis dieser Tätigkeiten veröffentlichte er 1968 sein Buch *Política y desarrollo*.

Eine der beiden dependenztheoretischen Forschungsgruppen im ILPES formierte sich im Bildungszentrum (División de Capacitación), das 1965 ins Forschungszentrum für Ökonomische Entwicklung (Dirección de Investigación del Desarrollo Económico) umgewandelt wurde. Osvaldo Sunkel, Pedro Paz und Octavio Rodríguez untersuchten die Begriffsgeschichte von Entwicklung und Unterentwicklung, um diese von wirtschaftlichem Wachstum und Industrialisierung zu unterscheiden. Im von Sunkel und Paz (1970) veröffentlichten Buch *El subdesarrollo y la teoría del desarrollo* definierten die Autoren Unterentwicklung als Teil einer globalen historischen Entwicklung, in deren Verlauf beide Phänomene miteinander verwoben waren und sich gegenseitig konditionierten. In dieser Phase beendete Sunkel seine Tätigkeiten im ILPES und wechselte zum Institut für Internationale Studien (Instituto de Estudios Internacionales) der *Universidad de Chile* (Sunkel 2006). Wie sich auch in anderen Fällen beobachten lässt, nahm zu dieser Zeit der Kontakt zwischen den ExpertInnen und den chilenischen Universitäten und damit auch das militante Kapital zu und begünstigte dadurch im Inneren der internationalen Organisationen einen Prozess der Politisierung.

Die andere dependenztheoretische Forschungsgruppe des ILPES entstand in der Abteilung für Soziale Entwicklung (División de Desarrollo Social) und trieb die Entwicklung und Kritik der dependenztheoretischen Debatten wesentlich voran. Einer der über das ILPES hinaus bekannten Beiträge stammte von Fernando H. Cardoso und Enzo Faletto.

Beide Forscher unterrichteten an der *Universidad de Chile*, in der FLACSO und nahmen an den Diskussionen mit den Forschungsgruppen des CESO teil. Cardoso entwickelte eine soziologische Interpretation der Unterentwicklung auf der Grundlage seiner Lektüre von Marx und Weber. Seine Perspektive ergänzte die von Faletto, der Historiker war und sich zu jener Zeit mit Antonio Gramsci beschäftigte. Ihr bekanntes Werk *Dependencia y Desarrollo en América Latina* setzte sich zum Ziel, sowohl die ökonomischen als auch sozialen Prozesse zu erklären und eine theoretische Schnittstelle zu finden, an der die ökonomische Macht als politische und gesellschaftliche Herrschaft zum Ausdruck kam. Den Autoren zufolge war die Politik jener Bereich, durch den eine bestimmte gesellschaftliche Gruppe dem Rest der Gesellschaft eine Produktionsweise aufzwingen könne (vgl. Cardoso/Faletto 1975: 20).

Mit ihrem Buch wollten die Autoren veranschaulichen, wie sich Staat, soziale Klassen und produktive Struktur in verschiedenen geschichtlichen Momenten zusammenfügten. Dies sollte es ermöglichen, die jeweilige Form der Abhängigkeit zu bestimmen, die aus diesen Beziehungen hervorging. In diesem Sinn schlugen Cardoso und Faletto vor, die Abhängigkeit als ein „kausal-bedeutsames“ Konzept (*concepto causal-significativo*) zu verwenden. Gegen ein mechanisches Verständnis von Abhängigkeit wandten sie ein, dass diese Art der internationalen Beziehung nicht zur Folge hatte, „dass sich die nationale Geschichte zwangsläufig durch eine rein spiegelbildliche Entwicklung des externen hegemonialen Pols kennzeichnet“ (Cardoso/Faletto 1975: 162f). Es gäbe zwar bestimmte strukturelle Beziehungen, die dem Handlungsspielraum auf nationaler Ebene gewisse Grenzen auferlegten. Diese Beschränkungen könnten durch die Handlungen von sozialen Gruppen, Klassen und Bewegungen jedoch aufrechterhalten, transformiert oder aufgebrochen werden (vgl. ebd.).

4.2 Der *Dependentismo* in der FLACSO

Der intensive interinstitutionelle Austausch von SchülerInnen und LehrerInnen, der durch die Abkommen zwischen der FLACSO und den chilenischen Universitäten begünstigt wurde, förderte einen wichtigen Wechsel der ursprünglichen theoretischen Bezugspunkte hin zum Marxismus und zum französischen Strukturalismus. Zudem waren auch in der FLACSO einige Exilierte aufgenommen worden, die vor der argen-

tinischen und brasilianischen Militärdiktatur geflüchtet waren, wie zum Beispiel Vilmar E. Faría, Regina Faría, Ayrton Fausto, Patricio Biedma und Hugo Perret. Eine Reihe an internen Krisen im Jahr 1969 drängte den vormaligen Direktor der Lateinamerikanischen Schule der Soziologie (Escuela Latinoamericana de Sociología) aus seinem Amt. Unterstützt von den jungen AbgängerInnen leitete sein Nachfolger Luis Ramallo eine neue institutionelle Etappe ein, die von einem stärkeren Engagement im akademischen Feld und in der chilenischen Politik geprägt war.

Die Aufnahme von Enzo Faletto, der zuvor seine Arbeit bei der CEPAL niedergelegt hatte, wirkte sich in einer Öffnung gegenüber dem *Dependentismo* und den neuen kritischen Strömungen in der Geschichtswissenschaft und der Soziologie aus. Die Ankunft von Sergio Bagú im Jahr 1970 verstärkte diese Tendenz und führte in der FLACSO zu einer Zunahme der intellektuellen Auseinandersetzungen. Marcos Kaplan und Inés Reca realisierten Forschungsprojekte über die technologische Abhängigkeit und den „brain-drain“ von Fachkräften. Zudem spielte auch die Zeitschrift *Revista Latinoamericana de Ciencia Política* eine bedeutsame Rolle in den dependenztheoretischen Debatten, da in ihr die Polemiken zwischen den unterschiedlichen Forschungsgruppen veröffentlicht wurden. Vilmar Faría seinerseits führte Untersuchungen zur Beziehung zwischen der ökonomischen Entwicklung und der Legitimität der herrschenden Gruppen durch. Mit dieser Zielsetzung analysierte er die Rolle des brasilianischen Unternehmertums und deren Veränderungen, die sich aus der Einmischung derselben in die Entscheidungen des Staates ergeben hatten. Durch Befragungen von UnternehmerInnen versuchte er, die Klassenallianzen zu untersuchen, die diese nach dem Staatsstreich in Brasilien eingegangen waren (Faría 1971). Faría besaß eine umfangreiche Ausbildung in Statistik und kombinierte die neuen Tendenzen der wissenschaftlichen Spezialisierung, die er im Rahmen seiner postgradualen Studien in der FLACSO erworben hatte, mit der strukturalistischen Perspektive des *Dependentismo*.

4.3 Die Forschungsgruppen des CESO

An der *Universidad de Chile* formierten sich zwei auf die Abhängigkeitsproblematik ausgerichtete Forschungszentren. Eines davon war das 1966 gegründete Institut für Internationale Studien (Instituto de Estudios Internacionales), das andere das Zentrum für Sozio-Ökonomische

Studien (Centro de Estudios Socio-Económicos, CESO), das 1965 an der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften (Facultad de Ciencias Económicas) ins Leben gerufen wurde. Am Institut für Internationale Studien spielte Claudio Véliz eine bedeutende Rolle. Er holte sowohl chilenische WissenschaftlerInnen ans Institut, die wie Osvaldo Sunkel bereits wichtige Beiträge am ILPES erbracht hatten, als auch bekannte brasilianische Exilierte wie Darcy Ribeiro. Am Zentrum für Sozio-Ökonomische Studien arbeiteten wiederum chilenische ÖkonomInnen wie Roberto Pizarro, Sergio Ramos und Orlando Caputo sowie eine zahlreiche Gruppe an südamerikanischen Exilierten wie Theotônio Dos Santos, Vânia Bambirra, Ruy Mauro Marini, Emir Sader und Tomás Amadeo Vasconi. Die politischen Aktivitäten nahmen am CESO eine zunehmend wichtigere Rolle ein. Während der Präsidentschaft von Salvador Allende arbeitete das Institut *de facto* in ständiger Versammlung (*asamblea permanente*).

Die Untersuchungen zum Thema der internationalen Abhängigkeit wurden vor allem an der von Theotônio Dos Santos geleiteten Forschungsabteilung des CESO (Departamento de Investigaciones) durchgeführt. Der brasilianische Wissenschaftler setzte sich zum Ziel, die zentralen Tendenzen der ökonomischen Entwicklung in Lateinamerika zwischen 1950 und 1965 zu analysieren. Ihm zufolge hatte das ausländische Kapital in dieser Phase seine historische Funktion verloren, die darin bestanden hatte, durch hohe Gewinnaussichten angeregt das Produktivitätsniveau der lateinamerikanischen Ökonomien zu erhöhen. Eine der folgenreichsten Unklarheiten des *Dependentismo* ging auf die erste Veröffentlichung von Dos Santos zurück. Darin argumentierte er, dass das Wachstum der abhängigen Nationen lediglich ein Reflex des Wachstums der Zentrumsländer sei (Dos Santos 1968). Im selben Text bekräftigte er jedoch auch, dass die Abhängigkeit als eine konditionierende Situation konzeptualisiert werden müsse.

Die ForscherInnen des Ceso maßen der Untersuchung der Weltwirtschaft eine große Bedeutung bei, waren jedoch auch durch die jüngsten Vorgänge in Chile stark beeinflusst. André Gunder Frank schrieb sein 1967 veröffentlichtes Buch *Capitalism and Underdevelopment in Latin America: Historical Studies of Chile and Brazil* und Vânia Bambirra arbeitete an ihrem 1970 publizierten Buch *Tipologia da Dependencia*. Roberto Pizarro und Orlando Caputo wiederum führten empirische Untersuchungen durch, die 1970 unter dem Titel *Las nuevas formas del capital extranjero en*

Chile veröffentlicht wurden. Fünf Jahre später legten sie mit *Imperialismo, dependencia y relaciones económicas internacionales* eine weitere gemeinsame Veröffentlichung vor.

4.4 Die Forschungsgruppen des CEREN

Während die *Universidad de Chile* bei der Entwicklung der Sozialwissenschaften und dem Aufbau der Forschungseinrichtungen von FLACSO und ILPES eine große Rolle gespielt hatte, war die *Universidad Católica* bis Mitte der 1960er Jahre relativ isoliert geblieben. Die just an dieser Universität initiierte Universitätsreform hatte jedoch zur Einrichtung von interdisziplinären Forschungszentren geführt, die über eine große Autonomie und reichlich finanzielle Ressourcen verfügten. Damit gewann auch die *Universidad Católica* einen größeren Einfluss auf die universitäre Landschaft und den politischen Prozess in Chile.

Eines der bedeutendsten Forschungszentren an der Universität war das Zentrum für Studien über die Nationale Realität (Centro de Estudios de la Realidad Nacional, CEREN), an dem eine von Franz Hinkelammert geleitete Forschungsgruppe angesiedelt war. Die dort tätigen WissenschaftlerInnen widmeten sich dem Kampf gegen den Ökonomismus und räumten den ideologischen Faktoren eine größere Bedeutung bei. Ihr theoretischer Bezugsrahmen waren diejenigen Strömungen innerhalb des westlichen Marxismus, die zwar von einer Unterscheidung in Basis und Überbau ausgingen, aber der Dimension des „Bewusstseins“ eine Vorrangstellung einräumten. Sie wandten sich gegen eine „kapitalistische Entwicklung“ und gingen davon aus, dass die Grundlagen einer neuen „entwickelten“ Gesellschaft nur unter sozialistischen Bedingungen geschaffen werden könnten (Hinkelammert et al. 1970: 13). Wie auch im CESO gab es eine explizite Zustimmung zum Marxismus, und die WissenschaftlerInnen nahmen eine aktive Rolle in der Regierung von Allende ein (Hinkelammert 2007). Eine weitere Forschungsgruppe, die sich durch eine ähnliche Tendenz kennzeichnete, bestand aus Armand Mattelart, Ariel Dorfman, Mabel Pichini und Michèle Mattelart. Ihre Untersuchungen fokussierten jene Thematik, die zu der Zeit als „kultureller Imperialismus“ bezeichnet wurde. Genauer gesagt analysierten sie die Rolle der Kommunikationsmedien in der Formierung einer Ideologie unter nordamerikanischer Vorherrschaft (Mattelart 2005).

5. Der *Dependentismo*: ein veraltetes Wissen?

Im September 1973 löste der Staatsstreich in Chile die zuvor eingerichteten interdisziplinären Forschungszentren auf und zwang viele WissenschaftlerInnen ins Exil. Die Untersuchung der Unterentwicklung und des sozialen Wandels, die für die in Santiago ansässigen SozialwissenschaftlerInnen von großer Bedeutung gewesen war, wurde allmählich durch die Auseinandersetzung mit der Frage der Demokratie abgelöst. Mitte der 1990er Jahre wurde die „Dependenztheorie“ im akademischen Feld als eine aus der Mode gekommene Perspektive erachtet, die durch die Globalisierung veraltet und nicht in der Lage wäre, das „Verschwinden“ der nationalen Grenzen zu erklären. Diese Reaktion gegen den *Dependentismo* fand paradoxerweise genau zu jener Zeit statt, als die ökonomische und politische Abhängigkeit der lateinamerikanischen Länder durch die ausländischen Schulden und den *Washington Consensus* verstärkt wurde.

Diese Situation wirft eine Reihe an Fragen auf. Die erste hängt mit der Beschaffenheit des *Dependentismo* selbst zusammen: Handelte es sich um eine lateinamerikanische Perspektive, die darauf ausgerichtet war, eine historisch begrenzte Situation zu erklären, mit einer partikularistischen Argumentation, die nur auf die lateinamerikanische Erfahrung Ende der 1960er Jahre zutraf? Oder könnte sie mit den Worten von Wallerstein (2003) „kaputtgedacht“ werden, um ihre Aussagen zu universalisieren und einen Beitrag zu einer epistemischen Kritik der während des 19. Jahrhunderts hervorgebrachten europäischen Paradigmen zu leisten? Die zweite Frage hängt mit dem Schicksal des *Dependentismo* zusammen. War die geringe Dauer seiner Hochphase das Resultat eines radikalen intellektuellen Unvermögens, um neue Zeiten zu erklären? Oder war es das Ergebnis eines externen Faktors, das heißt der Diktaturen des *Cono Sur* und ihrer Auswirkungen auf den Verlust der während der 1960er Jahre erlangten akademischen Autonomie? War das Zurückweichen des *Dependentismo* im akademischen Bereich mit anderen Worten die Konsequenz einer globalen Veränderung jenes Forschungsobjekts, das diese Theorie zu erklären versuchte oder war sie das Ergebnis einer neuen Wissenschaftsagenda, die innerhalb des weltweiten akademischen Systems durchgesetzt wurde?

Eine Bilanz des *Dependentismo* aus dieser Perspektive impliziert, dessen mit dem europäischen Denken aufgebaute Beziehungen und die

institutionellen Bedingungen der Produktion dieses Wissens mit einzu-
beziehen. In Bezug auf den ersten Aspekt kann festgehalten werden, dass
sich die *Dependentistas* der Vorherrschaft der eurozentrischen Paradigmen
in den Sozialwissenschaften und der Notwendigkeit eines von der akade-
mischen Landschaft der Zentrumsländer unabhängigen Denkens bewusst
waren. Mit Ausnahme der Studien über die technologische Abhängigkeit
und den „brain drain“, die von einigen SozialwissenschaftlerInnen Ende der
1960er Jahre durchgeführt wurden, stand die akademische Abhängigkeit
jedoch nicht im Fokus der *Dependentistas*. Ihre Untersuchungen konzen-
trierten sich auf die ökonomische, politische und soziale Herrschaft. Und
in diesem Sinn bereicherten sie die historisch-strukturelle Methode und
trugen zu einer Revision des Konzepts der Unterentwicklung bei. Dazu
fügten sie europäische und lateinamerikanische Theorietraditionen zu
einer neuen Perspektive zusammen, die die vorherigen Prämissen in die
Krise stürzte.

In institutioneller und ökonomischer Hinsicht wurde die
„Dependenztheorie“ in Forschungseinrichtungen hervorgebracht, die
durch a) externe Unterstützung sowohl öffentlicher als auch privater
Natur, b) öffentliche Gelder lateinamerikanischer Regierungen und c) von
der chilenischen Regierung zur Verfügung gestellten Mitteln finanziert
wurden. Während der betreffenden Phase wurden die unter a) genannten
internationalen Geldflüsse durch die Intervention des chilenischen Staates
„nationalisiert“.⁴ Dies begünstigte die Entstehung eines autonomen intel-
lektuellen Klimas, das in Universitäten mit einem hohen Grad an akade-
mischer Freiheit verankert war. Während dieser Phase wurde zudem auch
in anderen Teilen der Dritten Welt ein teilweiser Bruch mit der euro-
zentrischen Rationalität vorangetrieben. Dies trug dazu bei, das kriti-
sche Denken in Bezug auf die US-amerikanische Vorherrschaft in der
Region auszuweiten. Diese komplexe Erfahrung stellte sowohl den sozialen
Rahmen als auch die Institutionen und das Engagement zur Verfügung,
die für das Auftauchen einer in Lateinamerika geprägten und verwurzelten
theoretischen Perspektive notwendig waren.

Die chilenische Phase war für das Entstehen der „Dependenz-
theorie“ ein entscheidender Faktor und trug zudem innerhalb der latein-
amerikanischen Soziologie zur Konsolidierung einer Reihe von Wissens-
beständen und zur Etablierung einer Gruppe von WissenschaftlerInnen

bei. Der Erfolg des *Dependentismo* war jedoch für die WissenschaftlerInnen wirksamer als für die Theorie selbst. Gegen Ende der 1960er Jahre hatte sich die Abhängigkeit in ein Querschnittsthema innerhalb der Sozialwissenschaften verwandelt, und der *Dependentismo* kennzeichnete sich durch eine kurze Phase internationaler Zirkulation auf regionaler Ebene und in anderen akademischen Kreisen. Ungefähr 15 Jahre lang war er ein zentrales Thema in der Soziologie Lateinamerikas und der Karibik; er wurde begrenzt auch in Europa, Afrika und Asien und nur sehr marginal in der angelsächsischen Wissenschaft rezipiert (Blomström/Hettne 1990). In den USA wurde der *Dependentismo* stärker in der Soziologie als in der Ökonomie diskutiert. Dies bezieht sich auf 1) akademische Zeitschriften wie *Current Sociology*; 2) Veröffentlichungen im Bereich der Lateinamerikastudien, wie *Latin American Perspectives*, und 3) politisch-kulturelle Zeitschriften radikaler Ausrichtung wie etwa der Newsletter des NACLA (North American Congress on Latin America), die *Review of Radical Political Economics* und *Monthly Review*. Die europäische Rezeption war in großem Ausmaß von der Arbeit Dudley Seers am Institute for Development Studies an der University of Sussex geprägt.

Die Amerikanisierung des Systems der wissenschaftlichen Veröffentlichungen und die Ausdehnung des Englischen als vorherrschender Wissenschaftssprache besiegelte letztlich das Ableben der Dependenztheorien in der akademischen Landschaft. Obwohl einige Arbeiten auch auf Englisch übersetzt wurden, war der Großteil der dependenztheoretischen Schriften weiterhin nur auf Spanisch verfügbar.⁵ Die Entwicklung der Dependenzperspektive kann daher nicht ohne den ungleichen Kontext der internationalen Wissenszirkulation analysiert werden, in dem der Neoliberalismus sowohl in der akademischen als auch kulturellen Landschaft durchgesetzt wurde. Seit der zweiten Hälfte der 1970er Jahre trachten Pionierarbeiten nach der Erklärung der spezifischen Faktoren, die die Unterordnung innerhalb der wissenschaftlichen Welt prägen, zur Entwicklung von „Exzellenzzentren“ führen (Ben-David 1992) und das Funktionieren „peripherer Zentren“ (Altbach 2009) sowie die akademische Abhängigkeit, verstanden als intellektuelle Unterordnung (Alatas 1974), aufzeigen. Kritische Wissenschaftsstudien haben begonnen, die zur Verfügung stehenden Indikatoren einer „globalen Wissenschaft“ infrage zu stellen und ihre großen Beschränkungen und die hinter Datenbanken

verborgenen „Nationalismen“ aufzuzeigen (Arvanitis/Gaillard 1992; Vessuri 1995; Gaillard et al. 1997; Guédon 2001). Frederick Gareau (1988) argumentiert etwa, dass die westlichen Sozialwissenschaften ihre „Wahrheiten“ ohne wesentliche Bezüge auf die Dritte Welt konstruierten. In den letzten zehn Jahren sind zudem wichtige Berichte erschienen, die auf die Persistenz dieser Ungleichheiten in der internationalen Wissenszirkulation und auf den beständigen Anstieg US-amerikanischer Quellenverweise in der Wissensproduktion der Dritten Welt hinweisen (WSSR-UNESCO 2010). Das Augenmerk auf die Ungleichheiten im Prozess der Wissenszirkulation ist zwar relativ alt, hat jedoch in den letzten zwei Dekaden besondere Aufmerksamkeit erfahren. Gerade auf diesem Gebiet kann man behaupten, dass die Dependenzschule und der lateinamerikanische Strukturalismus wieder an Bedeutung gewonnen haben.

Daraus geht jedoch nicht hervor, dass der *Dependentismo* in seiner ursprünglichen Form gültig sei und von den Veränderungen der letzten Dekaden unberührt bliebe, im Gegenteil. Um ihn vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen zu überprüfen, glaube ich, dass kritische Überlegungen und empirische Untersuchungen in drei Bereichen notwendig sind: 1) die Analyse der Kategorie der Abhängigkeit in Zusammenhang mit einer Reformulierung der Konzepte von Zentrum und Peripherie, die berücksichtigt, dass die „Peripherität“ zu einem immer komplexeren Phänomen geworden ist; 2) die Tatsache, dass die nationalen Gesellschaften nicht die einzige Analyseeinheit sein können, um Herrschaftsverhältnisse zu erklären, aber auch, dass sie nach wie vor bedeutungsvolle Räume darstellen, in denen um die Möglichkeiten und Grenzen von „Autonomie“ gerungen wird, und 3) die Notwendigkeit, den *Dependentismo* in Zusammenhang mit seinem strukturalistischen Erbe zu diskutieren, vor allem in Hinblick auf Konzepte wie jenes der „strukturellen Heterogenität“, die für die heutige Situation ein großes Erklärungspotenzial aufweisen.

- 1 Der vorliegende Aufsatz ist eine überarbeitete und erweiterte Version folgender Texte: Beigel, Fernanda (2014): Dependency Analysis: The creation of New Social Theory in Latin America. In: Sujata Patel (Hg.): The ISA Handbook of Diverse Sociological Traditions. London: Sage, 189-200; sowie Beigel, Fernanda (2010): La teoría de la dependencia en su laboratorio. In: dies. (Hg.): Autonomía y Dependencia Académica: Universidad e investigación científica en un circuito periférico. Chile y Argentina (1950-1980). Biblos: Buenos Aires, 129-144.
- 2 Mit der Verwendung von Anführungszeichen distanziere ich mich von den in der intellektuellen Landschaft Lateinamerikas weit verbreiteten Vereinheitlichungen der Dependenztheorien, da diese tatsächlich eine Vielfalt unterschiedlicher Analyseansätze umfassen. Im vorliegenden Aufsatz benutze ich daher den Begriff *Dependentismo*, um auf die Lateinamerikanische Schule der Abhängigkeit zu verweisen. Dies wird aus meiner Sicht stärker der Tatsache gerecht, dass die dependenztheoretischen Ansätze nie ein einheitliches Theoriegebäude konstituierten.
- 3 In einer anderen Arbeit habe ich die Tradition der lateinamerikanischen *Dependentistas* in ihrer Gesamtheit untersucht, einschließlich des Werdegangs jener SozialwissenschaftlerInnen, die nicht in Santiago lebten und dennoch zur Formierung der dependenztheoretischen Perspektive zwischen 1964 und 1979 beitrugen (vgl. Beigel 2006).
- 4 Diesen Prozess habe ich detaillierter am Beispiel von FLACSO untersucht, um den Anteil des chilenischen Staates an der finanziellen Substanz dieser Institution und seine Rolle in den vorherrschenden Strömungen während dieser Phase insgesamt aufzuzeigen (vgl. Beigel 2009).
- 5 Vgl. diesbezüglich die Arbeit *Bibliography of Selected Latin American Publications on Development* (Oteiza 1978).

Literatur

- Alatas, Syed Hussein (1974): The Captive Mind and Creative Development. In: *International Social Science Journal*, 36 (4), 691-699.
- Altbach, Philip (2009): Educación superior comparada. El conocimiento, la universidad y el desarrollo. Buenos Aires: Universidad de Palermo.
- Amin, Samir (2003): Más allá del capitalismo senil. Por un siglo XXI no americano. Madrid: El Viejo Topo.
- Arvanitis, Rigas/Gaillard, Jacques (1992): Vers un renouveau des indicateurs de science pour les pays en developpment. Paris: L'Orstom.
- Bagú, Sergio (1949): Economía de la sociedad colonial. Ensayo de historia comparada de América Latina. Buenos Aires: El Ateneo.
- Bagú, Sergio (2005): Entrevista. In: Turner, Jorge/Acevedo, Guadalupe (Hg.): Sergio Bagú: un clásico de la teoría social latinoamericana. México, D.F.: Plaza y Valdés.
- Bambirra, Vânia (1983): Teoría de la dependencia: una anticrítica. México, D.F.: Era.

- Beigel, Fernanda (2006): Vida, muerte y resurrección de las „teorías de la dependencia“. In: Beigel, Fernanda/Falero, Alfredo/Gandarilla Salgado José/Kohan, Néstor/Landa Vázquez, Ladislao/Martins, Carlos/Nahón, Cecilia/Rodríguez Enríquez, Corina/Schorr, Martín (Hg.): *Crítica y teoría en el pensamiento social latinoamericano*. Buenos Aires: CLACSO, 287-326.
- Beigel, Fernanda (2009): La FLACSO chilena y la regionalización de las ciencias sociales en América Latina (1957–1973). In: *Revista Mexicana de Sociología*. México, D.F.: Universidad Nacional Autónoma de México, 71 (2), 319-349.
- Beigel, Fernanda (2010a): Reflexiones sobre el uso del concepto de campo y acerca de la elasticidad de la autonomía en circuitos académicos periféricos. In: dies. (Hg.): *Autonomía y Dependencia Académica: Universidad e investigación científica en un circuito periférico. Chile y Argentina (1950–1980)*. Buenos Aires: Biblos, 13-44.
- Beigel, Fernanda (2010b): Desde Santiago: profesionalización, regionalización y nacionalización de las ciencias sociales. In: dies. (Hg.): *Autonomía y Dependencia Académica: Universidad e investigación científica en un circuito periférico. Chile y Argentina (1950–1980)*. Buenos Aires: Biblos, 65-88.
- Beigel, Fernanda (2013): Introduction: The Politics of Academic Autonomy in Latin America. In: dies. (Hg.): *The politics of academic autonomy in Latin America*. London: Ashgate, 1-28.
- Beigel, Fernanda (2014): Publishing from the Periphery: Structural heterogeneity and segmented circuits. The evaluation of scientific publications for tenure in Argentina's CONICET. In: *Current Sociology*, 62 (5), 743-765.
- Ben-David, Joseph (1992): *Centers of learning: Britain, France, United States*. New Brunswick/London: Transaction Publishers.
- Blomström, Magnus/Hettne, Björn (1990): *La teoría del desarrollo en transición*. México, D.F.: Fondo de Cultura Económica.
- Cardoso, Fernando Henrique (1970): Teoría de la dependencia o análisis de situaciones concretas de dependencia. In: *Revista Latinoamericana de Ciencia Política*, 1 (3), 400-419.
- Cardoso, Fernando Henrique/Castells, Manuel (1972): Introducción. In: Cardoso, Fernando Henrique et al. (Hg.): *Teoría, metodología y política del desarrollo en América Latina. Segundo Seminario Latinoamericano para el Desarrollo*. Buenos Aires/Santiago: Ediciones Flacso, 13-19.
- Cardoso, Fernando Henrique/Faletto, Enzo (1975): *Dependencia y desarrollo en América Latina*. Buenos Aires: Siglo veintiuno.
- Cardoso, Fernando Henrique/Faletto, Enzo (1979): Post scriptum a „Dependencia y desarrollo en América Latina“. In: Camacho, Daniel (Hg.): *Debates sobre la Teoría de la dependencia y la Sociología Latinoamericana*. San José: Editorial Universitaria Centroamericana.
- Cueva, Agustín (1979a): Problemas y perspectivas de la Teoría de la Dependencia. In: dies. (Hg.): *Teoría social y procesos políticos en América Latina*. México, D.F.: Línea Crítica.

- Cueva, Agustín (1979b): Vigencia de la anticrítica o necesidad de autocrítica? (Respuesta a Theotonio Dos Santos y Vânia Bambirra). In: ders. (Hg.): Teoría social y procesos políticos en América Latina. México, D.F.: Línea Crítica.
- Cueva, Agustín (1990): Teoría social y procesos políticos en América Latina. Guayaquil: Universidad de Guayaquil.
- Dos Santos, Theotônio (1968): El nuevo carácter de la dependencia. Cuadernos del CESO, Nr. 10. Santiago: CESO.
- Dos Santos, Theotônio (2006): Persönliches Interview mit dem Autor, 20.8.2006, Rio de Janeiro.
- Faría, Vilmar (1971): Dependencia e ideología empresarial. In: Revista Latinoamericana de Ciencia Política II (1), 103-130.
- Frank, André Gunder (1969): Capitalism and Underdevelopment. New York: Monthly Review Press.
- Gaillard, Jacques/Krishna, V.V./Waast, Roland (1997): Scientific Communities in the Developing World. London/Delhi: Sage Publications.
- García, Afrânio (2005): Circulation internationale et formation d'une 'école de pensée' latino-américaine (1945-2000). In: Information sur les sciences sociales, 44 (2&3): 421-455.
- Gareau, Frederick (1988): Another type of third world dependency: the social sciences. In: International Sociology, 3 (2), 171-178.
- Guédon, Jean-Claude (2001): In Oldenburg's Long Shadow: Librarians, Research Scientists, Publishers, and the Control of Scientific Publishing. Washington, D.C.: Association of Research Libraries.
- Hinkelammert, Franz (2007): Persönliches Interview mit dem Autor. Mendoza, Argentinien.
- Hinkelammert, Franz et al. (1970): Dialéctica del desarrollo desigual. Cuadernos del CEREN, Nr. 6. Santiago: CEREN.
- Love, Joseph (1999): Las fuentes del estructuralismo latinoamericano. In: Lora, Jorge/Mallorquín, Carlos (Hg.): Prebisch y Furtado. El estructuralismo Latinoamericano. México, D.F.: UAM, 17-32.
- Mallorquín, Carlos (2011): Repensando la noción de heterogeneidad en la concepción estructuralista latinoamericana. In: Márquez, Humberto/Soto, Roberto/Zayago Lau, Edgar (Hg.): Visiones del desarrollo. México, D.F.: Miguel Ángel Porrúa/UAZ.
- Marini, Ruy Mauro (1999): Hoja de vida académica (Résumé). Unveröffentlichtes Manuskript.
- Martí, José (1992): Nuestra América. In: Política de Nuestra América. México, D.F.: Siglo veintiuno.
- Mattelart, Armand (2005): Persönliches Interview mit dem Autor, 7.1.2005, Paris.
- Medina Echavarría, José (1955): Tres aspectos sociológicos del desarrollo económico. In: Revista de la Comisión Económica para América Latina (Número especial), 58-67.

- Oteiza, Enrique (1978): Bibliography of Selected Latin American Publications on Development. In: Occasional Guides, Institute of Development Studies, 13, CLACSO/IDS, University of Sussex.
- Prebisch, Raúl (1949): El Desarrollo económico de la América Latina y sus principales problemas. Santiago: CEPAL.
- Quijano, Aníbal (1977): Imperialismo y „marginalidad“ en América Latina. Lima: Mosca Azul.
- Sunkel, Osvaldo (2006; 2007) Persönliche Interviews mit dem Autor. 26.6.2006 und 16.5.2007, Santiago.
- Sunkel, Osvaldo/Paz, Pedro (1970): El subdesarrollo latinoamericano y la teoría del desarrollo. México: Siglo veintiuno.
- Vessuri, Hebe (1995): Recent strategies for adding value to scientific journals in Latin America. In: Scientometrics, 34 (1), 139-161.
- Wallerstein, Immanuel (2003): Impensar las Ciencias Sociales. Límites de los paradigmas decimonónicos. México, D.F.: Siglo veintiuno.
- Weffort, Francisco (1970): Notas sobre la Teoría de la Dependencia: teoría de clase o ideología nacional? In: Revista Latinoamericana de Ciencia Política, 1 (3), 390-399.
- WSSR-UNESCO (2010): World Social Science Report. Paris: UNESCO.

Abstract

Der Artikel untersucht die konzeptionellen Ursprünge der Abhängigkeitsproblematik in Lateinamerika sowie die Entstehung der Dependenztheorien ab Mitte der 1960er Jahre. Der Fokus liegt dabei auf dem gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Umfeld in Chile. Zuerst werden jene intellektuellen Traditionen und akademischen Kontexte aufgezeigt, in denen die Dependenztheorien ihren Ursprung nahmen. Im Anschluss werden vier dependenztheoretische Arbeitsgruppen näher beleuchtet, um deren institutionelle Verankerung sowie thematischen Schwerpunkte darzustellen. Der Artikel endet mit einer Einschätzung dependenztheoretischer Ansätze hinsichtlich ihrer Bedeutung im Feld der lateinamerikanischen Sozialwissenschaften. Die Autorin vertritt die These, dass dependenztheoretische Ansätze zwar wesentlich zum Verständnis von Unterentwicklung beitragen konnten. Die Ausblendung akademischer Abhängigkeit selbst stellt jedoch eine Leerstelle dar, die es im Rahmen einer Reformulierung des Abhängigkeitsparadigmas zu berücksichtigen gilt.

The article examines the conceptual origins of the dependency issue in Latin America and the formation of dependency theories in the 1960s, and focuses on the social and scientific environment in Chile. First, we identify the intellectual traditions and academic surroundings that provided the basis for the emergence of dependency theories. Second, we depict four working groups which dealt with different aspects of dependency, in order to highlight their institutional setting, as well as the main focus of their investigations. Finally, we conclude by assessing the contribution of dependency theories to Latin American social sciences. We hold that dependency theories have extended and deepened the comprehension of underdevelopment. However, these theories did not consider the problem of academic dependence, a problem which contributed to their own marginalisation. In order to reformulate the dependency paradigm, this omission has to be taken into account.

Fernanda Beigel
CONICET-Universidad Nacional de Cuyo, Mendoza
mfbeigel@mendoza-conicet.gob.ar

Übersetzung aus dem Spanischen: Stefan Pimmer/Lukas Schmidt

MATTHIAS EBENAU

**Abhängige Entwicklung im 21. Jahrhundert:
ein kritischer Dialog zwischen Dependenztheorie
und *Neodesarrollismo***

Dependenztheoretische Perspektiven, so die diesem Heft ebenso wie diesem Artikel zugrundeliegende Ausgangsthese, beweisen auch vor dem Hintergrund der Revitalisierung entwicklungsstaatlicher Strategien in Lateinamerika ihre fortgesetzte Relevanz. Nicht nur lenken sie die Aufmerksamkeit kritischer BeobachterInnen auf anhaltende Blockaden in den mit diesen Strategien verbundenen wirtschaftlichen und politischen Transformationsprojekten. Sie bieten auch Erklärungsansätze für das „Warum“ der steten Wiederkehr von ähnlichen Problemlagen, mit denen sich diese Strategien konfrontiert sehen. Um diese These zu illustrieren, tritt dieser Artikel in einen kritischen Dialog mit dem *Neodesarrollismo*, der theoretischen Grundierung vieler gegenwärtiger entwicklungsstaatlicher Projekte in Lateinamerika. Empirisch bezieht er sich auf den argentinischen Fall, konkret auf die Wirtschaftsentwicklung des in den vergangenen zwölf Jahre verfolgten neodesarrollistischen Projekts unter den Präsidentschaften von Néstor Kirchner (2003–07) und Cristina Fernández de Kirchner (2007–15).

Der erste Abschnitt des Textes diskutiert zentrale Elemente neodesarrollistischen Denkens sowie die Art und Weise, wie diese in Argentinien im Rahmen des *Kirchnerismo* zur Geltung gekommen sind. Der zweite Abschnitt konfrontiert diese Überlegungen mit einer dependenztheoretisch inspirierten Kritik und identifiziert relevante Kriterien für eine Überprüfung von deren Plausibilität. Letzterer widmet sich im Anschluss der dritte Abschnitt anhand einer Diskussion von zentralen Problemen der jüngeren argentinischen Wirtschaftsentwicklung und deren Ursachen. Eine kurze Schlussfolgerung schließt den Text ab.

1. *Neodesarrollismo* und entwicklungsstaatliche Strategien in Lateinamerika und Argentinien

Wenden wir uns also zunächst dem *Neodesarrollismo* zu. Es handelt sich um eine Schule politisch-ökonomischen Denkens, die sich in der Region in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren entwickelt hat. Wie die Selbstbezeichnung eines „neuen“ *Desarrollismo* nahelegt, sehen ihn seine VertreterInnen, etwa der frühere brasilianische Wirtschaftsminister Luiz Carlos Bresser-Pereira (2007), als einen zeitgemäßen „dritten Weg“ zwischen dem diskreditierten neoliberalen Denken des Washington-Konsens einerseits und dem stärker protektionistischen *Desarrollismo* der 1970er Jahre andererseits. So handelt es sich nach Auffassung von Bresser-Pereira und anderen führenden DenkerInnen der neodesarrollistischen Schule um eine geeignete Grundlage für „nationale Entwicklungsstrategien“, die prinzipiell in Ländern mit mittleren Einkommensniveaus in Lateinamerika und darüber hinaus erfolgreich angewendet werden könnten (Bresser-Pereira 2007; 2010; Sicsú et al. 2007). Tatsächlich haben sich Varianten neodesarrollistischen Denkens in der jüngeren Vergangenheit zu einem der Hauptbezugspunkte der sogenannten „moderaten“ Mitte-Links-Regierungen in Ländern wie Brasilien, Argentinien, Uruguay sowie – wenigstens teilweise – Chile und Peru entwickelt (vgl. z.B. Boschi/Gaitán 2008).

Welche sind nun die Kernbestandteile neodesarrollistischen Denkens, so wie es Bresser-Pereira und andere vertreten? Diese lassen sich grob in den drei folgenden, eng miteinander verknüpften Punkten zusammenfassen:

(1) Erstens positioniert sich der *Neodesarrollismo* ausdrücklich und emphatisch im Spektrum des staatszentrierten politisch-ökonomischen Denkens, das sich vor allem aus den heterodoxen Interpretationen des Aufstiegs der ostasiatischen sogenannten „Tigerstaaten“ (Südkorea, Taiwan usw.) formiert hat (Selwyn 2014: 39ff). Das bedeutet, dass neodesarrollistische DenkerInnen dem Staat nach wie vor eine zentrale Rolle in Strategien wirtschaftlicher Entwicklung zusprechen. So sei die Wiederholung ähnlicher Aufstiegsprozesse im Weltsystem auch andernorts möglich (Gaitán/Boschi 2015: 173ff).

(2) Zweitens handelt es sich beim lateinamerikanischen *Neodesarrollismo* um eine (wirtschafts-)nationalistische Denkschule. Auf dem Weltmarkt, so zum Beispiel Bresser-Pereira (2010: 34ff), konkurrierten

nicht nur kapitalistische Unternehmen, sondern auch Nationalstaaten. Deren VertreterInnen versuchten, „ihre“ Firmen nach Kräften zu unterstützen, um so die Prozesse „nationaler Entwicklung“ zu befördern. Um im globalen Wettbewerb zu bestehen, sei die effektive Umsetzung von klassenübergreifenden „nationalen Entwicklungsstrategien“ (bzw. -projekten), verstanden als „internationale Wettbewerbsstrategien“, unabdingbar.¹

(3) Drittens grenzt sich der *Neodesarrollismo* von seinem „alten“ Vorgänger in den beiden eben umrissenen Dimensionen teilweise ab. So machen seine VertreterInnen im Umfeld eines immer schärferen globalen Wettbewerbs nur noch wenige Spielräume für im engeren Sinne binnen-zentrierte Ansätze wirtschaftlicher Entwicklung aus und setzen stattdessen vorrangig auf Strategien exportorientierter Industrialisierung. Auch seien diese nicht durch eine direkte Rolle des Staates im Wirtschaftshandeln zu verfolgen, sondern vor allem durch die Schaffung „öffentlich-privater Synergien“, wobei der Staat versuche, der „nationalen Entwicklung“ förderliche Anreizstrukturen für Privatunternehmen zu schaffen (Boschi 2011: 10f; Diniz 2011: 42-49).

Wie wurde nun neodesarrollistisches Denken im argentinischen Kontext seit dem Regierungsantritt Néstor Kirchners im Jahr 2003 praktisch wirksam? Bereits zu Beginn seiner Präsidentschaft hatte Néstor Kirchner an das argentinische Unternehmertum appelliert, im Sinne einer „nationalen Bourgeoisie, die argentinischen Interessen ernsthaft verpflichtet ist“, zu handeln (vgl. Chibber 2008). So propagierte er die Option einer strategischen Verpflichtung des Unternehmertums auf das neodesarrollistische Projekt, das umgekehrt dessen ökonomische Interessen bedienen würde. Diese Konzeption wurde später von Kirchners Frau und Amtsnachfolgerin Cristina Fernández weiterentwickelt. Sie argumentierte – symbolträchtig vor dem Wirtschaftsgipfel „Business-20“ – für einen „ernsthaften Kapitalismus“ (*capitalismo en serio*): Anders als der finanzialisierte, neoliberalisierte Kapitalismus sei dieser auf die Produktion von Gütern und Dienstleistungen zentriert und durch die Harmonie von Investition und Konsum geprägt. Um diese in Übereinklang zu bringen, bedürfe es eines gewissen Maßes an sozialer Regulierung und Umverteilung, ohne allerdings die Profitinteressen der „nationalen Bourgeoisie“ zu vernachlässigen.²

Wie wurde dieses Leitkonzept in der Praxis verfolgt? Sicherlich die wichtigste Veränderung auf makroökonomischer Ebene war die Abkehr vom in den 1990er Jahren unter neoliberaler Ägide etablierten System der Währungsconvertibilität (*convertibilidad*), das den argentinischen Peso im Verhältnis von eins zu eins an den US-Dollar gekoppelt hatte. Bereits 2002, im Umfeld der schweren Wirtschaftskrise, die Argentinien in jenem Jahr und den Vorjahren prägte, war die Wechselkursparität aufgegeben worden, was zu einer unmittelbaren massiven Abwertung des Peso, der sogenannten Mega-Devaluation, führte (Arceo et al. 2010). Unter Néstor Kirchner wurde dann ein System des Wechselkursmanagements eingeführt, das die nationale Währung – ganz im Sinne von *Neodesarrollistas* wie Bresser-Pereira (2010: 199f) – auf einem „wettbewerbsfähigen“ Niveau halten und so die Strategie exportorientierter Industrialisierung begünstigen sollte. Ein wichtiger Effekt dieser makroökonomischen Großreform war auch die deutliche Verbesserung der Positionierung einflussreicher Kapitalfraktionen aus dem güterproduzierenden Sektor im internen Verteilungsgefüge. Umgekehrt bedeutete die Devaluation natürlich zunächst massive Reallohnverluste für die Mehrheit der abhängig Beschäftigten (vgl. Azpiazu/Schorr 2010a: 227ff; Féliz 2009).

Allerdings wurde die Abkehr von der *convertibilidad* in eine breitere politische Reorientierung eingebettet, die eine rasche Gegenbewegung begünstigte. Zu den wichtigsten Veränderungen gehörte die Wiederbelebung des nationalen Mindestlohns als effektives sozial- und arbeitsmarktpolitisches Instrument (durch seine rasche und deutliche Anhebung) und des nationalen, staatlich gelenkten Tarifverhandlungssystems. Zugleich wurden der sozialpolitische Bereich – z.B. durch die Einführung eines Kindergeldes für ärmere Familien (*Asignación Universal por Hijo*) – und wohlfahrtsstaatliche Institutionen – wie etwa das in den 1990er Jahren privatisierte Pensionssystem durch seine Renationalisierung – deutlich gestärkt (Arceo et al. 2010: 163ff). Ein Bereich allerdings, dessen Wichtigkeit neodesarrollistische DenkerInnen regelmäßig betonen, der von den Kirchner-Regierungen in Argentinien aber eher vernachlässigt wurde, war jener der aktiven Industrie- und Strukturpolitik (Azpiazu/Schorr 2010a: 227ff).

Bevor wir uns einer systematischen Evaluation der Wirksamkeit der so umrissenen argentinischen Variante des *Neodesarrollismo* zuwenden, sollten wir allerdings zunächst dessen dependenztheoretisch angeleitete Kritik einführen, die hierfür als Hintergrundfolie dienen soll.

2. Kritische Anmerkungen zum *Neodesarrollismo* aus dependenztheoretischer Perspektive

Den *Neodesarrollistas* gebührt zweifellos das große Verdienst, zur Überwindung des überkommenen neoliberalen Denkens des Washington-Konsens beigetragen und eine verstärkte Diskussion über die notwendige Rolle des Staates in Strategien wirtschaftlicher Entwicklung angestoßen zu haben. Tatsächlich: Vergleichen wir nur beispielhaft einige zentrale Makroindikatoren wirtschaftlicher Entwicklung von Ländern, wo neodesarrollistisch inspirierte Strategien politisch handlungsleitend geworden sind – z.B. Argentinien und Brasilien – mit denjenigen, wo eher eine neoliberale Kontinuität der Wirtschaftspolitik zu verzeichnen ist – z.B. Mexiko und Kolumbien –, so werden entsprechende Unterschiede deutlich. Um dies zu verdeutlichen, fasst Graphik 1 die Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts (BIP) und die Salden der Handelsbilanz der genannten vier Länder zwischen 1998 und 2012 zusammen.

| | BIP-Wachstum in % | | | Handelsbilanzsaldo in %/BIP | | |
|-------------|-------------------|---------------|---------------|-----------------------------|---------------|---------------|
| | 1998– 2002 | 2003– 2007 | 2008– 2012 | 1998– 2002 | 2003– 2007 | 2008– 2012 |
| Argentinien | –3,1 | 8,8 | 5,7 | 1,4 | 6,7 | 3,3 |
| Brasilien | 1,7 | 4,0 | 3,2 | –0,2 | 3,7 | 0,7 |
| Kolumbien | 1,0 | 5,5 | 4,0 | –0,6 | –0,8 | 0,1 |
| Mexiko | 2,4 | 3,4 | 1,9 | –1,9 | –1,6 | –1,3 |

Graphik 1: BIP-Wachstumsraten und Handelsbilanzsalden 1998–2012 (vier Länder)
 Quelle: Welthandelsorganisation und CEPAL; eigene Darstellung auf Grundlage von Daten der Weltbank

Diese Daten bestätigen im Ansatz die neodesarrollistische These einer dynamischeren internen wie externen wirtschaftlichen Entwicklung. Allerdings deuten sie, vergleichen wir die letzten beiden Zeitabschnitte, auch auf eine sich abzeichnende Erschöpfung der besagten Dynamik hin. Diese können möglicherweise auf strukturelle Probleme in der strategischen Fundierung der neodesarrollistischen Modelle zurückgeführt werden. Worin könnten diese Probleme bestehen? Eine dependenztheoretische Perspektive legt verschiedene Antworten auf diese Frage nahe, die sich durch eine Problematisierung der oben skizzierten neodesarrollistischen Axiome andeuten lassen.

Eine erste Gruppe von Problemen wurzelt in dieser Perspektive in der Konzeptualisierung des kapitalistischen Weltmarkts als Ensemble von Nationalökonomien, die miteinander durch „ihre“ nationalen Firmen in einen produktiven Wettbewerb treten. Dem neodesarrollistischen Denken wohnt in dieser Beziehung eine Tendenz inne, die transnationale Konkurrenz als Positivsummenspiel zu betrachten, das potenzielle (Entwicklungs-)Gewinne für alle Arten von Firmen und Ländern, unabhängig von ihrer Ausgangsposition in diesem Gefüge, bereithält. Voraussetzung wäre nur, dass die Herausforderung im Rahmen von „nationalen Entwicklungsprojekten“ in der „richtigen“ Art und Weise angegangen wird. Im Gegensatz zu diesem auf staatliches Handeln fokussierten Optimismus geht dependenztheoretisches Denken, wie Fernanda Beigel in ihrem Beitrag zu diesem Heft darlegt, von einer hohen Beharrungskraft tradierter Ungleichheitsstrukturen der globalen Ökonomie aus.³ Zur Begründung dieser Erwartung führen *Dependentistas* verschiedene Beobachtungen an.

Zum einen hat die langwährende Konkurrenz um globale Marktanteile eine Situation hervorgebracht, in der Überkapazitäten sowie strukturelle Arbeitslosigkeit die Norm sind. Der brasilianische Dependenztheoretiker Ruy Mauro Marini hat in diesem Zusammenhang mit seinem berühmten – wenngleich umstrittenen – Konzept des „ungleichen Tauschs“ darauf verwiesen, dass die aus der globalen Wirtschaft ableitbaren Entwicklungsvorteile zwischen zentralen und peripheren Ökonomien höchst ungleich sind (Marini 1981 [1973]: 24ff). In einer solchen Situation wird der relative Erfolg einiger Unternehmen (und, mittelbar, Volkswirtschaften) notwendigerweise auf Kosten anderer gehen, seien es bereits etablierte oder im Ein- oder Aufstieg begriffene KonkurrentInnen. Der neodesarrollistische

Aufstiegsoptimismus gründet sich in einem solchen Verständnis auf einen problematischen ökonomischen Trugschluss der Verallgemeinerung.

Zum anderen abstrahiert das neodesarrollistische Denken aus *Dependentista*-Sicht zu stark von real existierenden Unterschieden in den strategischen Fähigkeiten von nationalen Regierungen. Hier kommt es aus einer dependenztheoretischen Perspektive nicht nur auf Entschlusskraft und Kompetenz staatlicher EntscheidungsträgerInnen und ein angemessenes institutionelles Design an, wie der *Neodesarrollismo* nahelegt. Vielmehr resultieren zum Teil massive Unterschiede in den Spielräumen nationaler Regierungen aus der Verfasstheit lokaler Unternehmenssektoren und deren Positionierung in globalen Produktions- und Handelsnetzwerken – eine Einsicht, die z.B. bereits Raúl Prebisch (1983) klar formuliert hatte. So werden mächtige außenorientierte Kapitalfraktionen, die für ihren Weltmarkterfolg nicht auf staatliche Unterstützung angewiesen sind, oft nur in geringem Maße in neodesarrollistische Projekte einzubinden sein. Umgekehrt wird die staatliche Verhandlungsposition gegenüber transnationalen Konzernen insbesondere dort schwach sein, wo es allgemein an Investitionskapital mangelt (vgl. Ebenau et al. 2013; Suau Arinci et al. 2015).

Mit all dem stellen *Dependentistas* nicht in Abrede, dass sich unter bestimmten Umständen auf den internationalen Wettbewerbserfolg lokaler Unternehmen – unterstützt und/oder getrieben von den nationalen Regierungen – gegründete „Aufstiegsprozesse im Weltsystem“ vollziehen können (vgl. Boris 2012). Allerdings handelt es sich in dieser Sichtweise nicht um eine Strategie, die geeignet ist, in ärmeren Weltregionen allgemeine Prosperität zu schaffen. „Nationale Entwicklungsstrategien“ als reine „internationale Wettbewerbsstrategien“ erscheinen zwar als geeignet, die strukturelle Positionierung einiger Länder mittleren Einkommens zu verbessern. Umgekehrt dürfte sich aber so die periphere Position einer Vielzahl anderer Ökonomien nur noch weiter verfestigen (vgl. Ebenau 2014).

Ein zweiter breiter Problemkreis hat mit der neodesarrollistischen Konzeption des Nationalstaats bzw. der Nationalökonomie zu tun. Wie oben gesehen wird der Staat, repräsentiert durch die Exekutive, im neodesarrollistischen Denken als relativ einheitlicher Akteur gesehen, der in der Lage ist, „die Nation“ als „kollektiven Akteur“ zu organisieren und auf einen wünschenswerten Entwicklungspfad zu führen. Dies soll, so legt der Leitbegriff der „öffentlich-privaten Synergie“ nahe, im Rahmen einer

Allianz aus Staat und Unternehmen geschehen. Die abhängig Beschäftigten und ihre Organisationen werden zumeist nur am Rande thematisiert. *Dependentistas* nehmen an dieser Konzeption und dem ihm zugrunde liegenden Nationalismus wenigstens in zweierlei Hinsicht Anstoß:

Erstens betonen DenkerInnen in der dependenztheoretischen Tradition – die große Mehrzahl nach wie vor dem Marxismus in seinen verschiedenen Varianten verpflichtet – die Spaltung von Gesellschaften in soziale und ökonomische Klassen, deren Beziehungen untereinander strukturell antagonistisch und deshalb oftmals konfliktbehaftet sind. Laut Marini überträgt sich etwa die nachteilige globale Positionierung des Kapitals aus peripheren Räumen in Form einer besonders verschärften Form der Ausbeutung – „Überausbeutung“ – der ArbeiterInnenklasse in die Gesellschaftsstruktur (Marini 1981: 38ff; vgl. Suau Arinci et al. 2015). Somit muss aus dependenztheoretischer Perspektive ein Projekt, in dem die ArbeiterInnen lediglich darauf hoffen sollen, dass durch die Allianz aus Staat und Unternehmen genug Wohlstand geschaffen wird, sodass dieser irgendwann auch in den unteren gesellschaftlichen Schichten ankommt, fragwürdig erscheinen.

Zweitens ziehen *Dependentistas* auf Grundlage der eben erwähnten Gesellschaftskonzeption auch die Vorstellung in Zweifel, dass vorrangig in der einen oder anderen Nationalökonomie verankerte Unternehmen ohne Weiteres auch zu national verstandener Loyalität bereit wären. Denn man kann in dependenztheoretischer Sicht keineswegs davon ausgehen, dass es einen Zusammenhang zwischen den wie auch immer definierten Interessen einer gegebenen nationalen Gesellschaft und jenen der Unternehmen, die in ihrem Namen operieren, gibt. Tatsächlich war die Skepsis gegenüber der sogenannten „nationalen Bourgeoisie“ eines der verbindenden Elemente zwischen radikaleren *Dependentistas* wie Marini und ihren eher gemäßigten KollegInnen (vgl. z.B. Cardoso/Serra 1978). Wo also haltbare Koalitionen von Staat und Unternehmen entstehen, müssen diese – vielen *Dependentistas* zufolge – einen deutlich höheren Grad an Disziplinierung und sogar Zwang, etwa bei der Übernahme unternehmerischen Risikos oder der Akzeptanz von Umverteilung, von Ersterem gegenüber Letzteren beinhalten, wenn sie positive Ergebnisse für die Bevölkerungsmehrheit zeitigen sollen.

Wiederum geht es den *Dependentistas* nicht darum, die Möglichkeit der Herausbildung von breiten, klassenübergreifenden Koalitionen auf nationaler (oder jeder anderen räumlichen) Ebene pauschal zu negieren – DenkerInnen wie der eben zitierte Fernando Henrique Cardoso bejahten diese Möglichkeit sogar ausdrücklich – wohl aber darum, darauf hinzuweisen, dass diese in hohem Maße voraussetzungsvoll und historisch eher Ausnahmefälle sind. Denn in dieser Perspektive existiert kein genuines „nationales Interesse“, sondern vielmehr eine konflikthafte Beziehung zwischen Klassen, in die im Übrigen auch der Staat und seine Apparate konstitutiv eingebunden sind.

Welche Erklärungskraft haben diese kritischen Ausführungen nun in Bezug auf die wirtschaftliche und soziale Entwicklung im Rahmen des Kapitalismus in Argentinien seit dem Umbruch um die Jahrtausendwende? Dieser Frage widmet sich der folgende Abschnitt.

3. Abhängige Entwicklung im 21. Jahrhundert: Der Fall Argentinien (2003–2015)

Wie oben bereits angedeutet markierte der Übergang zu einer in weiten Teilen neodesarrollistisch fundierten Strategie wirtschaftlicher Entwicklung tatsächlich einen Wendepunkt in der jüngeren argentinischen (Wirtschafts-)Geschichte. Zahlreiche der einschlägigen ökonomischen und sozialen Indikatoren lassen zunächst auf eine beeindruckende Entwicklung schließen. Betrachten wir im Folgenden nur einige der zentralen Dimensionen.

Das Wachstum des BIP war beispielsweise zwischen 2003 und 2012 mit durchschnittlich 7,2 Prozent jährlich deutlich höher als selbst während der kurzen „goldenen Jahre“ des argentinischen Neoliberalismus Mitte der 1990er Jahre. Bereits 2007 übertraf das BIP so seinen vormaligen Höchststand von 1998 um mehr als 20 Prozent.⁴ Sektorial getrieben wurde dieses Wachstum insbesondere durch die güterproduzierenden Bereiche und hier durch die verarbeitende Industrie. Auch die Produktivitätsraten im verarbeitenden Gewerbe erhöhten sich deutlich: 2007 lagen sie um über 34 Prozent höher als noch zehn Jahre zuvor (SSCEyMC 2013: Annex 5).

Daneben erlebte auch die argentinische Außenwirtschaft einen spürbaren Aufschwung, der nahezu alle produktiven Segmente erfasste. Mit dem allgemeinen Anstieg der Exporte ging darüber hinaus eine Umkehrung der während der 1990er Jahre vorherrschenden strukturellen Handelsbilanzdefizite einher. Hatte die Handelsbilanz 1997 ein Defizit von über 3,9 Mrd. US\$ verzeichnet, brachte 2007 ein Positivsaldo von knapp 11,1 Mrd. US\$ (siehe auch Tabelle 1, oben). Allerdings entfiel bereits in der Frühphase dieser Entwicklung der bei weitem größte Teil des Exportwachstums auf Produktgruppen, die mit dem traditionellen, agrarisch geprägten Spezialisierungsprofil Argentiniens verbunden sind, darunter nicht zuletzt Ölsaaten (wie Soja) und deren Derivate (vgl. Schorr/Wainer 2013).⁵

Auch in Hinblick auf den Arbeitsmarkt und die Entwicklung breiter sozialer Indikatoren markierte die Krise um die Jahrtausendwende zunächst einen Wendepunkt zum Positiven. So durchlebte die argentinische Volkswirtschaft in den Jahren nach der Krise ein regelrechtes „Beschäftigungswunder“: Der relativ niedrige Anteil der ökonomisch aktiven Bevölkerung stieg zwischen 2002 und 2007 von 34,5 auf 42,5 Prozent, und damit weitaus höher als bei seinem vormaligen Höchststand in den 1970er Jahren. Die Werte für Arbeitslosigkeit und unfreiwillige Unterbeschäftigung sanken nach ihrer krisenbedingten Explosion im selben Zeitraum von jeweils über 20 auf etwa 8 bzw. 9 Prozent.⁶ Hatte Ende 2002 im Kontext der tiefgreifenden Krise knapp die Hälfte aller argentinischen Haushalte unter Bedingungen von (Einkommens-) Armut gelebt, reduzierte sich dieser Anteil – maßgeblich als Ergebnis der Verbesserungen auf dem Arbeitsmarkt – auf etwas über 27 Prozent im Jahr 2007. Der Gini-Koeffizient, gängige Maßeinheit der Einkommensungleichheit, ging im gleichen Zeitraum von über 55 auf 47,4 Punkte zurück, einem der niedrigsten Werte in der traditionell extrem ungleichen lateinamerikanischen Region.⁷ Eine partielle Ausnahme von der allgemein positiven Entwicklung im Arbeitsmarkt- und Sozialbereich betraf allerdings die Reallöhne, die eine äußerst langsame und segmentierte Erholung durchliefen. Wie oben angedeutet waren diese als Kollateraleffekt der massiven Devaluation des Pesos 2001–02 um nahezu 20 Prozent gesunken. Beschäftigte im formellen Sektor brauchten trotz der guten Wirtschaftsentwicklung etwa vier Jahre, ihre KollegInnen im informellen Sektor sogar noch einmal drei Jahre länger, um diese Einbußen wieder

aufzuholen und zumindest den Stand von vor 2001 zu erreichen (CIFRACTA 2012: 26ff; 2013: 28).

Im Rückblick markierten die Jahre um 2007–08 den Übergang zu einer zweiten, deutlich schwierigeren Phase der „post-neoliberalen“ Entwicklung in Argentinien. So waren die Wachstumsraten ab etwa 2008 und bis in die jüngste Vergangenheit – teilweise, aber nicht vorrangig bedingt durch die Effekte der Weltwirtschaftskrise – deutlich niedriger als in den ersten Jahren der Kirchner-Regierung (siehe wiederum die obige Tabelle 1). Im Jahr 2014 verzeichnete die argentinische Volkswirtschaft wiederum sogar ein leichtes Negativwachstum von –0,2 Prozent (CEPAL 2015: 18). In der Wachstumsdynamik führend war seit etwa 2007 erneut der Dienstleistungssektor, während insbesondere die mit der Produktion von gering verarbeiteten, vorrangig für den Export bestimmten Gütern assoziierten Segmente teilweise deutlich negative Wachstumsraten verzeichneten.⁸

Auch in der außenwirtschaftlichen Dimension verdichteten sich ab etwa 2008 einige problematische Tendenzen. Die Handelsbilanzüberschüsse reduzierten sich von Jahr zu Jahr: 2013 betrug das Positivsaldo nur noch knapp 3 Mrd. US\$. Dabei akzentuierten sich bereits zuvor bestehende Probleme, zuvorderst die hohe Importabhängigkeit in den komplexeren industriellen Segmenten. Allein bei Maschinen und Fahrzeugen verzeichnete die argentinische Volkswirtschaft im genannten Jahr ein Defizit von knapp 20,6 Mrd. US\$, das wiederum durch Agrar- und verbundene Exporte kompensiert werden musste. Auch ein wachsendes Energiedefizit von gut 7,3 Mrd. US\$ trug zu dieser Problematik bei. Diese Werte deuten auf einen ausbleibenden ökonomischen Strukturwandel hin, da ganz offensichtlich die Herausbildung einer international wettbewerbsfähigen, aber lokal eingebetteten Industrie, wie sie explizit Bestandteil neodesarrollistischer Ambitionen ist, nur sehr unzureichend gelang. Stattdessen blieb die traditionelle Abhängigkeit von vorrangig agrarischen Exporten bestehen und verschärfte sich zuletzt sogar wieder.⁹

Schließlich waren auch in Bezug auf die Entwicklung des Arbeitsmarktes und der einschlägigen sozialen Indikatoren immer mehr problematische Tendenzen zu verzeichnen. Die Verbesserungen setzten sich meistenteils zwar fort, allerdings ungleich langsamer als vorher, während die ihnen innewohnenden Beschränkungen und Segmentierungen noch deutlicher wurden. Der Anteil der Beschäftigten an der Gesamtbevölke-

rung wuchs zwischen 2008 und 2013 nur noch marginal und erreichte um die 43 Prozent. Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung sanken im gleichen Zeitraum ebenfalls nur um wenige Prozentpunkte, und zwar auf 7,6 bzw. 8,9 Prozent.¹⁰ Auch der Anteil der von Armut betroffenen Haushalte sank bis Ende 2013 lediglich auf knapp 20 Prozent.¹¹ Vorrangige Ursachen für diese Verlangsamung der sozialen Verbesserungen waren das Erlahmen der Arbeitsmarktentwicklung und die anziehende Inflation (siehe unten). Die gleichzeitig stattfindende sozialpolitische Expansion und Maßnahmen zum Schutz des Binnenkonsums (z.B. Preiskontrollen) konnten diese Entwicklungen nur unzureichend kompensieren.

Kurz zusammengefasst lassen sich die hier beschriebenen Entwicklungen in drei zentralen Tendenzen verdichten, zu deren Verständnis und Erklärung sozial- und wirtschaftswissenschaftliche Perspektiven auf den gegenwärtigen Kapitalismus in Argentinien beizutragen hätten:

(1) die insgesamt positive Entwicklung einschlägiger wirtschaftlicher Indikatoren wie BIP, Produktivität, Exporte und Handelsbilanz sowie von Arbeitsmarkt- und breiteren sozialen Indikatoren;

(2) die Verlangsamung bis hin zur teilweisen Umkehrung der besagten positiven Entwicklungen in den letzten Jahren;

(3) die scheinbar ausbleibende Transformation der produktiven Struktur Argentiniens in Übereinklang mit den neodesarrollistischen Ambitionen.

Freilich sind die Problematiken der jüngeren ökonomischen und sozialen Entwicklung Argentiniens neodesarrollistischen DenkerInnen nicht verborgen geblieben. Der argentinische Politologe Flavio Gaitán, der in diesem Zusammenhang sicherlich einige der besten Analysen vorgelegt hat, führt sie vor allem darauf zurück, dass es dem *Kirchnerismo* nicht gelungen sei, eine kohärente neodesarrollistische Strategie zu implementieren. Die hauptsächlichen Probleme bestehen in seiner Lesart in einem politischen Kurzfristdenken, einem exzessiven „Dezisionismus“ und insbesondere dem Fehlen eines strategischen Planungsprozesses unter Beteiligung der relevanten wirtschaftlichen und sozialen AkteurInnen (Gaitán 2012a; 2012b). Obwohl sie auf einige reale Schwachstellen der Implementation des *Neodesarrollismo* in Argentinien verweist, erscheint eine solche Erklärung der Probleme der jüngeren kapitalistischen Entwicklung in Argentinien aus dependenztheoretischer Perspektive allerdings verkürzt und oberflächlich. Dies soll im Folgenden anhand einer Diskussion einiger Mechanismen, die

die argentinische Wirtschafts- und Sozialentwicklung seit 2003 maßgeblich formten, dokumentiert werden (vgl. Suau Arinci et al. 2015).

Wie lässt sich zunächst die binnenwirtschaftliche Entwicklung, insbesondere das dynamische Wachstum, erklären? Desaggregiert man auf der Suche nach einer solchen Erklärung das Wirtschaftswachstum in seine funktionalen Komponenten, so fällt für den Zeitraum von 2003 bis 2007 vor allem das überaus dynamische Wachstum der Bruttoinvestitionen ins Auge, die im Durchschnitt um über 25 Prozent pro Jahr und damit ungefähr doppelt so schnell wie während der 1990er Jahre anstiegen.¹² Dieser Faktor kristallisiert sich so neben der raschen Erholung des privaten Konsums – durch die Verbesserung der Arbeitsmarktsituation jedoch eher Teil einer positiven Wechselwirkung mit den makroökonomischen Variablen denn eigenständiges Movens – als Kernkomponente des Wachstumspfadens nach der Krise heraus.

Es erscheint daher notwendig, diesen Anstieg der Bruttoinvestitionen zu erklären. Unter den konventionellen Erklärungsfaktoren, nämlich Ressourcen, Institutionen und makroökonomisches Umfeld (vgl. Bond/Malik 2007), sticht hier vor allem die Bedeutung der langfristigen Devaluation der Währung mit ihren tiefgreifenden Auswirkungen auf die Bedingungen der Kapitalverwertung heraus. Wie oben gesehen hatte dies massive Reallohnverluste und sinkende Lohnstückkosten zur Folge: Allein zwischen 2001 und 2003 war bei Letzteren ein Rückgang von 25 Prozent zu verzeichnen. 2007 lagen sie immer noch 13 Prozent niedriger als sechs Jahre zuvor (CIFRA-CTA 2013: 13). Die implizierte deutliche Verschiebung in den Verteilungsrelationen zwischen Unternehmen und Beschäftigten trug wiederum entscheidend zu einem Anstieg der Profitraten, den Erstere verbuchen konnten, bei: Von gut 7 Prozent in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre stiegen diese für alle börsennotierten Unternehmen auf über 14 Prozent in den Jahren 2005 und 2006 an. In Übereinklang mit der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung wurde dieser Trend von den Unternehmen in der güterproduzierenden Industrie angeführt, die im Durchschnitt eine Profitabilität von knapp 19 Prozent erzielten (Azpiazu/Schorr 2010b: 124f). Es war also in erster Linie der Anstieg der – wenigstens für einige Jahre realistischen – unternehmerischen Profiterwartungen, der die Investitionsrate ankurbelte und damit

den ökonomischen Erholungsprozess in Gang setzte (vgl. auch Féliz 2011; Varesi, 2010).

Allerdings erwies sich in den Folgejahren das Profitmotiv als Stütze einer langfristigen dynamischen wirtschaftlichen Entwicklung und Transformation als nur gering tragfähig sowie sein Verhältnis zu den sozialen Variablen des neodesarrollistischen Modells in Argentinien als widersprüchlich. Nicht zuletzt durch die staatlich beförderte Reaktivierung nationaler Tarifverhandlungen und die insbesondere ab 2007–08 spürbare sozialpolitische Expansion verschoben sich die kräfte- und verteilungspolitischen Relationen langsam wieder. So halbierten sich die durchschnittlichen Profite börsennotierter Unternehmen bereits bis 2009 wieder auf etwa 7 Prozent (Azpiazu/Schorr 2010b: 125). Viele Unternehmen, insbesondere jene, die aufgrund oligopolistischer Branchenstrukturen über die entsprechende Marktmacht verfügten, reagierten auf dieses Sinken der Profitmargen mit überproportionalen Preiserhöhungen, was wiederum entscheidend zu einer massiven Beschleunigung der inflationären Tendenzen beitrug: Seit 2008 lagen die Preissteigerungsraten fast durchgehend um die 25 Prozent jährlich und stellen so gegenwärtig eines der zentralen Probleme der argentinischen Wirtschaftsentwicklung auf makroökonomischer wie sozialer Ebene dar (vgl. Manzanelli/Schorr 2013).

Zwar bemühte sich die Regierung gleichzeitig, Unternehmen zu ökonomischen Strategien anzuhalten, die weniger stark auf die durch die Fortschreibung der ursprünglichen Devaluation erreichten Lohnkostenvorteile und/oder eine gesamtwirtschaftlich problematische Preispolitik angewiesen wären. So versuchte sie beispielsweise, durch Einfuhrbeschränkungen für industrielle Güter, insbesondere Halbzeuge, exportstarke, zumeist transnationale Unternehmen der verarbeitenden Industrie zu einer stärkeren Verkettung mit der lokalen Ökonomie zu bewegen, was wiederum Arbeitsmarktspielräume in lohnintensiven Bereichen eröffnet hätte. Im agro-industriellen Bereich war sie umgekehrt bestrebt, stärker positive Anreize zu setzen, um etablierte Produzenten und Exporteure dazu zu motivieren, neue Segmente der Wertschöpfungskette mit höherem Wertzusatz zu besetzen (vgl. Ebenau/Suau Arinci 2012).

Allerdings reagierten die allermeisten Unternehmen auf solche Anreize kaum im Sinne der Regierung und der neodesarrollistischen Programmatik. Stattdessen machten sich die mächtigen Unternehmerverbände,

sowohl aus den industriellen als auch aus den agrarisch gebundenen Bereichen, zu Trägern einer Kritik der offiziellen ökonomischen Strategie, die vor allem auf die behauptete „Verzögerung“ der Wechselkursanpassung abzielte. Schuld an der verhaltenen ökonomischen Entwicklung sei, so die Argumentation, die Tatsache, dass die graduelle nominale Devaluation des Pesos in den Jahren seit 2003 meistens nicht mit der realen Aufwertung durch Lohnzuwächse usw. Schritt gehalten habe. Demzufolge forderten die politischen VerfechterInnen dieser These eine stärkere Abwertung, teilweise sogar eine Wiederholung der Mega-Devaluation, ungeachtet der zu erwartenden regressiven verteilungspolitischen Implikationen eines solchen Schrittes.¹³

Tatsächlich formierte sich Ende 2013 eine informelle transnationale Koalition von AkteurInnen, die einen solchen Schritt forcierten: Zahlreiche große Produzenten und Exporteure von agrarischen und agro-industriellen Gütern traten in einen „Exportstreik“, wobei sie die strategische Macht nutzten, die ihnen die Tatsache verlieh, dass der prekäre Leistungsbilanzüberschuss und damit letztlich der Erhalt der staatlichen Devisenreserven praktisch von ihnen abhängen; externe Finanzmarktakteure und große transnationale Konzerne wiederum platzierten Wetten auf eine erneute starke Abwertung des Pesos. Tatsächlich sah sich die Regierung in der letzten Januarwoche 2014 – und entgegen anderslautender Erklärungen nur wenige Tage zuvor – gezwungen, eine massive Abwertung der nationalen Währung durch die Zentralbank, von einer Relation von etwa 1:5 (US\$ zu A\$) auf 1:8, zuzulassen.¹⁴ Eines der Ergebnisse war eine erneute Bewegung im Verteilungskampf, diesmal wieder zugunsten der dominanten Kapitalfraktionen: Die Reallöhne sanken im ersten Quartal 2014 um knapp 8 Prozent (CIFRA-CTA 2014: 25).

Welche Rückschlüsse lassen sich nun aus dieser Prozessanalyse für die Erklärung der oben beschriebenen zentralen Momente der argentinischen Wirtschaftsentwicklung ziehen? Und in welchem Verhältnis stehen die so gewonnenen Erkenntnisse zur dependenztheoretisch inspirierten Kritik des *Neodesarrollismo*? Diesen Fragestellungen wenden wir uns in der Schlussfolgerung zu.

4. Schlussfolgerung

Wie gesehen gründete sich die insgesamt positive wirtschaftliche Entwicklung ab 2003 auf eine insbesondere durch die Mega-Devaluation im Umfeld der argentinischen Krise hergestellte Konstellation, in der hohe unternehmerische Profitraten tatsächlich mit einer gewissen sozialen Erholung kompatibel waren. Diese erwies sich jedoch letztlich erstens als wenig wirksam im Sinne der angestrebten Transformation der Produktionsstruktur und zweitens insgesamt als wenig tragfähig. Zum ersten Aspekt ist zu bemerken, dass einerseits die industriepolitischen Anstrengungen der Kirchner- und Fernández-Regierungen ganz offensichtlich nicht hinreichend waren, wie *Neodesarrollistas* wie Gaitán richtig hervorheben. Andererseits zeigt das Scheitern zahlreicher Initiativen aber auch, dass das Interesse einflussreicher Wirtschaftssektoren an transformativen Anstrengungen gering war. Sobald – der zweite Aspekt – die Fortsetzung der sozialen Erholung mit dem Profitmotiv in Konflikt zu geraten begann, etwa weil steigende Reallöhne die Verteilungsrelationen zu ihren Ungunsten zu verändern drohten, setzten diese AkteurInnen stark eigeninteressegeleitete Verteidigungsstrategien dagegen. Sie taten dies, wie zum Beispiel der Fall der massiven Devaluation Anfang 2014 zeigt, durchaus bewusst als Teil transnationaler Interessenkoalitionen – eine Tatsache, die schwer in Einklang mit neodesarrollistischen Vorstellungen einer nationalen Bourgeoisie zu bringen ist. Im Endergebnis ist angesichts der bröckelnden Unterstützung aus Gewerkschaften und sozialen Bewegungen – ihrerseits ein Effekt der stagnierenden sozialen Verbesserungen – unklar, ob das neodesarrollistische Projekt in Argentinien die Präsidentschaftswahlen im Herbst 2015 überdauern wird.¹⁵

Damit können zahlreiche der Kritikpunkte am neodesarrollistischen Denken und den entsprechenden politischen Empfehlungen, die oben aus einer *Dependentista*-Perspektive dargestellt wurden, als am argentinischen Beispiel bekräftigt angesehen werden. Einmal mehr hat sich erwiesen, dass Aufstiegsprozesse im kapitalistischen Weltsystem – trotz des Optimismus mit dem etwa Bresser-Pereira die argentinische Entwicklung betrachtet hatte – extrem voraussetzungsvolle und historisch eher seltene Prozesse sind. Die neodesarrollistische (Selbst-)Kritik an der jüngeren argentinischen Erfahrung, formuliert unter anderem von Flavio Gaitán, hat

sich als unzureichend erwiesen, um diesen Sachverhalt für das konkrete Beispiel, das hier in Frage stand, zu erklären. So hat sich beispielsweise in Übereinklang mit der dependenztheoretischen Kritik am theoretischen und normativen Nationalismus des *Neodesarrollismo* gezeigt, dass mächtige transnationale und/oder außenorientierte Kapitalfraktionen nur sehr schwer in entsprechende „nationale Entwicklungsprojekte“ und die ihnen zugrunde liegenden Allianzen aus Staaten und Unternehmen einzu- binden sind. Auch ist die Bedeutung von strukturell antagonistischen und konfliktbehafteten Beziehungen zwischen sozio-ökonomischen Klassen für die Erklärung von Prozessen wirtschaftlicher Entwicklung und deren Problemen überdeutlich geworden.

- 1 Bresser-Pereira (2010: 59) führt hierzu weiter aus: „[E]s handelt sich [bei nationalen Entwicklungsprojekten] um konzertiertes ökonomisches Handeln, welches die Nation zum kollektiven Subjekt und den Staat zum grundlegenden Instrument kollektiven Handelns hat. Es geht um eine informelle oder implizite politische Koalition, in der soziale Klassen, unter Führung der Regierung, ihre Binnenkonflikte aussetzen um zusammenzuarbeiten, soweit es um das Problem internationaler wirtschaftlicher Konkurrenz geht.“
- 2 Vgl. z.B. „La presidenta reclamó un ‚capitalismo en serio‘“, *La Nación*, 4.II.2011, <http://www.lanacion.com.ar/1420295-cristina-pidio-capitalismo-en-serio>, 30.05.2015.
- 3 Diese Annahme wurde insbesondere im Rahmen der aus den frühen Dependenzperspektiven hervorgegangenen und eng verwandten Weltsystemtheorie formalisiert und vielfach dokumentiert (vgl. z.B. Babones 2012).
- 4 Daten von Argentiniens nationaler Statistikbehörde INDEC.
- 5 UN Comtrade-Daten.
- 6 INDEC-Daten.
- 7 Daten aus der Weltbank-Datenbank World Development Indicators (WDI).
- 8 INDEC-Daten.
- 9 UN Comtrade-Daten.
- 10 INDEC-Daten.
- 11 Weltbank-(WDI-)Daten.
- 12 INDEC-Daten.
- 13 Vgl. z.B. „Hay que evitar que el tipo de cambio quede atrasado“, *La Nación* (Martín Kanenguiser), 16.03.2009, <http://www.lanacion.com.ar/1108976-hay-que-evitar-que-el-tipo-de-cambio-queda-atrasado>, 30.05.2015.
- 14 Vgl. z.B. „Piden investigar a Shell y a siete bancos por una corrida cambiaria“, *Tiempo Argentino* (Gabriel A. Morini), 4.07.2014, <http://tiempo.infonews.com/edicion/1497/argentina>, „Argentina sufre la peor devaluación en una década“, *BBC Mundo* (Ignacio de los Reyes), 24.01.2014, <http://www.bbc.co.uk/mundo/noticias/>

2014/01/140123_economia_argentina_do-lar_devaluacion_peso_irm; „Cuevas cambiarias en medio de la Pampa Húmeda“, Página 12 (Raúl Dellatorre), 2.II.2014, <http://www.pagina12.com.ar/diario/economia/2-258919-2014-11-02.html>, 30.05.2015.

- 15 In den Vorwahlen vom August 2015 lag Cristina Kirchners designierter Nachfolger, Daniel Scioli, zwar mit 38,4 Prozent der Stimmen vor seinen hauptsächlich konservativ-neoliberalen Herausforderern. Ein solches Ergebnis würde den kirchneristischen Kandidaten allerdings in eine Stichwahl zwingen, in der die vereinten Stimmen der Opposition ihn übertrumpfen könnten. Selbst wenn Scioli die Wahlen gewinnen sollte, hat sich allerdings bereits mit seiner Kandidatur eine noch stärker gemäßigte und wirtschaftsfreundliche Linie innerhalb des Kirchnerismo durchgesetzt. Die fortgesetzte Realisierung einer sozial-progressiven Auslegung neodesarrollistischer Vorstellungen wird damit immer unwahrscheinlicher.

Literatur

- Arceo, Nicolás/ González, Mariana L./ Mendizábal, Nuria/ Basualdo, Eduardo M. (2010): *La economía argentina de la posconvertibilidad en tiempos de crisis mundial*. Buenos Aires: Atuel.
- Azpiazu, Daniel/Schorr, Martín (2010a): *Hecho en Argentina*. Industria y economía, 1976-2007. Buenos Aires: Siglo XXI.
- Azpiazu, Daniel/Schorr, Martín (2010b): *La industria argentina en la posconvertibilidad: reactivación y legados del neoliberalismo*. In: *Problemas del Desarrollo*, 41 (161), 111-139.
- Babones, Salvatore J. (2012): *Position and Mobility in the Contemporary World-Economy: A Structuralist Perspective*. In: Babones, Salvatore J./Chase-Dunn, Christopher (Hg.): *Handbook of World-Systems Analysis. Theory and Research*. London/New York: Routledge, 327-335.
- Bond, Stephen R./Malik, Adeel (2007): *Explaining Cross-Country Variation in Investment: The Role of Endowments, Institutions and Finance*, <http://www.nuffield.ox.ac.uk/users/bond/bond%20malik.pdf>, 06.06.2015.
- Boris, Dieter (2012): *Auf- und Abstiegsprozesse im kapitalistischen Weltsystem. Thesen in dependenztheoretischer und/oder regulationstheoretischer Perspektive*. In: *Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung*, 23 (89), 16-26.
- Boschi, Renato R. (2011): *Instituições, trajetórias e desenvolvimento: uma discussão a partir da América Latina*. In: Boschi, Renato R. (Hg.): *Variedades de capitalismo, política e desenvolvimento na América Latina*. Belo Horizonte: Editora UFMG, 7-30.
- Boschi, Renato R./Gaitán, Flavio (2008): *Gobiernos progresistas, agenda neodesarrollista y capacidades estatales: la experiencia reciente en Argentina, Brasil y Chile*. *Análise de Conjuntura OPISA*, 1/2008. Rio de Janeiro: Observatório Político Sul-Americano, IUPERJ/UCAM.

- Bresser-Pereira, Luiz Carlos (2007): Estado y mercado en el nuevo desarrollismo. Nueva Sociedad, 36 (210), 110-125.
- Bresser-Pereira, Luiz Carlos (2010): Globalization and Competition. Why Some Emergent Countries Succeed While Others Fall Behind. Cambridge: Cambridge University Press.
- Cardoso, Fernando Henrique/Serra, Jose (1978): Las desventuras de la dialéctica de la dependencia. In: Revista Mexicana de Sociología, 40 (E), 9-55.
- CEPAL (2015): Balance Preliminar de las Economías de América Latina y el Caribe. Santiago de Chile: CEPAL.
- Chibber, Vivek (2008): ¿Revivir el Estado desarrollista? El mito de la ‘burguesía nacional’. Documentos y Aportes a la Administración Pública y la Gestión Estatal, 11, 7-34.
- CIFRA-CTA (Centro de Investigación y Formación de la República Argentina, Central de Trabajadores de la Argentina) (2012): Informe de Coyuntura N° 11, Noviembre de 2012. Buenos Aires: CIFRA-CTA.
- CIFRA-CTA (2013): Informe de Coyuntura N° 12, Abril de 2013. Buenos Aires: CIFRA-CTA.
- CIFRA-CTA (2014): Informe de Coyuntura N° 16, Agosto de 2014. Buenos Aires: CIFRA-CTA.
- Diniz, Eli (2011): Depois do neoliberalismo. Rediscutindo a articulação estado e desenvolvimento no novo milênio. In: Boschi, Renato R. (Hg.): Variedades de capitalismo, política e desenvolvimento na América Latina. Belo Horizonte: Editora UFMG, 31-55.
- Ebenau, Matthias (2014): Comparative Capitalisms and Latin American Neodevelopmentalism: A Critical Political Economy View. In: Capital & Class, 38 (1), 102-114.
- Ebenau, Matthias/Parés, Facundo/ Suau Arinci, Lucía (2013): Zurück in die Zukunft? Dependenzperspektiven in der Analyse der Diversität des Gegenwartskapitalismus. In: PERIPHERIE, 33 (130/131), 220-242.
- Ebenau, Matthias/Suau Arinci, Lucía (2012): La heterodoxia permitida: una crítica al enfoque de las variedades del capitalismo y al paradigma neo-institucionalista. In: JEC (Hg.): Anales de Las V Jornadas de Economía Crítica, Buenos Aires: JEC, 1-12.
- Félix, Mariano (2009): Crisis cambiaria en Argentina. In: Problemas del Desarrollo, 40 (158), 185-213.
- Félix, Mariano (2011): ¿Neo-desarrollismo: más allá del neo-liberalismo? Desarrollo y crisis capitalista en Argentina desde los 90. In: Revista Theomai, 23, 72-86.
- Gaitán, Flavio (2012a): Argentina tras el colapso, ¿retorno del Estado desarrollista?. Konferenzpapier, präsentiert beim 30. Annual LASA Congress, San Francisco, 24.-26. Mai 2012.
- Gaitán, Flavio (2012b): Economía política del post-neoliberalismo en Argentina. Konferenzpapier, präsentiert beim 22. World Congress of Political Science (IPSA), Madrid, 8.-12. Juli 2012.

- Gaitán, Flavio/Boschi, Renato R. (2015): State-Business-Labour Relations and Patterns of Development in Latin America. In: Ebenau, Matthias/Bruff, Ian/May, Christian (Hg.): *New Directions in Comparative Capitalisms: Critical and Global Perspectives*. London: Palgrave Macmillan, 172-188.
- Manzanelli, Pablo/Schorr, Martín (2013): Aproximación al proceso de formación de precios en la industria argentina en la posconvertibilidad. In: *Realidad Económica*, 273, 25-52.
- Marini, Ruy Mauro (1981): *Dialéctica de la dependencia*. México D.F.: Era.
- Prebisch, Raúl (1983): *Transformación y desarrollo: la gran tarea de América Latina*. In: Prebisch, Raúl: *Obras escogidas*. Bogotá: Plaza y Janes, 371-429.
- Schorr, Martín/Wainer, Andrés (2013): Inserción argentina en el mercado internacional: perfil de especialización según densidad tecnológica de los productos. In: Schorr, Martín (Hg.): *Argentina en la posconvertibilidad: ¿desarrollo o crecimiento industrial?*. Buenos Aires: Miño y Dávila, 117-144.
- Selwyn, Ben (2014): *The Global Development Crisis*. London/Malden: Polity Press.
- Sicsú, João/de Paula, Luiz Fernando/Michel, Renault (2007): Por que novo-desenvolvimentismo? In: *Revista de Economia Política*, 27 (108), 507-524.
- SSCEyMC (Subsecretaría de Coordinación Económica y Mejora de la Competitividad, Ministerio de Economía de la Nación Argentina) (2013): *Informe Productivo Trimestral. Análisis Sectorial de La Economía Real: Primer Trimestre de 2013*. Buenos Aires: Mecon.
- Suau Arinci, Lucía/Pessina, Nadia/Ebenau, Matthias (2015): All Varieties Are Equal ... Contributions from Dependency Approaches to Critical Comparative Capitalisms Research. In: Ebenau, Matthias/Bruff, Ian/May, Christian (Hg.): *New Directions in Comparative Capitalisms: Critical and Global Perspectives*. London: Palgrave Macmillan, 189-206.
- Varesi, Gastón Ángel (2010): La Argentina Posconvertibilidad: Modelo de Acumulación. In: *Problemas Del Desarrollo*, 41 (161), 141-164.

Abstract

Dieser Artikel entwickelt eine dependenztheoretisch inspirierte Kritik am lateinamerikanischen *Neodesarrollismo*, die er anhand einer Diskussion von Aspekten der jüngeren Wirtschaftsentwicklung Argentiniens empirisch fundiert. Er kritisiert insbesondere zwei Dimensionen dieser Denkschule als unrealistisch und politisch irreführend: die Konzeption des kapitalistischen Weltmarkts als Gefüge, in dem Nationalökonomien im Rahmen eines Positivsummenspiels miteinander konkurrieren, sowie die Vorstellung von Nationen als kollektiven Akteuren. Die Bedeutung dieser Kritikpunkte erweist sich am argentinischen Beispiel unter anderem an der ausbleibenden Transformation der Produktionsstruktur und an den anhaltenden Klassenkonflikten im Rahmen des Prozesses wirtschaftlicher Entwicklung.

Based on dependency theory, this article develops a critique of the Latin American *neodesarollismo* strategy, focussing on the recent economic development in Argentina. The critique presents two dimensions of the *neodesarollismo* strategy which are widely regarded as erroneous and politically misleading: 1) the conception of the capitalist world market as a structure in which national economies compete within the framework of a win-win situation; and 2) the notion of nations as collective actors. The relevance of this critique is highlighted by the absence of a substantive transformation of the Argentinian production structure and by the ongoing class conflict.

Matthias Ebenau
IG Metall Bildungszentrum Beverungen
m.ebenau@qmul.ac.uk

TANJA ERNST

**Jenseits des ‚westlichen‘ Fortschrittsparadigmas?
Zum widersprüchlichen Verhältnis von Dependenz,
Differenz und Demokratie in Bolivien**

„Wie anders sonst sollen wir den Extraktivismus überwinden? Indem wir mit der Rohstoffgewinnung aufhören, die Zinnbergwerke und die Gasquellen schließen und damit unsere materielle Existenzgrundlage verlieren, wie die Kritiker vorschlagen? Ist das nicht der direkte Weg zu wachsender Armut und zu einer Restauration des Neoliberalismus? Ist das nicht, was die konservativen Kräfte so sehr wünschen? Sollen mit der Ablehnung des Extraktivismus in diesem revolutionären Prozess unsere Hände gebunden werden und soll dieser Prozess somit abgewürgt werden?“ (*García Linera 2013*).

Bolivien zählt zu den linken Reformregierungen des Subkontinents, die angetreten sind, um das koloniale Erbe und damit die ökonomische Basis des Andenlandes, die historisch bedingt stark extraktivistisch geprägt ist, perspektivisch zu überwinden. Extraktivismus bezeichnet eine Entwicklungsstrategie, die auf der Ausbeutung von Rohstoffen und Agrarland für den Export basiert (Acosta 2012). Dependenztheoretisch betrachtet ist das extraktivistische Akkumulationsmodell ein manifester Ausdruck der globalen Arbeitsteilung. Das hat sich mit dem Amtsantritt der Regierung Morales nicht verändert. Im Gegenteil, der Primärgüterexport hat, nicht zuletzt aufgrund der globalen Nachfrage und günstigen Preisentwicklung, weiter an Bedeutung gewonnen und macht quantitativ betrachtet mehr als 95 Prozent des bolivianischen Gesamtexportvolumens aus (Burchardt/Dietz 2014: 47ff). Dieser Neo-Extraktivismus unterscheidet sich vom klassischen Extraktivismus durch eine Wiederaneignung der Kontrolle des Staates über zentrale ökonomische

Ressourcen und Sektoren sowie umfangreiche sozialpolitische Anstrengungen zugunsten der benachteiligten Bevölkerung (Gudynas 2012).

Andererseits erzeugen die wirtschaftspolitischen Schwerpunktsetzungen, die durch Infrastrukturprojekte, eine wachsende Zahl an Mega-Projekten sowie die deutliche Ausweitung von Explorationsvorhaben in Schutzgebiete und indigene Territorien gekennzeichnet sind, zunehmend sozial-ökologische, territoriale und politische Konflikte sowie wachsenden Widerstand ehemaliger BündnispartnerInnen und indigener Gruppen (CEADESC 2011: 10; La Razón 26.5.2015). Die Regierung, die im Wahlkampf 2005 mit dem Versprechen antrat, Bolivien zu dekolonisieren und zu demokratisieren, zählt derzeit zu den hartnäckigsten Verteidigern des extraktivistischen Modells (García Linera 2013). Die innenpolitische Zuspitzung der Positionen im Kampf um den „Prozess des Wandels“ ist im Kern eine Auseinandersetzung um das praktizierte Entwicklungsmodell und – so die These des Beitrags – eine politische Herrschaftsfrage.

Der nachfolgende Beitrag verfolgt drei Ziele. Einleitend wird der Mehrwert einer post- bzw. dekolonialen Erweiterung der Dependenztheorie postuliert und damit eine komplementäre Betrachtung materieller und immaterieller Auswirkungen von Dependenz und Differenz angestrebt. Empirisch wird dies am Beispiel des Neo-Extraktivismus in Bolivien illustriert. Dabei werden die ökonomischen und sozialpolitischen Erfolge der Regierung Morales gewürdigt, aber auch Grenzen und Widersprüche des Entwicklungsmodells benannt. Der Konflikt um den Bau einer mehrspurigen Fernstraße durch das indigene Territorium und den Nationalpark Isiboro-Secure (TIPNIS) zeigt exemplarisch die politischen und sozial-ökologischen Konfliktlinien und offenbart die Fortschreibung neokolonialer Logiken und vertikaler Herrschaftsmuster. Abschließend zieht der Beitrag eine kurze Bilanz. Diese erkennt an, dass das extraktivistische Entwicklungsmodell zu einem graduellen Abbau von Dependenz sowie zu einem Auf- und Ausbau wohlfahrtsstaatlicher Politiken in Bolivien geführt hat und so zu einer deutlichen Stärkung des Staates im Innern sowie nach Außen beiträgt. Zugleich aber bleibt das Entwicklungsmodell volatil und begünstigt autoritär-paternalistische Tendenzen, die im direkten Widerspruch zu den Dekolonisierungs- sowie Demokratisierungsversprechen der Regierung und der neuen Verfassung stehen.

I. Dependenz trifft Differenz – vom Mehrwert lateinamerikanischer Debatten

Theoretisch-konzeptionell lässt sich die nachfolgende Analyse des bolivianischen Transformationsprozesses sowohl von dependenztheoretischen als auch post- bzw. dekolonialen Zugängen aus Lateinamerika leiten. Beide Perspektiven analysieren kolonial entstandene und bis heute andauernde Abhängigkeits-, Ausbeutungs-, Macht- und Herrschaftsverhältnisse im globalen Süden (Hauck 2012: 41ff).

In den originär in Lateinamerika entstandenen dependenztheoretischen Ansätzen der 1960er Jahre werden vor allem ökonomische Folgen der internationalen Arbeitsteilung und außenwirtschaftliche Abhängigkeiten betrachtet, die sich aus der kolonialen Eroberung und der daraus resultierenden Beherrschung des Weltmarktes durch die kapitalistischen Metropolen ergeben haben. Aber entgegen der vielfachen Engführung auf makroökonomische Aspekte haben dependenztheoretische Zugänge über das Konzept der strukturellen Heterogenität (Córdova/Michelena 1969) sowie die Marginalitätsstudien (u.a. Quijano 1974) auch soziologische Analysen der Abhängigkeitsverhältnisse vorgenommen sowie kulturelle Aspekte, wie die Übertragung von Konsummustern aus dem Zentrum in die Peripherie (u.a. Furtado 1972), kritisiert. Die in den 1970/80er Jahren im anglophonen Sprachraum aufgekommene Theorieströmung des Postkolonialismus hat ihren Ursprung innerhalb der *cultural studies* und Teilen der Literaturwissenschaften und entstand nicht zuletzt in Auseinandersetzung, Abgrenzung und der kritischen Erweiterung klassisch materialistischer Analysen.

Insgesamt handelt es sich bei den postkolonialen Studien um disziplinenübergreifende Interventionen, die oft sehr unterschiedliche theoretisch-analytische Zugänge wählen. Gemeinsam ist ihnen die – häufig diskursanalytisch untersuchte – Frage danach, wie die Kolonisierung Identitäten und symbolische sowie institutionelle Repräsentationen der postkolonialen Gesellschaften, das Selbstverständnis Europas sowie die wechselseitigen Selbst- und Fremdzuschreibungen prägt. Dabei werden biologistische und essenzialistische Vorstellungen von ‚Rasse‘, Ethnie, Kultur und Identität dekonstruiert und binäre bzw. dichotome Zuschreibungen bewusst aufgebrochen (Costa 2005: 221). Zentral sind ferner Fragen nach dem Zusam-

menhang von Wissen, Macht und Herrschaft sowie die Dominanz und der universelle Geltungsanspruch der modernen, rationalen Wissensproduktion in den Metropolen.

Aus Sicht der Autorin besitzen beide Theorieströmungen inhaltliche Schnittmengen und bieten wichtige Einsichten, um die Vielschichtigkeit und Beharrlichkeit (post-)kolonialer Macht- und Herrschaftsverhältnisse im nationalen sowie internationalen Kontext analysieren zu können. Da beide Ansätze heterogen sind und keine in sich geschlossenen Theoriegebäude bilden, gibt es neben Gemeinsamkeiten zweifelsohne auch zahlreiche Unterschiede und Gegensätze (vgl. u.a. Grosfoguel 2000; Kapoor 2002; Ziai 2010). Nichtsdestoweniger sollen im Folgenden nicht die wechselseitigen Kritiken sowie die inneren Kontroversen im Fokus stehen, sondern Stärken beider Ansätze zusammengedacht werden. Das fällt im lateinamerikanischen Kontext leichter, da Teile der post- und vor allem der dekolonialen Debatten, anders als die stark poststrukturalistisch orientierte angloamerikanische Debatte, von Anbeginn dependenztheoretisch sowie weltstheoretisch beeinflusst waren (Bortoluci/Jansen 2013: 201ff; Ernst 2010; Rivera Cusicanqui/Barragán 1997).

Exemplarisch lässt sich das an Aníbal Quijano, einem wichtigen Vertreter der Dependenztheorie und späterem Gründungsmitglied des Netzwerkes Modernität/Kolonialität, illustrieren. Anfang der 1990er Jahre entwickelte Quijano im kritischen Dialog mit Immanuel Wallerstein sein Konzept der „Kolonialität der Macht“. Es unterstreicht, dass sich die koloniale Machtausübung nicht auf die gewaltsamen Zwangsakte und die Unterwerfung der ehemaligen Kolonien sowie auf manifeste Formen militärischer, ökonomischer und politischer Einflussnahme beschränkt hat, sondern viel umfassender wirkt und auch die kognitive, erkenntnistheoretische und ideologische Ebene einschließt (Quijano 1993).

Ein weiterer Autor, der in seinem Denken marxistische und postmoderne Zugänge vereint und großen Einfluss auf die Gruppe Modernität/Kolonialität ausübte, ist Enrique Dussel (Castro Gómez/Grosfoguel 2007). Dussel setzt sich in seinen Werken kritisch mit dem universalistischen Anspruch der europäischen Philosophie der Vernunft auseinander. Die zentralen Begrifflichkeiten seiner Kritik am Eurozentrismus lauten Exteriorität und Transmoderne (Dussel 1993). Mit Exteriorität bezeichnet Dussel die Position all derjenigen, die ‚außen stehen‘. Das heißt diejenigen Welt-

regionen, Kulturen und Subjekte, die in der Metaerzählung der europäischen Moderne vereinnahmt, unterdrückt oder zum Schweigen gebracht wurden. Mit dem Konzept der Transmoderne bestreitet Dussel darüber hinaus das kulturelle und erkenntnistheoretische Monopol und die angenommene Existenz der einen dominanten Moderne (ebd.). In der Konsequenz lassen sich weder die Entwicklung der europäischen Moderne noch die Existenz lokaler Wissensformen und subalternen Perspektiven ohne wechselseitige Bezüge angemessen erfassen und verstehen (Mignolo 2009).

Vor allem Quijano, aber auch Dussel bereicherten zugleich die dependenztheoretischen Debatten (Quijano 1974; Dussel/Yanez 1990). Walter Mignolo wiederum vereint die Überlegungen Quijanos und Dussels mit den kritischen Interventionen Gloria Anzaldúas im Feld der *chicana*, *cultural* und *queer theory*. Mignolo fordert dazu auf, sich Wissensformen zuzuwenden, die als unwissenschaftlich oder vormodern belächelt und ignoriert werden, um so die dominanten Denktraditionen über erkenntnistheoretische Grenzgänge zu demaskieren und Raum für Infragestellungen und Neudeutungen von Erkenntnis zu schaffen. In diesem Kontext hat die Gruppe Modernität/Kolonialität auch den Schritt von der postkolonialen Kritik zur dekolonialen Option vollzogen. Aus Sicht des Projektes hat die erste Phase der Dekolonisierung den Staaten der Peripherie lediglich juristisch-politische Unabhängigkeit gebracht. Die zweite – noch ausstehende Dekolonisierung – die von der Gruppe mit dem Begriff der Dekolonialität oder der dekolonialen Option gefasst wird, müsse sich nun den vielgestaltigen und weiterhin intakten, kolonial überformten Machtrelationen zuwenden, um die formale Dekolonisierung zu vervollständigen (Castro Gómez/Grosfoguel 2007: 17).

Aus Sicht der Autorin leistet das Netzwerk einen wichtigen Beitrag, um dependenztheoretische Kritik mit antiessenzialistischen und dekonstruktiven Zugängen zu vereinen. Während es die politökonomische Analyse erlaubt, die materiellen und immateriellen Bedingungen von Dependenz und Differenz in ihrer subnationalen, nationalen sowie internationalen Verschränkung zu analysieren, schärft die postkoloniale Perspektive den Blick für die Hybridität und Verwobenheit kolonial tradiertter Ungleichheiten und Ausschlüsse und offenbart den sozialen Konstruktionscharakter von Selbst- und Fremdzuschreibungen. Aber nur im Zusammenspiel beider Perspektiven lässt sich zeigen, dass die Identitätssuche und

-fixierung nicht in einem vorgesellschaftlichen Machtvakuum oder losgelöst von sozioökonomischen Strukturen, symbolischen Ordnungen, gesellschaftlichen Institutionen, sozialen Praxen und historisch-spezifischen Momenten stattfindet. Selbst- und Fremdzuschreibung sind also nur in ihrem historisch-spezifischen Kontext und der Entwicklung der Gesellschaft insgesamt zu verstehen. Gesellschaftliche Entwicklung aber vollzieht sich macht- und gewaltvoll und ist in diesem Verständnis nicht nur soziale Konstruktion, sondern materiell existent (Kastner 2005: 120ff).

Zu den Aspekten, die sicher nicht alle, aber Teile der dependenztheoretischen und post- bzw. dekolonialen AutorInnen einen, zählt die Kritik an den dualistischen Vorstellungen der Modernisierungstheorie (traditionell vs. modern, rückständig vs. fortschrittlich, unterentwickelt vs. entwickelt) und einer linearen Geschichtsschreibung, die davon ausgeht, dass die ‚entwickelten‘, hochindustrialisierten, liberal-demokratischen Marktwirtschaften und ihr Massenkonsum unhinterfragtes Ziel gesellschaftlicher Entwicklungsprozesse weltweit seien. Darüber hinaus messen beide Ansätze der historischen Kontextualisierung gesellschaftlicher Analysen und einer transnationalen Perspektive große Bedeutung bei. Die dialektische Betrachtung von soziopolitischen Strukturen und ökonomischen Produktionsbeziehungen nahm die Dependenztheorie bereits mit dem Konzept der strukturellen Heterogenität vor. Postkolonial betrachtet, manifestiert sich diese aber auch geschlechtlich, ethnisch-kulturell, symbolisch, politisch-institutionell und erkenntnistheoretisch. Des Weiteren beschäftigen sich beide Ansätze kritisch mit der Rolle der nationalen Eliten und damit neben exogenen auch mit endogenen Ursachen von Dependenz und Differenz sowie den Verflechtungen global-lokaler Herrschaftsmuster. Ein Unterschied zwischen beiden Zugängen besteht darin, dass die dependenztheoretischen Ansätze der 1960er und 1970er Jahre dem ‚westlichen‘ wachstums- und fortschrittsbasierten Entwicklungsbegriff im Wesentlichen verhaftet blieben, während die postkolonialen Ansätze Leitbilder und Erkenntnisse, die universelle Gültigkeit beanspruchen, grundlegend zur Disposition stellen.

2. Das neo-extraktivistische Entwicklungsmodell Boliviens – Erfolge, Grenzen, Widersprüche

Aus Sicht der Regierung Morales ist der Extraktivismus alternativlos und Mittel zum Zweck, um einerseits den unmittelbaren Bedürfnissen der Bevölkerungsmehrheit gerecht zu werden und andererseits über die in der Übergangsphase erwirtschafteten Gewinne die notwendigen technologisch-industriellen und wissenschaftlich-intellektuellen Voraussetzungen für die perspektivische Überwindung des Extraktivismus zu schaffen (García Linera 2013).

Während die Geschichte des Landes seit der kolonialen Eroberung extraktivistisch geprägt ist, stellt die positive Entwicklung der makroökonomischen Kennzahlen und die sozialpolitische Verteilung der Einnahmen seit der Amtsübernahme der Regierung Morales historisch ein Novum dar. Die Exporteinnahmen konnten seit 2006 signifikant gesteigert werden. Zu verzeichnen ist außerdem die kontinuierliche Steigerung des Bruttoinlandsproduktes, des Pro-Kopf-Einkommens und der realen Wachstumsraten sowie eine staatlich kontrollierte Inflation. Die Handelsbilanz ist positiv, und Bolivien erwirtschaftet erstmalig seit mehreren Jahren Staatsüberschüsse. Hinzukommen steigende Steuer- und Zolleinnahmen, eine fortschreitende Entdollarisierung des nationalen Finanzsystems, ein Abbau der Auslandsverschuldung sowie ein hoher Bestand an Währungsreserven und privaten Spareinlagen (Ernst 2015: 149ff). Die öffentlichen Investitionen stiegen von 879 Millionen US-Dollar im Jahr 2006 auf 3,8 Milliarden US-Dollar im Jahr 2013. Der größte Teil wurde mit 1,5 Milliarden in den landesweiten Ausbau der Infrastruktur investiert, dicht gefolgt von 1,2 Milliarden, die in produktive Unternehmungen (Erdgas, Agrarindustrie, Industrialisierung und Bergbau) flossen. 871 Millionen wurden sozial, das heißt in Bildung, Kultur, Gesundheit, soziale Sicherung, Basisinfrastruktur sowie Wohnungs- und Städtebau investiert (La Razón 12.1.2014).

Die Wiedergewinnung der nationalen Kontrolle über die natürlichen Ressourcen erfolgte in Form von Aktienrückkäufen. Die Durchsetzung neuer Abgaben und Preispolitiken sowie die weltweit gestiegene Nachfrage nach Rohstoffen haben dazu beigetragen, die Einnahmenseite in einem bisher ungekannten Ausmaß zu erhöhen. Diesen finan-

ziellen Handlungs- und Verteilungsspielraum nutzt die Regierung, um Leistungen der sozialen Sicherung gezielt auf die benachteiligte Bevölkerungsmehrheit auszuweiten.

Aktuellen Zahlen zufolge konnte die Armutsrate zwischen 2002 und 2013 in Bolivien regional am stärksten und zwar um 32,2 Prozent gesenkt werden, während die Armut im lateinamerikanischen Mittel zeitgleich um 16,4 Prozent sank (Machado 2015). Der prozentuale Anteil der bolivianischen Mittelklasse, gemessen an einer Kaufkraft von 10 bis 50 Dollar pro Tag und Kopf, stieg zwischen 2000 und 2012 von 13 Prozent der Gesamtbevölkerung auf 28,7 Prozent (ebd.). Auch die laut Weltentwicklungsbericht (2014) nach wie vor hohe Einkommenskonzentration mit einem Gini-Koeffizienten von 0,56 sinkt. Dieser Prozess hat sich zwischen 2008 und 2013 beschleunigt. Im regionalen Vergleich gelang es Bolivien damit, die Einkommensungleichverteilung in diesem Zeitraum am stärksten zu verringern (CEPAL 2014: 22ff). Einer aktuellen Untersuchung der Weltbank zufolge haben dabei die 40 Prozent der Ärmsten am stärksten von den Einkommenszuwächsen profitiert (La Razón 23.7.2015).

Breite Wirkung entfalten vor allem die sozialpolitischen Verteilungspolitiken der Regierung, die darauf zielen, allen BolivianerInnen mittel- bis langfristig Zugang zu zentralen Leistungen der sozialen Sicherung (Rente, Bildung, Gesundheitssystem etc.) sowie zur Versorgung mit Basisinfrastruktur (Wasser, Strom etc.) zu gewähren. Exemplarisch sei hier auf die *Renta Dignidad* verwiesen. Die *Renta Dignidad* reagiert auf die weitverbreitete Altersarmut und hat die Situation derjenigen, die über keinerlei finanzielle Absicherung im Alter verfügen, merklich entschärft. Darüber hinaus setzt die Regierung in den Bereichen Bildung und Gesundheit kurz- und mittelfristig vor allem auf fokussierte und zweckgebundene Transferleistungen. So gelingt es, besonders vulnerable Teile der Bevölkerung unmittelbar zu erreichen. Allerdings entfalten diese Transferleistungen, wie bspw. der Bonus für werdende Mütter und ihre Kinder oder der schulische Anwesenheitsbonus, keine umverteilende Wirkung. Es handelt sich vielmehr um punktuelle Unterstützungsleistungen, die der Deckung von Grundbedürfnissen dienen. Ihre Bedeutung für und Wirkung auf die EmpfängerInnen sollte deshalb aber nicht gering geschätzt werden. Quantitativ betrachtet profitiert rund ein Drittel der bolivianischen Bevölkerung von den staatlichen Transferleistungen (La Razón 2.1.2014).

Trotz der offiziell niedrigen Arbeitslosenquote von landesweit 5,5 Prozent fallen die arbeitsmarktpolitischen Erfolge der Regierung Morales bisher am geringsten aus (Opini3n 20.5.2014). Mit Blick auf Reformverfahren in der Region weisen die unternommenen Ma3nahmen – wie die Re-Regulierung des Arbeitsmarktes (Arbeitszeiten, K3ndigungsschutz, Weihnachtsgeld und Urlaubsanspruch), die mehrfache und deutliche Erh3hung des Mindestlohns sowie der Versuch, Qualifizierungsangebote und Besch3ftigungsoptionen f3r besonders benachteiligte Gruppen anzubieten – zwar in die richtige Richtung, sind aber bei Weitem nicht ausreichend. Die durch staatliche Investitionsleistungen sowie Regierungsprogramme entstehenden kurzfristigen Besch3ftigungsprogramme entfalten nur tempor3r sozial- und arbeitsmarktpolitische Wirkung (Ernst 2015: 145ff). Und der boomende Sektor der bolivianischen Wirtschaft, der Extraktivismus und Export unverarbeiteter Rohstoffe, weist einen enklaven3konomischen und technologieintensiven Charakter auf, der abseits der lokalen Produktionszyklen existiert und somit wenig zur Ausweitung formeller Besch3ftigung beitr3gt (Cardoso/Faletto 2002: 48; Gandarillas 2013: 219). So hat sich die Zahl formaler, dauerhafter Arbeitspl3tze seit 2006 nicht substantiell erh3ht, und viele arbeits- und lohnrechtlich sinnvolle Reformen der Regierung erzielen f3r die ca. 70 Prozent der nach wie vor informell Besch3ftigten, Selbstst3ndigen und Subsistenzwirtschaftenden keine Wirkung (CEPAL/OIT 2014: 15; Opini3n 20.5.2014).

Damit aber bleiben die Verteilungspolitiken der Regierung weitgehend affirmativ, das hei3t, sie federn die Spitzen von Armut und Ungleichheit sozialpolitisch ab, ohne die Produktions- und gesellschaftlichen Besitz- und Machtverh3ltnisse grundlegend herauszufordern oder auch nur eine progressive Besteuerung durchsetzen zu m3ssen. Eine Neuverteilung von G3tern, Land und Lebenschancen findet auf diesem Weg nicht statt, was sich auch an der Agrarreform zeigt. Trotz der deutlich beschleunigten Erfassung und Umverteilung von staatlichem Land fehlt den Klein- und Kleinstproduzierenden weiterhin der Zugang zu Krediten und M3rkten. Schwerer aber wiegen die Zugest3ndnisse, die die traditionellen Eliten im Zuge der Nachverhandlung der neuen Verfassung im Parlament erzielt haben. So gilt die in einer Volksabstimmung beschlossene Begrenzung des Gro3grundbesitzes auf 5.000 Hektar nicht wie geplant r3ckwirkend, sondern nur noch f3r zuk3nftigen Landerwerb. Das kommt der

Fortschreibung der kolonial und postkolonial entstandenen Besitzverhältnisse gleich (Ernst 2015: 145ff, 158f u. 163ff).

Politisch betrachtet haben die sozioökonomischen Verbesserungen zusammen mit der formalrechtlichen Stärkung der Geschlechtergerechtigkeit und der Erweiterung der liberal-repräsentativen Demokratie um direktdemokratische, partizipative und plebiszitäre Elemente zweifelsohne zu mehr Möglichkeiten der politischen Teilhabe und zu einer verbesserten numerischen Repräsentation von Frauen und der indigenen Bevölkerung in der nationalen Politikarena beigetragen (Mayorga 2012: 28; Zegada/Komadina Rimassa 2013). Darüber hinaus verfügte keine der demokratischen Vorgängerregierungen über mehr Legitimität als die amtierende. Sie wurde im Oktober 2014 mit 61,36 Prozent wiedergewählt (Ernst 2015: 270ff).

Aber viele neue und innovative Formen der Beteiligung und des Dialogs sowie der Pilotprozess der indigenen Autonomie sind seit 2009 ins Stocken geraten. Anders als in der ersten Amtszeit lässt sich der aktuelle Stillstand demokratischer Reformen nicht mehr mit dem Widerstand und der Vetomacht der rechten Opposition im Senat erklären. Es ist die Regierung selbst, die ihren revolutionären Anspruch konterkariert und immer weniger Interesse zeigt, das Verfassungsziel eines plurinationalen Staates zu verwirklichen, das sich weder ökonomisch noch politisch mit dem extraktivistischen Entwicklungsmodell vereinbaren lässt. Denn der plurinationale Staat erkennt an, dass Bolivien durch eine ethnisch-kulturelle Vielfalt an Lebens- und Produktionsweisen gekennzeichnet ist, die bisher vom Liberalismus dominiert wurden. Dieser monokulturelle Staat soll grundlegend transformiert werden. Dazu gehört, der jahrhundertealten Forderung der indigenen Gemeinschaften nach territorialer und kultureller Selbstbestimmung nachzukommen. Die indigenen Autonomien sind gleichbedeutend mit der Anerkennung und Institutionalisierung unterschiedlicher demokratischer Normen und Praxen im lokalen Kontext (ausführlich hierzu: Ernst 2015).

Aber auch ökonomisch steht das plurinationale Staatsversprechen keineswegs für den aktuell praktizierten Staatskapitalismus und lässt sich schon gar nicht als bruchlose Fortsetzung der extraktivistischen Akkumulation interpretieren. Anders als das Paradigma der nachholenden Entwicklung steht der plurinationale Staat für ein plurales Wirtschafts-

modell, das – trotz der angestrebten Industrialisierung und Stärkung staatlicher Souveränität – städtische Kleinstunternehmen, kooperative und insbesondere indigene Formen des Gemeinbesitzes sowie die kleinbäuerlich-kommunitären Formen des Wirtschaftens explizit fördern und erhalten will (Ernst/Radhuber 2009: 71ff; Prada Alcoreza 11.4.2015). Zugleich wurde in der Verfassung bewusst das Ziel des „Guten Lebens“ und damit die andin-amazonische Vision eines harmonischen, interkulturellen Zusammenlebens von Mensch und Natur verankert. Als Leitbild ist es holistisch, bio- bzw. physiozentrisch, kollektiv und zirkulär geprägt und unterscheidet sich damit grundlegend von einem liberalen (anthropozentrisch, individualistisch-rational, funktionalistisch geprägten) Welt- und Menschenbild sowie dem wachstumsbasierten Entwicklungsbegriff westlicher Provenienz (u.a. Medina [2001] 2008; Wanderley 2011).

Bilanzierend lässt sich deshalb sagen, dass das praktizierte extraktivistische Exportmodell trotz der erwirtschafteten Mehreinnahmen und der positiven Resultate der sozialen Verteilungspolitik sowohl ökonomisch als auch politisch im Widerspruch zur 2009 verabschiedeten Verfassung steht.

2.1 Dependenztheoretische und postkoloniale Zweifel am Extraktivismus

Anders als die Regierung Morales, die argumentiert, dass Extraktivismus nur ein technisches System der Naturaneignung sei und eine Etappe darstelle, die über die gezielte Investition der Mehreinnahmen in die Industrialisierung des Landes überwunden werden könne (García Linera 2013), lässt sich dependenz- und rententheoretisch sowie postkolonial argumentieren, dass der Rohstoffexport ein wachstumsbasiertes Entwicklungsmodell reproduziert, das die kolonial tradierten Nord-Süd-Beziehungen, die internationale Arbeitsteilung sowie die imperiale Lebensweise mit den entsprechenden Produktions- und Konsummustern vertieft (Brand/Wissen 2013). So wirkt der Extraktivismus als Produktions- und Entwicklungsmodell auch auf die gesellschaftliche Organisation, die Rolle und das Selbstverständnis des Staates und auf das politische System sowie die Konsummuster, Normen und Weltanschauungen zurück. Das birgt die Gefahr, extraktivistische Logiken innergesellschaftlich fest- und fortzuschreiben (Lander 2014: 11ff).

Gleichzeitig illustrieren die jüngst gefallenen Weltmarktpreise die Volatilität des Modells und das stete Risiko sinkender Exporterlöse (La Razón 29.12.2014). 2015 werden die sinkenden Weltmarktpreise spürbar, erstmalig seit 2006 übersteigen die Ausgaben für Importe die Einnahmen der Exporte (La Razón 28.9.2015). Hinzukommt, dass die Prosperität des letzten Jahrzehnts trotz zahlreicher Anstrengungen nicht ausreichte, um die angestrebte Diversifizierung und Industrialisierung der bolivianischen Wirtschaft in der Agrarproduktion sowie in den Bereichen Bergbau, Gas, Lithium und Petrochemie substanziell voranzubringen (Arias 2011; Colque 2015; Cunha Filho 2014: 150; La Razón 28.10.2011; Rodríguez Carmona/Aranda Garoz 2014).

Aus dependenztheoretischer und postkolonialer Perspektive ist der Extraktivismus aber ohnehin ein höchst vager Garant für die anvisierte ökonomische Unabhängigkeit und gesellschaftliche Dekolonisierung Boliviens. Der Abbau von mineralischen und metallischen Rohstoffen, Erdöl und Erdgas erfordert Know-how und Technologietransfers, was die Abhängigkeit und Einflussnahme transnationaler Konzerne sowie die Übernahme von ‚westlichen‘ Konsummustern begünstigt (u.a. Dos Santos 1970; Furtado 1972). Eine andere Kritik, die von Raúl Prebisch als säkulare Verschlechterung der Terms of Trade, von Paul A. Baran als Surplus-Transfer sowie von Arghiri Emmanuel und anderen als ungleicher Tausch diskutiert wurde, ist die Tatsache, dass beim klassischen Rohstoffexport – gemessen an den Gewinnen der Weiterverarbeitung – nur ein kleiner Teil der Wertschöpfung im Land selbst verbleibt. Hinzu kommt die einseitige Abhängigkeit von der Nachfrage und den Preisschwankungen auf dem Weltmarkt, die reine Exportökonomien sehr anfällig für externe Entwicklungen und Krisen machen. Perspektivisch unterminiert Extraktivismus zudem seine eigene wirtschaftliche Basis, da er auf der Überausbeutung von Agrarflächen und nicht erneuerbaren Rohstoffen basiert und die Externalisierung von Schäden und Folgekosten nicht einrechnet (Burchardt/Dietz 2014: 469, 476). Weder die Folgen für die lokale Bevölkerung noch die unwiderrufliche Zerstörung von Lebensgrundlagen werden volkswirtschaftlich oder gar weltwirtschaftlich gegengerechnet. Im Falle Boliviens liegen die meisten Rohstoffe überdies innerhalb von indigenen Territorien, sodass kolonial tradierte Muster der innergesellschaftlichen Lastenungleichverteilung sowie der globalen Ausbeutung fortgeschrieben werden.

Auch arbeitsmarktpolitisch trägt der Export unverarbeiteter Rohstoffe kaum zur Erhöhung formeller Beschäftigung bei. Im Gegensatz zum Rohstoffabbau ist der Agrarexportsektor zwar in aller Regel beschäftigungsintensiver, erzeugt jedoch über Monokulturen, Mechanisierung, den hohen Düngemittel- und Pestizideinsatz, großflächige Bewässerung, Gentechnik, internationale Saatgutmonopole sowie den wachsenden Flächenbedarf ebenfalls massive Auswirkungen auf die betroffenen Regionen und die dort lebende sowie arbeitende Bevölkerung (Borras Jr. et al. 2011). Zudem führen beide Formen des Extraktivismus zu vermehrter Landnahme durch Großkonzerne und zu territorialen sowie sozial-ökologischen Konflikten (Castro et al. 2014). Neben der fortschreitenden Unterminierung der verfassungsgemäß garantierten Rechte für die indigene Bevölkerung und der Umgehung und Aushebelung von Territorial- und Umweltschutzgesetzen zeigen die nachfolgenden Ausführungen zum TIPNIS-Konflikt, dass die Logik eines wachstums- und fortschrittszentrierten Entwicklungsbegriffs politische Konsequenzen hat, die auch bei einer linken und sich selbst als indigen verstehenden Regierung (neo-)koloniale Argumente und autoritär-paternalistische Verhaltensweisen reproduziert.

2.2 Dekolonisierung oder Fortschritt? Zur Macht von Paradigmen und Diskursen

Im Zuge des wachsenden Widerstandes gegen das extraktivistische Modell brechen einerseits die komplexen innergesellschaftlichen Interessensgegensätze (im Regierungslager bzw. innerhalb sowie zwischen indigenen und indigen-gewerkschaftlichen Organisationen) wieder auf, und andererseits lassen sich zugleich deutlich mehr historische Kontinuitäten als emanzipatorische Brüche beobachten. Die proklamierte Dekolonisierung und Demokratisierung Boliviens, die die Diskurse und die Politik der ersten Amtszeit der Regierung Morales prägte, hat sich seit 2009 zusehends in ein linksnationalistisches Modernisierungsprojekt verwandelt, das historisch betrachtet einen lang gehegten Traum von großen Teilen der lateinamerikanischen Linken darstellt. Viele der aktuellen Ziele und politischen Prioritätensetzungen der Regierung Morales lassen sich wie eine Fortsetzung der sogenannten unvollendeten Revolution von 1952 lesen (Cunha Filho 2014; Ernst 2015: 166ff). Wie der nachfolgende Exkurs

zum TIPNIS-Konflikt verdeutlicht, schreibt sich die Regierung Morales im Blick auf und im Umgang mit der indigenen Bevölkerung dabei in die lange Reihe derer ein, die Indigene nicht als eigenständige Subjekte, sondern als zu entwickelnde Objekte begreifen.

Historisch entstand diese Perspektive und Politik des „integrationistischen Indigenismus“ in den 1920er Jahren. Im Zuge des gestiegenen kreolisch-mestizischen Selbstbewusstseins und des wachsenden Abgrenzungsbedürfnisses gegenüber Europa wurde damals erstmalig mit der automatischen Glorifizierung alles Europäischen sowie der Verachtung alles Indigenen gebrochen. Doch die neue Würdigung erfolgte selektiv und bezog sich ausschließlich auf die Leistungen vergangener Hochkulturen, während die zum Teil nomadischen sowie kleinbäuerlichen Lebens- und kommunitären Produktionsweisen weiterhin als rückständig betrachtet wurden. Um das Ziel der nachholenden Entwicklung und die Konsolidierung homogener Nationalstaatsprojekte verwirklichen zu können, sollte dieser indigene Anachronismus über kulturelle Anpassung, Modernisierung und soziale Vermischung überwunden werden. In der Folge wurde der „integrationistische Indigenismus“ als zentral erachtet, um Wachstum und Fortschritt auf der Basis einer eigenständigen lateinamerikanischen Identität einzuleiten (Ströbele-Gregor 2004: 4). Damit aber blieb der Indigenismus, trotz partiell wohlmeinender und die Rechte der Indigenen stärkender Reformen, im Kern eine modernisierungstheoretische und instrumentell-interessengeleitete StellvertreterInnenpolitik. Es waren die privilegierten gesellschaftlichen Gruppen, die im Namen der Indigenen sprachen und über ihre ökonomische und kulturelle Integration sowie Zivilisierung beratschlagten (Ernst 2015: 1f u. 85ff).

2.2.1 TIPNIS – ein postkolonialer Blick auf einen vielschichtigen Konflikt

Das indigene Territorium und nationale Schutzgebiet Isiboro-Secure (TIPNIS) liegt östlich vom Department La Paz zwischen dem Tieflanddepartment Beni und dem zentralen Department Cochabamba am Rande des Amazonasbeckens. Aufgrund seiner Biodiversitätsdichte wurde das Gebiet bereits 1965 unter Schutz gestellt. Es ist der Lebensraum und das Rückzugsgebiet für drei indigene Tieflandgemeinschaften. Der Aufstieg der indigenen Bewegungen erfolgte im Hochland Boliviens ab den 1970er Jahren, im Tiefland ab den 1980er Jahren. Der erste Protestmarsch der

indigenen Tieflandvölker im Jahre 1990 erkämpfte, dass der Nationalpark Isiboro-Secure zum indigenen Territorium erklärt wurde. Seither steht der TIPNIS offiziell unter der Verwaltung der drei Tieflandgemeinschaften sowie der nationalen Schutzbehörde SERNAP.

Das geplante Straßenbauprojekt ist Teil eines Verbundes aus insgesamt 531 Megaprojekten der lateinamerikanischen IIRSA-Initiative, einer geopolitischen Initiative zur regionalen Integration der Infrastrukturprojekte Südamerikas, die vor allem von Brasilien forciert wird. Innerhalb Boliviens sollen der dreitrassige Straßenneubau die Departements Cochabamba und Beni verbinden. Zugleich ist das Projekt ein wichtiger Bestandteil des anvisierten Ausbaus des überregionalen Straßenverkehrsnetzes, um eine Überlandverbindung vom Atlantik bis zum Pazifik zu schaffen, die gleichzeitig der Erschließung der Amazonasregion dient. Da im Amazonasbecken größere, noch unentdeckte Vorkommen fossiler Brennstoffe vermutet werden, ist die infrastrukturelle Erschließung der Region auch als Entwicklungskorridor für zukünftige Energiegewinnungsprojekte zu sehen (Paz 2012: 91f).

Das erklärt auch die Zusage Brasiliens, den Trassenausbau in Bolivien über zinsgünstige Kredite zu 70 Prozent zu finanzieren. Im April 2010 stimmte das bolivianische Parlament dem Kredit der brasilianischen Entwicklungsbank BNDES zu und die ersten Baumaschinen aus Brasilien rückten an, obwohl vor Ort mit Protesten zu rechnen war. Die TIPNIS-BewohnerInnen, die laut bolivianischer Verfassung zuvor hätten konsultiert werden müssen, entschieden in einer Versammlung, das sie sich nicht grundsätzlich gegen den Straßenbau aussprechen, aber die geplante Trassenführung mitten durch die Kernzone des Schutzgebietes ablehnen (Paz 2012: 84). Die GegnerInnen des Projektes, namentlich Teile der dort lebenden Tieflandgemeinschaften, sowie UmweltschützerInnen und andere indigene Hoch- und Tieflandgemeinschaften, die die territorialen Forderungen der TIPNIS-BewohnerInnen unterstützen, befürchten, dass der erleichterte Zugang zum Nationalpark der Exploration der Ölkonzernunternehmen Tür und Tor öffnen wird und dass sich bereits bestehende Probleme im Süden des Gebietes, wie der illegale Holzschlag, unerlaubte landwirtschaftliche Nutzungen, das Vordringen neuer Siedlungen sowie der illegale Kokaanbau und Drogenschmuggel in Richtung brasilianische Grenze, rasch weiter ausdehnen werden (Achtenberg 2011). Sie nahmen die

Missachtung des Konsultationsrechts sowie die fehlende Umweltverträglichkeitsprüfung zum Anlass für einen Protestmarsch, der national und international viel Unterstützung erfuhr.

Evo Morales, der in den ersten Jahren seiner Amtszeit den Schutz von Mutter Erde und die indigenen Kosmvisionen des „Guten Lebens“ rhetorisch stark gemacht hatte, zeigte sich im TIPNIS-Konflikt von Anfang an überraschend unversöhnlich. Während er sich wiederholt mit BefürworterInnen traf, weigerte er sich beharrlich, auf die Dialogforderungen der Protestierenden einzugehen. Er betonte mehrfach, dass die Straße „so oder so“ gebaut werde und delegitimierte den Protest zudem als irrational und von außen gesteuert. Bei einer Versammlung vor AnhängerInnen seiner Partei in der südlich gelegenen Nachbarregion Chapare ging er soweit, die jüngeren Männer aufzufordern, die ‚Schwestern‘ im TIPNIS zu umwerben und zu erobern, um sie auf diese Weise davon zu überzeugen, sich nicht länger dem Straßenbau entgegenzustellen (La Razón 1.8.2011)¹.

Die Eroberung des Anderen ist eine gängige Herrschaftspraxis und kolonial betrachtet das angestammte Recht der Privilegierten und Zivilisierten gegenüber den inferioren Anderen. Morales weist, wenn auch mit einem Augenzwinkern, seine politische Basis respektive gewerkschaftlich organisierte Hochlandindigene und Kokabauern an, den Widerstand im Tiefland über die Eroberung der dort lebenden Frauen zu brechen. In dieser neokolonialen sowie patriarchalen Denkfigur spiegelt sich zum einen das historisch entstandene kulturelle und demografische Überlegenheitsgefühl der organisierten andinen Agrar- und Handelsgesellschaften gegenüber den meist akephalen, segmentären Tieflandgesellschaften wider (vgl. Ströbele-Gregor 1992; Untoja Choque 1999). Zum anderen offenbart die Äußerung den machistischen Blick auf die vermeintlich affektbetonten, leicht zu vereinnahmenden und letztlich unmündigen Frauen, was implizit zugleich auf ihre doppelte Inferiorität, als Frauen und Indigene, verweist. Morales fordert hier zu Verhaltensweisen auf, die zu Kolonialzeiten als indigene Mittäterschaften das fremde Herrschaftssystem stabilisierten und von indigener Seite bis heute gerne ausgeblendet werden.

Demgegenüber argumentierte Vizepräsident Álvaro García Linera klassisch modernisierungstheoretisch. Er betonte, dass das Ziel des Straßenbaus ja gerade darin bestehe, die isolierten TIPNIS-Gemeinschaften in die Entwicklung des Landes zu integrieren und ihnen ihr verfassungs-

gemäßes Recht auf Bildung und Gesundheit nicht länger vorzuenthalten (Agencia Boliviana de Información 20.9.2011)². Und ganz ähnlich, nur unverblümt, brachte Roberto Coraite, selbst Quechua und Exekutivsekretär des Dachverbandes der Kleinbauern und -bäuerinnen und LandarbeiterInnen (CSUTCB), den paternalistischen Regierungsdiskurs auf den Punkt. Wie García Linera setzte er den Bau einer Straße umstandslos mit Fortschritt, Bildung und Gesundheitsversorgung gleich, um dann anzufügen, dass die Erschließung des Gebietes es den lokalen indigenen Gemeinschaften endlich ermöglichen würde, der Armut und ihrem Status als Wilde zu entfliehen (La Razón 7.9.2011)³.

Während Vorschläge zu alternativen Trassenführungen aus Kosten- und technischen Machbarkeitsgründen ausnahmslos abgelehnt wurden, verleumdete die Regierung die SprecherInnen des Protestes von Anbeginn als extern gekaufte Autoritäten, die eigene machtpolitische Interessen verfolgen und die ‚unschuldige‘ indigene Basis gezielt täuschen und verführen würden. Diese Argumentation aber spricht der indigenen Basis ein weiteres Mal in der Geschichte des Landes die Fähigkeit ab, eigenständig denken und selbstbestimmt handeln zu können. So werde der Protest von US-amerikanischen Interessen und internationalen Umweltschutzorganisationen finanziert und gelenkt. Diese verfolgten imperialistische Interessen und versuchten die wirtschaftliche Abhängigkeit Boliviens aufrechtzuerhalten, um das Land zum Schutz von Natur zu zwingen, die in den Industrieländern längst vernichtet sei (Agencia Boliviana de Información 5.10.2011; Cambio 14.10.2011a, 14.10.2011b).

Obwohl Letzteres ein bedenkenswertes Argument ist und der globale Süden das Recht auf eigene Entscheidungen besitzt, muss hier zwischen dem globalen Norden auf Regierungsebene, der keine Abstriche von den eigenen Konsum- und Lebensstandards macht und somit anderen Gesellschaften weder den Wunsch nach gleichen Standards absprechen noch die Zerstörung von Natur anklagen kann, sowie nationalen und internationalen AkteurInnen, die sich seit Langem für indigene Rechte, Umweltschutz und Menschenrechte engagieren, unterschieden werden. Im konkreten Fall waren dies indigene Organisationen sowie mehrheitlich nationale NGOs, die seit Jahrzehnten in Bolivien aktiv sind und zuvor auch Evo Morales und den MAS im Widerstand gegen die neoliberalen Vorgängerregierungen und die Militarisierung der Region Chapare unter-

stützt haben. Zum anderen ändert das Recht auf eigene Entscheidungen nichts daran, dass sich koloniale und postkoloniale Logiken der Ausbeutung und die dauerhafte Zerstörung von Natur (und indigenen Lebensräumen) wiederholt. Die Forderungen nach Dekolonisierung, indigenen Territorialrechten und die Vision einer pluralen Ökonomie sind aber keine imperialistischen Forderungen des Nordens, sondern ein selbst formuliertes Regierungs- und Verfassungsziel. Insofern muss sich die Regierung mit Blick auf ihre Entscheidungen nicht an externen Interessen, wohl aber an ihren eigenen Versprechungen messen lassen.

Die öffentlichen Äußerungen im TIPNIS-Konflikt und die jüngste Drohung des Vizepräsidenten, Nichtregierungsorganisationen, die sich politisch einmischen, zu schließen oder wie die dänische NGO IBIS des Landes zu verweisen (La Razón 11.8.2015), machen indes deutlich, dass die staatlich formulierten Ziele Wachstum, Fortschritt und Entwicklung nicht einfach nur weit nach oben auf die politische Agenda gerutscht sind, sondern notfalls auch mit autoritären Mitteln durchgesetzt werden sollen. Namhafte linke Intellektuelle aus Lateinamerika und Europa haben auf Initiative der argentinischen Soziologin Maristella Svampa dazu einen offenen Protestbrief an den Vizepräsidenten verfasst (El Deber 13.8.2015).

3. Ökonomie – Macht – Herrschaft

Gesellschaftliche Entwicklungen und politische Prozesse lassen sich nicht verstehen, wenn Politik und Ökonomie als getrennte Sphären betrachtet werden. Der bolivianische Transformationsprozess macht das spannungsreiche Verhältnis einmal mehr deutlich: Einerseits eröffnen die ökonomischen Erfolge Verteilungsspielräume, die die Regierung nutzt, um Armut und materielle Ungleichheit abzumildern. Die Verteilungspolitik schafft ein Mehr an materieller und politischer Gleichheit, aber auch die Möglichkeit, WählerInnen an sich zu binden und das politische Projekt zu konsolidieren. Diese Konsolidierung aber geht zulasten der Verfassungsziele. So schreibt der neo-extraktivistische Entwicklungspfad koloniale ökonomische Ausbeutungsverhältnisse und politische Hierarchisierungs- und Ausgrenzungsprozesse fort und führt zu sozial-ökologischen

Konflikten und Kosten, die die gerade erst errungenen demokratischen und indigenen Rechte erneut unterminieren.

Zudem ist der (Neo-)Extraktivismus offenkundig keine rein technische Form der Naturaneignung, sondern verändert die politischen Machtverhältnisse, die Prioritätensetzungen sowie das Selbstverständnis und den Führungsstil der Regierung. Die Frage, warum die Regierung und große Teile des regierungsnahen Spektrums die Ziele Modernisierung, Wachstum und Fortschritt derartig vehement verfolgen, lässt sich nicht leicht beantworten. Fakt ist, dass es in Bolivien einen großen Bedarf an sofortigen sozialen Verbesserungen gab und gibt. Zugleich wird Evo Morales international oft auf die Rolle des ersten indigenen Präsidenten reduziert. Das aber verstellt den Blick auf seine primär gewerkschaftliche Sozialisation und seine politische Nähe zur traditionellen Linken. Diese aber hat sich in Bolivien (und anderswo) nie wirklich vom Traum der nachholenden Entwicklung und einem starken Nationalstaat verabschiedet. Der politisch über Jahrzehnte herrschende Konflikt zwischen indigenen und gewerkschaftlichen Positionen, die die indigene Frage stets als Klassen- und Fortschrittsfrage begriffen haben, konnte in Bolivien offensichtlich nur temporär – im Zuge wahlstrategischer Positionierungen sowie im Rahmen der konstitutionellen Neugründung – überbrückt werden (Ernst 2015: 86 u. 170). Der Ausbau und die Konsolidierung der politischen Macht seit 2009 aber erlaubt es der Regierung, weniger Rücksicht auf die unterschiedlichen politischen Visionen im heterogenen Regierungslager zu nehmen. Die staatlichen Einnahmen sowie ihre gerechtere Verteilung bilden nunmehr das Rückgrat für eine breite politische Zustimmung, und zwar ohne dabei das Wagnis progressiver Besteuerung und gesellschaftlicher Umverteilungsprozesse eingehen zu müssen.

Darüber hinaus überrascht, dass eine linke Regierung in Lateinamerika, die den Extraktivismus als Übergangsphase und Sprungbrett in eine nichtkapitalistische, kommunitäre Zukunft erachtet (García Linera 2013), sich weder kritisch mit den Gründen des weitgehenden Scheiterns der Geschichte der importsubstituierenden Industrialisierung in der Region beschäftigt noch ökonomische Strategien vorlegt, die erläutern, wie das Land den Sprung vom Extraktivismus zur Industrialisierung und Wissensgesellschaft schaffen will und wie diese Gesellschaft den Schritt in eine vom Weltmarkt abgekoppelte und kommunitäre Zukunft umsetzen will.

Aus dependenztheoretischer und post- bzw. dekolonialer Sicht spricht leider nicht viel dafür, dass dies gelingen wird. Zugleich haben die Nicht-regierungsorganisationen, denen jüngst mit Schließung und Ausweisung gedroht wurde, eines gemeinsam: Sie haben sich wiederholt kritisch zum extraktivistischen Entwicklungspfad der Regierung und den negativen ökonomischen, politischen sowie ökologischen Folgen geäußert.

- 1 Evo Morales: „Si yo tuviera tiempo, iría a enamorar a las compañeras yuracarés y convencerlas de que no se opongan; así que, jóvenes, tienen instrucciones del Presidente de conquistar a las compañeras yuracarés trinitarias para que no se opongan a la construcción del camino.“
- 2 Álvaro García Linera: „[...] No es correcto que vivan así. Deben tener derecho a una escuela y a la salud. Todos tienen derecho a la comunicación y no vivir aislados seis meses.“
- 3 Roberto Coraite: „Hay que diferenciar cuál da más beneficio a nuestros hermanos del territorio (indígena), la carretera o mantenerse en la clandestinidad, mantenerse como indigentes, mantenerlos como salvajes.“

Literatur

- Acosta, Alberto (2012): Extraktivismus: Die offenen Adern der Natur. <http://www.suedwind-magazin.at/die-offenen-adern-der-natur>, 8.8.2015.
- Achtenberg, Emily (2011): Bolivia: Indigenous Groups to March Against TIPNIS Highway. <https://nacla.org/blog/2011/8/12/bolivia-indigenous-groups-march-against-tipnis-highway>, 12.2.2014.
- Agencia Boliviana de Información (20.9.2011): Razones sociales, económicas, históricas y geopolíticas sustentan construcción de carretera entre Villa Tunari y San Ignacio de Moxos, 20.9.2011.
- Agencia Boliviana de Información (5.10.2011): Vicepresidente denuncia que intereses políticos, empresariales y extranjeros frenan carretera, 5.10.2011.
- Arias, Iván (2011): El estado de las empresas del Estado. <http://www.fundacion-milenio.org/Coloquios-economicos/coloquio-economico-no-23-el-estado-de-las-empresas-del-estado.html>, 3.3.2012.
- Borras Jr., Saturnino M./Franco, Jennifer C./Kay, Cristobal/Spoor, Max (2011): Land grabbing in Latin America and the Caribbean viewed from broader international perspectives. https://www.google.de/search?q=landgrabbing%2BBolivia&ie=utf-8&oe=utf-8&gws_rd=cr&ei=SJBpVZyxJoe6ygON_IOIDQ, 25.5.2015.

- Bortoluci, José H./Jansen, Robert S.: Toward a Postcolonial Sociology: The View from Latin America. In: *Postcolonial Sociology. Political Power and Social Theory*, 24, 199-229.
- Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2013): Crisis and continuity of capitalist society-nature relationships. The imperial mode of living and the limits to environmental governance. In: *Review of International Political Economy*, 20 (4), 687-711.
- Burchardt, Hans-Jürgen/Dietz, Kristina (2014): (Neo-)extractivism – a new challenge for development theory from Latin America. In: *Third World Quarterly*, 35 (3), 468-486.
- Cambio (14.10.2011a): La marcha indígena es bandera imperio para afectar el proceso. El presidente denuncia intereses externos, 14.10.2011.
- Cambio (14.10.2011b): MORALES: Derecha y EEUU utilizan marcha del Tipnis contra el proceso. http://marcha.ftierra.org/index.php?option=com_content&view=article&id=844:rair&catid=35:news&Itemid=58, 22.2.2014.
- Cardoso, Fernando Henrique/Faletto, Enzo (2002): *Dependencia y desarrollo en América Latina. Ensayo de interpretación sociológica*. México [etc.]: Siglo Veintiuno.
- Castro, Fábio de/van Dijck, Pitou/Hogenboom, Barbara (2014): *Extraction and conservation of natural resources in South America. Recent trends and challenges*. Amsterdam: CEDLA.
- Castro Gómez, Santiago/Grosfoguel, Ramón (2007): Prólogo. Giro decolonial, teoría crítica y pensamiento heterárquico. In: Castro-Gómez, Santiago/Grosfoguel, Ramón (Hg.): *El giro decolonial. Reflexiones para una diversidad epistémica más allá del capitalismo global*. Bogotá. Iesco-Pensar-Siglo del Hombre Editores, 9-23.
- CEADESC (2011): *Atlas de Megaproyectos de Infraestructura en Bolivia*. Cochabamba.
- CEPAL (2014): *Panorama Social de América Latina 2014*. http://repositorio.cepal.org/bitstream/handle/11362/37626/S1420729_es.pdf?sequence=4, 24.5.2015.
- CEPAL/OIT (octubre 2014): *Coyuntura laboral en América Latina y el Caribe. Formalización del empleo y distribución de los ingresos laborales*. http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---americas/---ro-lima/documents/publication/wcms_314064.pdf, 29.5.2015.
- Colque, Gonzalo (5.8.2015): Los límites del neo-extractivismo boliviano. <http://www.ftierra.org/index.php/opinion-y-analisis/563-los-limites-del-neo-extractivismo-boliviano>, 14.8.2015.
- Córdova, Armando/Michelena, Héctor Silva (1969): Die wirtschaftliche Struktur der unterentwickelten Länder. In: dies. (Hg.): *Die wirtschaftliche Struktur Lateinamerikas: drei Studien zur politischen Ökonomie der Unterentwicklung*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 63-119.

- Costa, Sergio (2005): (Un)möglichkeiten einer postkolonialen Soziologie. In: Brunkhorst, Hauke/Costa, Sergio (Hg.): *Jenseits von Zentrum und Peripherie*. München, 221-250.
- Cunha Filho, Clayton M. (2014): El ‚proceso de cambio‘ en Bolivia: un balance de ocho años. In: *T'inkazos*, (35), 137-153.
- Dos Santos, Theotonio (1970): The Structure of Dependence. In: *The American Economic Review*, 60 (2), 231-236.
- Dussel, Enrique D./Yanez, Augustín (1990): Marx Economic Manuscripts of 1861–63 and the Concept of Dependency. In: *Latin American Perspectives*, 17 (2), 62-101.
- Dussel, Enrique D (1993): Europa, modernidad y eurocentrismo. In: Edgardo Lander (Hg.): *La colonialidad del saber: eurocentrismo y ciencias sociales. Perspectivas latinoamericanas*. Buenos Aires. CLACSO (Consejo Latinoamericano de Ciencias Sociales), o.A., 24-32.
- El Deber (13.8.2015): 31 intelectuales del mundo piden a García Linera respeto a las ONG. <http://www.eldeber.com.bo/bolivia/intelectuales-piden-garcia-linera-respete.html>, 14.8.2015.
- Ernst, Tanja/Radhuber, Isabella (2009): Bolivianische Demokratie: Indigene Autonomie und Wirtschaftspolitik. In: *LUXEMBURG. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis* (2), 68-75.
- Ernst, Tanja (2010): Postkoloniale Theorie und politische Praxis: Die Dekolonisierung Boliviens. In: *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 40 (1), 49-66.
- Ernst, Tanja (2015): Demokratie und Dekolonisierung in Bolivien. Visionen und Praktiken jenseits des liberalen Paradigmas. Kassel. <http://kobra.bibliothek.uni-kassel.de/bitstream/urn:nbn:de:hebis:34-2015061648546/5/DissertationTanjaErnst.pdf>, 16.6.2015.
- Furtado, Celso (1972): Externe Abhängigkeit und ökonomische Theorie. In: Senghaas, Dieter (Hg.): *Imperialismus und strukturelle Gewalt – Analysen über abhängige Reproduktion*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 316-334.
- Gandarillas, Marco (2013): *Extractivismo y derechos laborales: el dilema del caso boliviano*. Cochabamba.
- García Linera, Álvaro (2013): Der sogenannte Extraktivismus. <http://amerika21.de/analyse/84439/garcia-linera-extraktivismus>, 20.2.2014.
- Grosfoguel, Ramón (2000): Developmentalism, Modernity, and Dependency Theory in Latin America. In: *Nepantla: Views from South*, 1 (2), 347-374.
- Gudynas, Eduardo (2012): Der neue progressive Extraktivismus in Südamerika. In: FDCL/RLS (Hg.): *Der Neue Extraktivismus. Eine Debatte über die Grenzen des Rohstoffmodells in Lateinamerika*. Berlin: FDCL-Verlag, 46-65.
- Hauck, Gerhard (2012): *Globale Vergesellschaftung und koloniale Differenz. Essays*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Kapoor, Ilan (2002): Capitalism, Culture, Agency: Dependency versus Postcolonial Theory. In: *Third World Quarterly*, 23 (4), 647-664.

- Kastner, Jens P. (2005): Staat und kulturelle Produktion. Ethnizität als symbolische Klassifikation und gewaltgenerierte Existenzweise. In: Schultze, Michael/ Meyer, Jörg /Krause, Britta/Fricke, Dietmar (Hg.): Diskurse der Gewalt – Gewalt der Diskurse. Frankfurt a.M. u.a.: Peter Lang, 113-126.
- La Razón (1.8.2011): La consulta por el TIPNIS no será vinculante. http://www.la-razon.com/index.php?_url=/economia/consulta-TIPNIS-vinculante_o_1441655852.html, 22.10.2015.
- La Razón (7.9.2011): El diálogo se estanca en San Borja. <http://www.la-razon.com/version.php?ArticleId=137080&EditionId=2645>, 7.9.2011.
- La Razón (28.10.2011): En 6 años, la producción industrial cae de 8 a 2,7%. <http://www.la-razon.com/version.php?ArticleId=140176&EditionId=2698>, 28.10.2011.
- La Razón (2.1.2014): Un tercio de los bolivianos recibe dinero a través de bonos sociales. http://www.la-razon.com/economia/tercio-bolivianos-dinero-traves-sociales_o_1972602726.html, 4.1.2014.
- La Razón (12.1.2014): Bolivia registra en 2013 récord de inversión pública ejecutada. http://www.la-razon.com/economia/Bolivia-registra-inversion-publica-ejecutada_o_1978002241.html, 12.1.2014.
- La Razón (29.12.2014): Bolivia recibirá menos dinero por el gas desde julio de 2015. http://www.la-razon.com/index.php?_url=/economia/Bolivia-recibira-dinero-gas-julio_o_2189181064.html, 31.5.2015.
- La Razón (26.5.2015): Decreto autoriza actividades de hidrocarburos en áreas protegidas. http://www.la-razon.com/economia/Gobierno-decreto-autoriza-actividades-hidrocarburos-areas-protégidas_o_2277972210.html, 26.5.2015.
- La Razón (23.7.2015): Banco Mundial: El incremento de ingresos benefició fundamentalmente al 40% más pobre de los bolivianos. http://www.la-razon.com/economia/Incremento-beneficio-bolivianos-Banco-Mundial_o_2312768777.html, 9.8.2015.
- La Razón (11.8.2015): García advierte que si ONG se entrometen en el país, ‘se van’. http://www.la-razon.com/nacional/Vicepresidente-Garcia-advierte-ONG-entrometen-pais_o_2324167612.html, 14.8.2015.
- La Razón (28.9.2015): Saldo comercial negativo, \$us 61,7 MM en 8 meses. http://www.la-razon.com/economia/Saldo-comercial-negativo-MM-meses_o_2352964713.html, 28.9.2015.
- Lander, Edgardo (2014): Neo-Extraktivismus als Entwicklungsmodell für Lateinamerika und seine Widersprüche. https://www.boell.de/sites/default/files/e-paper_neo-extraktivismus_als_entwicklungsmodell_fuer_lateinamerika_und_seine_widersprueche.pdf, 24.5.2015.
- Machado, Decio (2015): Y llegaron las vacas flacas... <http://www.aldhea.org/?p=1176>, 24.5.2015.
- Mayorga, Fernando (2012): La democracia boliviana: avances y desafíos. In: Dargatz, Anja/Zuazo, Moira (Hg.): Democracias en transformación ¿Qué hay de nuevo en los nuevos Estados andinos? La Paz: Creativa, 23-79.

- Medina, Javier ([2001] 2008): *Suma Qamaña. La comprensión indígena de la Vida Buena*. La Paz: GTZ.
- Mignolo, Walter D. (2009): *Grenzdenken und die dekoloniale Option. Über das Projekt Modernität/Kolonialität/Dekolonialität*. In: *Bildpunkt, Zeitschrift der IG Bildende Kunst* 4 <http://www.igbildendekunst.at/bildpunkt/2009/dezentrale-karten/mignolo.htm>, 21.10.2013.
- Opinión (20.5.2014): *Desempleo reduce en Bolivia, pero aumenta la ocupación informal*. <http://www.opinion.com.bo/opinion/articulos/2014/0520/noticias.php?id=128454>, 30.5.2015.
- Paz, Sarela (2012): *Der Marsch der TIPNIS-Indígenas. Über den Zusammenhang zwischen den indigenen Protesten in Bolivien und den extraktivistischen Modellen Südamerikas*. In: *FDCL/RLS (Hg.): Der Neue Extraktivismus. Eine Debatte über die Grenzen des Rohstoffmodells in Lateinamerika*. Berlin: FDCL-Verlag, 82-95.
- Prada Alcoreza, Raúl (11.04.2015): *Bolivia: Perfil económico*. <http://www.bolpress.com/art.php?Cod=2015041106>, 30.5.2015.
- Quijano, Aníbal (1974): *Marginaler Pol der Wirtschaft und marginalisierte Arbeitskraft*. In: *Senghaas, Dieter/Amin, Samir (Hg.): Peripherer Kapitalismus. Analysen über Abhängigkeit und Unterentwicklung*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 298-341.
- Quijano, Aníbal (1993): *Colonialidad del poder, eurocentrismo y América Latina*. In: *Edgardo Lander (Hg.): La colonialidad del saber: eurocentrismo y ciencias sociales. Perspectivas latinoamericanas*. Buenos Aires: CLACSO (Consejo Latinoamericano de Ciencias Sociales), 201-246.
- Rodríguez Carmona, Antonio/Aranda Garoz, Iván (2014): *De la Salmuera a la Batería, soberanía y cadenas de valor: Un balance de las políticas de industrialización minera del Gobierno del MAS 2006-13*.
- Ströbele-Gregor, Juliana (1992): *Vom indio zum mestizo ... zum indio*. In: *Dirmoser, Dietmar et al. (Hg.): Die Wilden und die Barbarei*. Münster: Lit, 95-112.
- Ströbele-Gregor, Juliana (2004): *Indigene Völker und Gesellschaft in Lateinamerika: Herausforderungen an die Demokratie*. In: *GTZ (Hg.): Indigene Völker in Lateinamerika und Entwicklungszusammenarbeit*. Eschborn, 1-27.
- Untoja Choque, Fernando/Soria, Saul (Hg., 1999): *Rebelión de un kolla*. La Paz: Fondo Editorial de los Diputados in La Paz.
- Wanderley, Fernanda (Hg., 2011): *El desarrollo en cuestión. Reflexiones desde América Latina*. La Paz: Plural.
- Zegada, María Teresa/Komadina Rimassa, Jorge (2013): *Espejo de la sociedad. Poder y representación en Bolivia*. La Paz: Plural.
- Ziai, Aram (2010): *Postkoloniale Perspektiven auf „Entwicklung“*. In: *Peripherie. Zeitschrift für Politik und Ökonomie in der Dritten Welt*, 30 (120), 399-426.

Abstract

Theoretisch-konzeptionell zielt der Beitrag auf den Mehrwert einer post- bzw. dekolonialen Erweiterung der Dependenztheorie. Dazu werden vor allem die Stärken beider Ansätze aufgezeigt und eine komplementäre Betrachtung materieller und immaterieller Auswirkungen von Dependenz und Differenz angestrebt. Empirisch dient die Auseinandersetzung um das neo-extraktivistische Entwicklungsmodell Boliviens als Bezugspunkt, um die Vielschichtigkeit und Ambivalenzen des laufenden Transformationsprozesses und den Mehrwert des Dialogs beider Theorieströmungen zu illustrieren. Es werden die ökonomischen und sozialpolitischen Erfolge der Regierung Morales gewürdigt, aber auch Grenzen, Widersprüche und Ausschlüsse benannt. Am Konflikt um den Bau einer mehrspurigen Fernstraße wird exemplarisch auf die politischen und sozial-ökologischen Konfliktlinien verwiesen und die Fortschreibung neokolonialer Logiken und vertikaler Herrschaftsmuster sichtbar gemacht. So trägt das extraktivistische Entwicklungsmodell in Bolivien einerseits zu einem graduellen Abbau von Dependenz sowie zu einem Auf- und Ausbau wohlfahrtsstaatlicher Politiken und einer deutlichen Stärkung des Staates im Innern sowie nach Außen bei. Andererseits bleibt das Entwicklungsmodell ökonomisch volatil und begünstigt politisch autoritär-paternalistische Tendenzen, die im direkten Widerspruch zu den Dekolonisierungs- sowie Demokratisierungsversprechen der Regierung stehen.

The aim of this article is to show the potentials of a post- or decolonial reformulation of dependency theory. The strengths of both approaches are highlighted in order to grasp both the material and immaterial aspects of dependence and difference. The debate on the neo-extractivist development model in Bolivia illustrates the complexity and ambivalences of the current transformation, as well as the benefits of a dialogue between the two theoretical traditions. Despite the successful implementation of economic and social policies, the article emphasises the limits, contradictions and ambivalences of the Morales government. The analysis of the TIPNIS conflict shows the political and socio-ecological conflicts and the persistence of neo-colonial forms of domination. It is argued that the extractivist development model, on the one hand, reduces dependency and

serves as the basis for the strengthening of social policies. On the other hand, it remains economically volatile and favours authoritarian and paternalistic tendencies within the government, thereby undermining its promises of decolonisation and democratisation.

Tanja Ernst

Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung, Dortmund

tanja.ernst@ils-forschung.de

RUDY WEISSENBACHER

**Periphere Integration und Desintegration in Europa:
Zur Aktualität der „Europäischen Dependenzschule“¹**

[D]espite the relevance of dependency theories to European problems, they have made little headway in our universities. There are other reasons, apart from our parochialism and [...] linguistic weaknesses [...]. First, an explicitly interdisciplinary school does not fit readily into the typical unidisciplinary syllabi and research programmes. Perhaps more important, its style runs counter to prevailing academic fashions. An economist, in particular, who picks up a book by a dependency theorist is likely to notice the lack of algebra. [...] The fashionable models are mathematical, and to the greatest extent possible, quantifiable. This is understandable. It would be very convenient if only social problems could be reduced to algebraic functions: the solutions would then be straightforward. [...] Many of the propositions of dependency theory cannot easily be cast in mathematical terms, still less are they readily quantifiable. The theory is in large part about hierarchies, institutions and attitudes. (*Dudley Seers 1981: 15*)

Dudley Seers, ein wichtiger Vertreter einer Gruppe von ForscherInnen, die ich als „Europäische Dependenzschule“ zusammenfasse, hob bereits in den 1970er Jahren die Wichtigkeit von Zentrum/Kern-Peripherie-Beziehungen im Europäischen Integrationsprozess hervor. Heute zeigen die Auseinandersetzungen innerhalb der Europäischen Union (EU), insbesondere innerhalb der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (WWU), deutlich, dass sich soziale, politökonomische Konflikte wieder stärker regional und territorial manifestieren. Mit dem Beginn der derzeitigen Krise wurde der Begriff Peripherie als Bezeichnung für Länder der Euro-Zone Teil der Alltagssprache. Ganz generell sucht man aber das Gegenstück zur Peripherie, nämlich einen Kern oder ein Zentrum, auch in wirtschaftswissenschaftlichen Publikationen meist vergebens. Dies

ist nicht überraschend, denn die an der ökonomischen Neoklassik orientierten Vorstellungen, die in den letzten drei Jahrzehnten vorherrschend waren, gehen von einem Gleichgewichtszustand aus, der sich durch Handel oder Faktoraustausch bewerkstelligen ließe. Das Streben nach einem „natürlichen“ Gleichgewicht kommt ohne politökonomische Hierarchisierung aus, allerdings bleibt es, wie es die derzeitige Situation in einer der reichsten Gegenden der Welt – der EU – deutlich macht, eine Wunschvorstellung.

Sozialwissenschaftliche Phänomene, und dazu gehören wirtschaftswissenschaftliche, sind stark von Machtfragen beeinflusst. Die Begriffe Zentrum/Kern und Peripherie stammen schon aus dem Lateinamerikanischen Strukturalismus und der Polarisierungstheorie, die Lateinamerikanische Dependenzschule hat ihnen aber in den 1960er Jahren eine neue Dynamik verliehen. Ob man eher Kern oder Zentrum verwendet, hängt wohl mit dem linguistischen Bezugsrahmen zusammen. Ich werde, auf Basis der hier verwendeten Literatur, Kern (englisch: „core“) verwenden (für Definitionen von Kern und Peripherie vgl. Weissenbacher 2015). Die verschiedenen theoretischen Ansätze des „Dependenzparadigmas“ versuchten in ihren Analysen die Ebenen von sozialer und geografischer Hierarchisierung des globalen Kapitalismus zu verknüpfen, die Ursprünge von Abhängigkeit zu erkunden und Auswege zu skizzieren. Es ist allerdings wenig bekannt, dass dieses Paradigma eine starke Ausstrahlung auf Forschungsnetzwerke hatte, die Elemente dieser Denkschule auf die europäische Situation anwandten. Ich betone hier ausdrücklich die *Anwendung* auf Europa, denn gerade im deutschsprachigen Raum wurden AutorInnen der lateinamerikanischen Dependenzschule schon bald übersetzt und diskutiert. Die hegemoniale Hauptströmung der Wirtschaftswissenschaften blieb durch das Dependenzparadigma unbeeindruckt, die dependenztheoretischen Arbeiten schafften es aber, ein theoretisches Vakuum zu füllen. Sie wurden „mit großer Schnelligkeit als Rettungsanker in politischer und theoretischer Not vom linksliberalen Flügel der internationalen entwicklungstheoretischen ‚community‘ rezipiert und bildeten die Grundlage des neuen Verständnisses der Ursachen von Unterentwicklung und möglicher Strategien zu ihrer Überwindung“ (Hurtienne 1981: 106).

In diesem Heft wird von einem Dependenzparadigma gesprochen, weil sich manche der zugehörigen AutorInnen ausdrücklich davon distanzieren, an einer Theorie zu arbeiten (vgl. Cardoso 1977: 15). In der Vergangenheit wurden bei Diskussionen über diese heterogene Gruppe an AutorInnen Begriffe wie Schule, konzeptioneller Rahmen, Analyse, Perspektive verwendet. Ronald Chilcote (1978: 56) schlug „Dependenzmodell“ vor, und zwar in Anlehnung an Thomas Kuhn als ein Paradigma einer wissenschaftlichen Gemeinschaft. Dabei zeigt sich, dass sich Wissenschaft als hegemoniale Normalwissenschaft zwar ganz allgemein hartnäckig gegenüber Veränderungen zeigt (und wenig mit fortschrittsorientierten Vorstellungen Karl Popper folgend gemein hat), in den Sozialwissenschaften die Sache aber noch komplizierter und der Widerstand gegen neue Paradigmen noch heftiger ist. So kann „ein Paradigma [...] nicht nur aus inneren Gründen zusammenbrechen [...], sondern auch, weil die gesellschaftliche Realität, welche das Paradigma widerspiegelt, grundlegende Veränderungen durchmacht. [...] Ein weiterer komplizierender Faktor ist die Tatsache, daß die gesellschaftliche Realität die Interessen von Individuen, Gruppen, Klassen und Nationen in einer Weise beinhaltet, wie das für die Welt der Natur ganz offensichtlich nicht der Fall ist. [...] Es müßte sich [...] zeigen lassen, daß [...] die Umwälzungen in den Gesellschaftswissenschaften in der einen oder anderen Weise immer einhergehen mit politischen oder sozialen Umwälzungen.“ (Sweezy 1973, zit. n. Hurtienne 1984: 8f). Partielle oder temporäre Veränderungen finden aber statt und auch die an der ökonomischen Neoklassik orientierte Normalwissenschaft wird (den Vorstellungen von Kuhn folgend) an ihren Rändern alternative Aspekte diskutieren oder sogar inhaltliche Teilaspekte fallen lassen, solange das normalwissenschaftliche Paradigma insgesamt unbeeindruckt bleiben kann (vgl. Fine 2006).

Die Nähe zwischen gesellschaftlichen Umwälzungen und Ansätzen zu neuen Paradigmen scheint auch im Falle des Dependenzparadigmas deutlich. In Lateinamerika zeigten die strukturalistischen Erklärungsversuche und Lösungsansätze (*Cepalismo*), in denen keynesianische Vorstellungen aufgrund der völlig anderen Problemlage und Praxis in der Peripherie im Vergleich zu den Kernländern kritisch rezipiert wurden, in den 1960er Jahren deutliche Schwächen und wurden von der Dependenzschule herausgefordert (CEPAL o.J., Palma 1981: 50f, vgl. Beigel in diesem Band).

Das Ende des keynesianischen Paradigmas in Europa (und dann weltweit) wurde erst in den 1970er Jahren eingeläutet. Sie waren eine Dekade der Zäsur im beginnenden Umbau des Kapitalismus im 20. Jahrhundert. Die Krise des globalen Kapitalismus hatte auch die europäischen Kernländer erfasst. In diesem historischen Rahmen, ungefähr von Ende der 1970er Jahre bis Mitte der 1980er Jahre, setzte sich eine Reihe von Forschungsnetzwerken mit der ungleichen Entwicklung in Europa auseinander, die sich an Entwicklungstheorien orientierte, allen voran Vorstellungen der lateinamerikanischen Dependenzschule. Ich fasse diese heterogene Gruppe von AutorInnen als Schule zusammen, weil sie mehr oder weniger explizit an Aspekte des Dependenzparadigmas anschließt. Ich beziehe mich dabei auf Forschungsarbeiten (Weissenbacher 2015), die noch „in progress“ sind, deren erste Ergebnisse ich aber hinsichtlich des Heftschwerpunktes „Dependenztheorien“ zusammenfasse.

1. Netzwerke der „Europäischen Dependenzschule“

Eine Reihe von Forschungsnetzwerken hat sich von den 1970er bis Mitte der 1980er Jahren mit ungleicher Entwicklung in Europa auseinandergesetzt. Ich greife für diesen Beitrag jene heraus, die in der einen oder anderen Form Aspekte des Dependenzparadigmas thematisierten. Einige wichtige Personen aus diesen Netzwerken blicken auf persönliche Erfahrungen in Santiago de Chile zurück, das bis zum gewaltsamen Sturz der Regierung Salvador Allende 1973 wichtiges Zentrum der Lateinamerikanischen Dependenzschule gewesen war. Der Wiener Regionalforscher Walter Stöhr und der US-amerikanische Regionalplaner John Friedmann waren Berater des neu gegründeten Chilenischen Planungsbüros in den 1960er Jahren (Soms García 2010: 45). Der Politikwissenschaftler Dieter Nohlen (o.J.) wurde 1969 Repräsentant der Christdemokratischen Konrad-Adenauer-Stiftung in Chile. Der britische Entwicklungsökonom, Entwicklungsberater und spätere Entwicklungsforscher Dudley Seers (1983a: xi) arbeitete von 1957 bis 1961 unter Raúl Prebisch mit Osvaldo Sunkel und anderen lateinamerikanischen Ökonomen zusammen, die den strukturalistischen und den Dependenzzugang entwickelten.

In den 1970er Jahren begannen sich SozialwissenschaftlerInnen des Institute of Development Studies (IDS) der University of Sussex mit Fragen der europäischen Peripherie zu beschäftigen und Methoden aus der Entwicklungsforschung auf Europa anzuwenden (Seers 1977). Mitglieder der European Association of Development Institutes (EADI) schlossen sich dieser Initiative an und formten eine ‚European Periphery Group‘. (Seers 1983b: ixff) „Peripherie“ wurde jedoch bald aus dem Namen gestrichen, weil auch Kernländer periphere Regionen hatten, mit denen sich die Gruppe beschäftigen sollte (Seers 1983c: 519f). Sie bestand aus einer sehr heterogenen Gruppe von ForscherInnen. Zudem bin ich geneigt, eine Gruppe von ForscherInnen des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik (DIE), innerhalb der EADI vor allem Stefan Musto (1982, 1985a), als Nebenlinie der EADI zu begreifen, weil sie eine Reihe von wichtigen Studien zur peripheren Erweiterung der (damals) Europäischen Gemeinschaft (EG) verfasste. Ein weiteres Forschungsnetzwerk wurde stark durch die Dependenzschule beeinflusst: Die Schule der Weltsystemanalyse des Fernand-Braudel-Zentrums in Binghamton organisierte in den frühen 1980er Jahren Diskussionen zu Kern-Peripherie-Beziehungen in Europa (Arrighi 1985). Schließlich traf sich eine dritte Gruppe 1984 in Heidelberg zu einem Symposium „Regionalpolitik und politische Dezentralisierung in Südeuropa“, mit dem Fokus auf Italien, Portugal und Spanien. Die wichtigsten Forschungsfragen bezogen sich dabei auf ungleiche Entwicklung, politische Dezentralisierung und Regionalpolitik. Dieses Forschungsnetzwerk benutzte theoretische Zugänge der Entwicklungsforschung, besonders das „dependenztheoretische Paradigma“, für die Analyse europäischer Regionen (Nohlen/Schultze 1985a: 7).

Ich unterscheide zwischen diesen Netzwerken in deren temporärer Organisationsform und nicht in einem strikten Sinn. Walter Stöhr (1983a, 1985) nahm am EADI- und Heidelberg-Netzwerk teil und bezog sich in seiner Arbeit auf Immanuel Wallerstein vom Binghamton-Netzwerk (Stöhr 1983b: 117). John Friedmann (1983) beteiligte sich am EADI-Netzwerk, war aber wichtige Referenz für andere AutorInnen (z.B. Nohlen 1985: 12). Er war auch Herausgeber (und Autor) eines Sammelbandes „Self-Reliant Development in Europe“ (Bassand et al. 1986), das auf einer Konferenz des Schweizerischen Forschungsprogramms zu Regionalproblemen mit der Swiss National Commission for UNESCO basierte. Die

Strategie der ‚self-reliance‘ wurde dabei von Beginn als theoretische und politische Alternative zur Dominanz der Exportorientierung in den Regionalwissenschaften und der Regionalpolitik akzeptiert (Brugger/Stuckey 1986: 2). Mit der Anwendung dieser Konzepte in kapitalistischen Kernländern kam das Dependenzparadigma schon sehr nahe an eine Akzeptanz in gesellschaftspolitischen Hauptströmungen. Obgleich ich mich auf englisch- und deutschsprachige Literatur beschränke, kann ich hier keinen umfassenden Überblick über in diesen Sprachen publizierte Netzwerke und AutorInnen geben, die Aspekte des Dependenzparadigmas auf Europa anwandten. Die Lateinamerikanische Dependenzschule hat jedenfalls auch andere SozialwissenschaftlerInnen beeinflusst, wie Alain Lipietz (1987: 13), einen Autor der ersten Generation von RegulationstheoretikerInnen. Otto Holman (2002: 409) nannte die Analyse von Lipietz und jene des Staatstheoretikers Nicos Poulantzas Versionen „einer Dependenztheorie für Südeuropa“.

2. Alte Paradigmen und neue Krisen (seit den 1970er Jahren)

Das fordistische Modell des Nachkriegskapitalismus, in seiner „vollständigen“ Variante in den kapitalistischen Kernländern und der „unvollständigen“ des globalen und europäischen Südens, lief in den 1970er Jahren aus. Die Diskussionen um Fragen des Idealtypus kapitalistischer Entwicklung, wie sie die Modernisierungstheorie aufgeworfen hatte, oder aber auch das dependenztheoretische Gegenstück mancher AutorInnen (für eine Variante der Einordnung siehe Palma 1981), das die Blockierung einer solchen idealen Entwicklung zu erklären suchte (vgl. Altvater 1988: 156), spielten für viele SozialwissenschaftlerInnen der „Europäischen Dependenzschule“ keine Rolle mehr. Das alte Entwicklungsparadigma „von oben“ (vgl. Stöhr/Taylor 1981) war umfassend diskreditiert. Industrialisierung und Klassensituation unterschieden sich jedenfalls auch in der südeuropäischen Peripherie markant von den modernisierungstheoretischen Vorbildern (vgl. Giner 1985, Woodward 1985). In konventioneller Diktion mündete eine (zu) spät kommende kapitalistische Industrialisierung in eine vorzeitige De-Industrialisierung („pre-mature de-industrialization“, vgl. Palma 2008).

Das System des transnationalen Kapitalismus bildete auch in der Diskussion für die europäische Situation den Rahmen. Zum einen hatten transnationale Konzerne (TNC) die Integration der südeuropäischen Länder bereits lange vor der politischen Integration in die EG vollzogen (Vaitsos 1982a: 143). Transnationales Kapital habe schon massiven Einfluss auf die regionale Entwicklung gehabt, führe zu Monopol ohne Modernisierung der Industrie (Holland 1979: 142f), industrieller und technologischer Abhängigkeit im Gefolge einer schwachen nationalen Bourgeoisie (Muñoz/Roldán/Serrano 1979: 166f, Nikolinakos 1985: 203), abhängiger Einbettung in die europäische Arbeitsteilung (Vaitsos 1982a: 146, Nikolinakos 1985: 205) und (Osvaldo Sunkel folgend) zu nationaler Desintegration (Evangelinides 1979: 185). Die penetrative Dynamik für eine regionale Entwicklung wurde deutlich aufgezeigt. Die funktionale Integration der Regionen durch TNC stellte einen Machtkampf dar, der für den Moment zuungunsten der regionalen Bevölkerung ausging („function over territory“), obschon TNC ohne die Region („territory“) die Lasten der Produktion nicht auf die Gesellschaft umwälzen konnten (Friedmann/Weaver 1979: 171). Schließlich wurde deutlich gemacht, in welchem Widerspruch die institutionellen Möglichkeiten von TNC zu traditionellen volkswirtschaftlichen Vorstellungen stehen. TNC hätten sich dabei, wie Constantine Vaitsos (1980: 34) vor dreieinhalb Jahrzehnten beobachtete, in zentral geplante, überwachte, kontrollierte und gemanagte (inklusive Preissetzung) Institutionen verwandelt, weit jenseits der Praxis der sowjetischen und chinesischen Ökonomien.

Die „Europäische Dependenzschule“ kritisierte aber auch die liberale Wirtschaftstheorie, sowohl in der neoklassischen als auch keynesianischen Variante. Sie wurde als eurozentristisch und dennoch prägend für die Peripherie betrachtet, weil auch die dortigen SozialwissenschaftlerInnen nach demselben Muster ausgebildet worden seien: „[I]hre theoretische Ausstattung war zweifach von der Realität entrückt – sie spiegelte Doktrinen wider, die für *andere* Länder entwickelt wurden, als Antwort auf *frühere* Ereignisse.“ (Seers 1980a: 6). AutorInnen, die sich mit Regionalentwicklung auseinandersetzten, scheinen besonders detailliert in ihrer Kritik gewesen zu sein. Als sich die von der ökonomischen Neoklassik behauptete Konvergenz zwischen armen und reichen Regionen nicht einstellte, seien keynesianische Regionalpolitiken angewandt worden, wie Stöhr und Tödt-

ling (1979: 138) schreiben, „als Krücken für den Versuch, das neoklassische Modell zum Funktionieren zu bringen“, etwa Manipulation von Faktorpreisen (Anreize für Kapital und Arbeit) und Distribution von externen Ressourcen (etwa öffentliche Investition in Infrastruktur). Auch Nohlen und Schultze (1985b: 27ff) betonen, dass sich keynesianische und neoklassische Konzepte regionaler Entwicklung nicht in der Strategie, sondern nur in den Instrumenten unterschieden. Beide Konzepte nahmen endogene Ursachen für „Modernisierungsdefizite“ an, beide sahen externe Impulse als notwendig an, Marktungleichgewichte zu beseitigen. Funktionale Integration und Spezialisierung durch Arbeitsteilung würden für ein Gleichgewicht notwendig sein, was durch „trickle-down“-Effekte erreicht werden könnte. Die Modelllogik betrachtete Regionen als funktionale Regionen ohne Geschichte und Geografie, ein Marktgleichgewicht würde längerfristig erreicht werden. Dafür müsste die Wirtschaft insgesamt wachsen, bevor zusätzlicher Wohlstand verteilt werden könne (Konvergenztheorie). Die Regionalpolitik ist der Nationalökonomie untergeordnet, Infrastrukturinvestitionen halfen dieser funktionalen Integration.

Stöhr (1983b: 120) beschrieb das alte Entwicklungsparadigma als ‚von oben‘ und ‚von außen‘. Es war charakterisiert durch eine Abhängigkeit von globaler Nachfrage und globalen Innovationszentren, deren Effekte sich in einem hierarchischen Prozess über private Kapitaltransfers und öffentliche Fonds in die Peripherie ausbreiteten (Stöhr 1983c: 284ff, Stöhr 1981: 61). Die Hoffnung, dass sich Entwicklungsprozesse über Marktmechanismen (‚spill-over‘, ‚trickle-down‘) einstellen würden, materialisierte sich nicht, stattdessen habe die institutionelle, kulturelle, rechtliche und oft militärische Penetration peripherer Regionen zur Aushöhlung des Entwicklungspotenzials und zur Vergrößerung der Abhängigkeit geführt (Stöhr 1985a: 229f). Mit der Krise der 1970er Jahre wurde zudem deutlich, dass auch die Kernländer durch eine Phase der strukturellen Anpassung gingen. Dies beendete verbleibende Hoffnungen auf „trickle-down“- und „spill-over“-Effekte. Periphere Regionen „mussten zunehmend erwägen, regionale Entwicklung stärker endogen zu gestalten“ (Stöhr 1983a: 7). Als Krisenlösung setzte sich aber noch mehr räumliche Spezialisierung mit einer neuen internationalen Arbeitsteilung und weiterer räumlicher Hierarchisierung durch (Stöhr 1983b: 121, Stöhr 1985b: 7, 12). Regionalpolitik wurde als weiter integrativ (in den Weltmarkt) betrachtet, die durch ihre Exportausrich-

tung zu vermehrter funktionaler Desintegration der Regionen führte: „Die zunehmende Öffnung von regionalen Strukturen gegenüber externen Einflüssen, insbesondere in peripheren Gebieten, führte zu einer wachsenden Gefährdung gegenüber externen Schocks und zu einer reduzierten Widerstandsfähigkeit“ (Stöhr 1983a: 11).

3. Unmöglich, aber unvermeidbar? Periphere Integration in die EG

Die AutorInnen der „Europäischen Dependenzschule“ schrieben vor und während der zweiten Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft (EG). Die Geschichte der Europäischen Integration wird eher konfrontativ betrachtet. Das Konzept einer Friedensunion wäre vermutlich kaum jemandem in den Sinn gekommen, zu präsent waren die Auseinandersetzungen des Kalten Krieges, aus dem die heutige EU unter Schirmherrschaft der USA geboren wurde. Das institutionelle Arrangement der europäischen Integration kann vielleicht am besten als wirtschaftlich ordoliberal, politisch konservativ und anti-kommunistisch bezeichnet werden. Bekanntlich waren die wesentlichen Politiker, die die Integration vorantrieben, Christdemokraten. Der bundesdeutsche Wirtschaftsminister Ludwig Erhard kann exemplarisch für die Kontinuität zum faschistischen Deutschland stehen, aber auch als Vertreter des Ordoliberalismus, gehörte er doch auch zum ordoliberalen Flügel der Mont-Pelerin-Society, die von seinem Ministerium mitfinanziert wurde (vgl. Weissenbacher 2015). Regulierung und *laissez-faire* standen bei der Gründung nebeneinander: In den Worten Dudley Seers' (1982: 4) intendierten die Gründer der Europäischen Gemeinschaft (EG) ein „institutionelles *laissez-faire*-System“, das „es jeder zukünftigen wirklich linken Regierung schwer machen würde, Kontrollen auszuüben und weitreichende soziale Veränderungen durchzuführen“. Ähnliches galt für den ökonomischen Rahmen. *Laissez-faire* sei als „adäquate Doktrin“ (Seers 1982: 1) für technologische Führer angesehen, die „sicher stellen würde, dass sich ihre Industriestrukturen effizienter gestalteten, indem sie Wettbewerb ausgesetzt werden, und zu einer Wiederherstellung des internationalen Handels beitragen, was ein wesentliches Element in diesem neo-kolonialen Szenario darstellte“ (Seers

1982: 4). Die Wettbewerbspolitik wurde als fundamentale Ideologie 1958 in den Römischen Verträgen verankert und konnte als Argument gegen eine „wettbewerbsverzerrende“ regionale Entwicklungspolitik oder Industriepolitik ins Treffen geführt werden (Kiljunen 1980: 212f, Musto 1985b: 87f), sobald eine solche Politik stärker vergemeinschaftet werden sollte (was erst ab 1973 geschah, als die Kernländer selbst von der Krise betroffen wurden).

Andererseits war die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) von hoher Regulierung und Subventionen geprägt, was die Gemeinschaft zunehmend autark werden ließ (Seers 1982: 4). Das Verteilungssystem der Sozial- und Regionalfonds wurde als zu spärlich, der Club der Reichen EG6 als unfähig und unwillig angesehen, regionale Ungleichheiten zu beseitigen. Die Vorstellung, das „trickle-down“-Prinzip würde regionale Probleme lösen können, wurde schon während der zweiten Erweiterung mit Desintegration in Verbindung gebracht, weil in der EG „die Konzentration ökonomischer Macht auf gewisse Weise mit jener der Habsburger Monarchie vergleichbar erscheint, wo sie einer der Gründe für deren Niedergang war“ (Seers 1982: 10).

Das in Nationalsozialismus und Kaltem Krieg tief verwurzelte anti-kommunistische Dispositiv der westdeutschen Gesellschaft sollte Einfluss auf die südliche Erweiterung der EG haben, weil beitrittsskeptische Parteien in der Peripherie damit marginalisiert wurden: „Alle Parteien Westdeutschlands, und die Regierung selbst, haben eine fast hysterische Opposition gegenüber linken Allianzen demonstriert, inklusive Kommunisten oder anderen linkssozialistischen Kräften, die in den Beitrittsländern an die Macht kamen.“ (Deubner 1982: 47). Die engen Beziehungen zu den sozialistischen Parteien und Regierungen der Beitrittsländer sei dazu benutzt worden, den Antikommunismus der BRD zu implementieren: Dabei seien die wichtigen Argumente dieser Parteien übersehen worden, „speziell der Portugiesischen Kommunisten und der Griechischen PASOK (die beide in Opposition gegen eine EG-Mitgliedschaft ihrer Länder standen), gegen exzessiven Optimismus über die Vorteile einer eventuellen Mitgliedschaft und die exklusive Orientierung der Ökonomien ihrer Länder auf die hochindustrialisierten Staaten Westeuropas, die diese vermutlich bedeuten würde“ (ebd.). Zur zweiten Erweiterungsrunde gibt es eine umfangreiche Literatur, die sich kritisch mit dem Erweiterungsszenario und einer Integration von „ungleichen Partnern“ auseinandersetzt (vgl. Weissenbacher 2015).

Knapp zusammengefasst: Die strukturellen Ungleichheiten nahmen in dem Maße zu, in dem periphere Länder/Regionen Teil der EG wurden, zum italienischen Mezzogiorno gesellten sich 1973 Irland, 1981 Griechenland und 1986 Spanien und Portugal. Der ursprüngliche Club der Reichen, mit im Wirtschaftsaufschwung vereinbarten Regeln, nahm ab der Krise 1973 weitere periphere Länder auf. Die EG war auf diese Situation institutionell nicht vorbereitet, die peripheren Länder erlebten Krise statt Konvergenz. Ganz oben auf der Agenda einer Integrationspolitik von AutorInnen der „Europäischen Dependenzschule“ stand eine gemeinschaftliche ausgleichende Industriepolitik. Sie blieb bekanntlich bis heute ein Desiderat. Dies ist Ausdruck der Tatsache, dass „Gemeinschaft“ dort endet, wo Konkurrenz beginnt (vgl. Deubner 1982: 52f, Vaitsos 1980: 33). Ein ausgeglicheneres industrielles Industrieproduktionssystem wäre auf Kosten der Kernländer gegangen, das Beibehalten der Asymmetrie ging jedoch zulasten der Peripherie (vgl. Musto 1982: 76).

Die Alternative, ein substanzielles Alimentationssystem für die Peripherie, blieb ebenso ein Desiderat, das vorhandene erscheint bis heute zahllos. Es zeigte sich, dass die Kernländer vom Status quo profitierten und keine Industriepolitik eine Politik war, die den Starken im Wettbewerbsregime zum Vorteil gereichte. Vor allem die BRD konnte sich erlauben, Veränderungen nur zuzustimmen, wenn sie als passend empfunden wurden (oder im Tausch gegen andere Entgegenkommen gehandelt wurden). Das „Modell Deutschland“ ging davon aus, dass alle Länder die Charakteristik der BRD erreichen konnten (internationale Wettbewerbsfähigkeit, technologische Kapazität, politische Stabilität, sozialen Konsens und ideologischen Zusammenhalt). In der Realität wies die BRD einen destabilisierenden Handelsbilanzüberschuss gegenüber seinen europäischen Partnern auf und nutzte eine ungleiche europäische Arbeitsteilung (Schlupp 1980: 178). Die Länder der Peripherie sahen ihre Industrien seit der Krise der 1970er Jahre mit einer kritischen Situation konfrontiert. Die neue Billiglohnkonkurrenz aus Asien forderte a) ihre arbeitsintensiven Industrien (z.B. Textilindustrie) heraus und b) provozierte eine Reaktion, in der die EG-Kernländer ihre arbeitsintensiven Industrien zu verteidigen begannen (etwa mit den Multifibre Arrangements seit 1974, Musto 1985b:93ff.), was auch die europäische Peripherie beeinträchtigte. Andere, im Aufbau befindliche Industrien wurden schließlich von der EG als sensible, weil im

EG-Kontext überproduzierend angesehen (z.B. Schiffbau). Stefan Musto (1982: 70) fasste zusammen: „Die Erweiterung selbst wird diese Probleme nicht auslösen, aber sie wird sie verstärken und akzentuieren. Unter den gegenwärtigen Umständen scheint es schwierig, ihre Effekte abzuschwächen, weil die Gemeinschaft, die in jeglicher Hinsicht auf die Bedürfnisse der hochentwickelten Industrieländer ausgerichtet ist, keine ausreichenden strukturellen Politikinstrumente besitzt. [...] Die strategische Frage ist nicht, wie die negativen Konsequenzen der Erweiterung mit der gegenwärtigen Arbeitsteilung ausgeglichen werden können [...], sondern welche neuen Formen der Arbeitsteilung notwendig sind, um die desintegrativen Effekte der strukturellen Ungleichheiten der Gemeinschaft zu beseitigen.“

Die Pax Americana wich im Europa der Krise der 1970er Jahre einer Pax Germanica. Die Deutsche Mark folgte als Ankerwährung der Leitwährung US-Dollar. Frühe Entscheidungen für eine Währungsunion (1969) auf dem Weg zur politischen Union mussten verschoben werden und wurden 1979 vorläufig durch ein European Monetary System (EMS) ersetzt. Das EMS galt wiederum als Ersatz für das Bretton Woods System (Tsoukalis 1982: 164). Ich beschränke diese umfangreiche und komplexe Geschichte (vgl. Danescu 2013, Marsh 2011, Tsoukalis 1997) hier auf wenige Aspekte, die die europäische Peripherie betreffen. Gefangen in Handelsbilanzdefizit und Liquiditätsengpass würde der Name des Spiels schnell Austerität heißen: Das EMS „könnte, wie der Goldstandard, in Abwesenheit einer Politik, die dies bekämpft, die Ungleichheit leicht vergrößern statt schmälern“ (Seers 1982: 10). Seers' Analyse (von 1980b: 19) klingt für die heutige Währungsunion vertraut: „Jene [Länder] mit Defizit [...] müssen eine deflationäre Politik durchführen. Je höher der Grad an Integration, desto gravierender wird die Asymmetrie wahrscheinlich sein. Wenn Länder in einer Wirtschaftsgemeinschaft Handelsbeschränkungen, Devisenkontrolle und sogar die Freiheit, die Wechselkursrate zu verändern, aufgeben müssen, sind die einzig verbleibenden kurzfristigen Waffen gegen einen Rückgang der Exporte (oder Anstieg der Importpreise) fiskal- und geldpolitische Maßnahmen, die das Niveau der Beschäftigung reduzieren – und Lohnkontrollen, um die Kosten und die Kaufkraft zu reduzieren. Der Effekt ist, Regierungen von peripheren Ökonomien in einem integrierten System stark von jenen der Kernländer abhängig zu machen; wenn letztere dem Dämpfen der Inflation größere Priorität einräumen als der Reduktion der Arbeitslosigkeit, dann

gibt es wenig, das die ersteren unternehmen können, als sich mit diesen Prioritäten abzufinden und deren eigene Politik danach auszurichten.“

Die gemeinsame Währung wurde von BRD-Vertretern nicht angestrebt, „eine starke Präferenz für den Status Quo [...] hat die Verhandlungsmacht Deutschlands enorm gestärkt, und es ihm damit ermöglicht, in den meisten Fällen seine eigenen Bedingungen hinsichtlich des Übergangs bzw. des Inhalts des letzten Stadiums der WWU aufzuzwingen“ (Tsoukalis 1997: 171). Vor einer Währungsunion sollte eine Koordination der Wirtschaftspolitik stehen. Koordination bedeutete, wie wir schon gesehen haben, nicht das Finden einer Balance, sondern die Annahme, dass alle Länder (im Wettbewerb) ähnlich erfolgreich sein könnten wie die BRD. Der Anpassungsdruck lag bei den peripheren Ländern.

Alles in allem waren AutorInnen der „Europäischen Dependenzschule“ hinsichtlich des Europäischen Integrationsprozesses sehr skeptisch. „Die Erweiterung erscheint unmöglich: dennoch scheint sie gleichzeitig unvermeidbar zu sein“, meinte Dudley Seers (1979: 29). Eine Alternative wäre eine wahre („true“) Integration, die viel mehr Kapital für die Rekonstruktion des Agrar- und Industriesektors benötigen würde. Sie könnte eine „community self-reliance“ als Gegenstück zu einer „collective self-reliance“ in Süd-Süd-Beziehungen bilden. „Wenn es jedoch keine größeren Reformen in der Gemeinschaft gibt, dann wird es nach der Erweiterung zu einem gravierenden Dualismus kommen, und zwar einer Art Kolonialsystem. In der ärmeren Gruppe [von Ländern], die ohnehin schon leidet, wann immer die Regierung eines Kernlandes eine restriktive Finanzpolitik durchführt, könnten die Effekte schwerwiegender sein, wenn die Möglichkeiten, Maßnahmen zum Schutz der nationalen Ökonomie zu ergreifen, aufgegeben werden“ (Seers 1982: 11). Auch andere AutorInnen argumentierten für eine progressive Integrationspolitik, hielten sie aber ebenso für unwahrscheinlich. Die EG könnte die Kosten für das Entwicklungsmodell nicht externalisieren, wie es die BRD tut, argumentierte Manfred Bienefeld (1980: 303ff). Constantine Vaitsos (1982b: 244f) betrachtete – beim Ausbleiben einer Ausgleichspolitik – Portugal und Griechenland als Varianten Puerto Ricos in Europa.

4. Ein neues Paradigma und ein politischer Plan B

Das alte Paradigma hatte bestenfalls (in der Boomphase) „Wachstum ohne Entwicklung“ gebracht und die existierenden strukturellen Ungleichheiten verstärkt. Anders als die Modernisierungstheorie und die liberalen Wirtschaftstheorien erkannten die Autoren der „Europäischen Dependenzschule“ die Ursachen für Entwicklungsunterschiede in interregionalen und internationalen Strukturen, die durch industriekapitalistische Produktion und Arbeitsteilung hervorgerufen worden sind. Ein kompletter Neustart, ein neues Paradigma und ein Veränderungsprozess wurden als unvermeidbar angesehen. Eine Kategorisierung der Zugänge der „Europäischen Dependenzschule“ kann nur mit Vorsicht erfolgen. Diese AutorInnen waren mit Sicherheit keine RevolutionärInnen, wenngleich viele ihrer Argumente heute wieder revolutionär klingen. Palma (1981: 59) ordnet AutorInnen des EADI-Netzwerks (Seers und andere) unter die WeiterentwicklerInnen der strukturalistischen CEPAL-Tradition ein, die aber den Optimismus (für eine nachholende kapitalistische Entwicklung) nicht teilten. Wenn man die CEPAL-Tradition als stärker reformerisch und pragmatisch ansieht, dann kann man sicher die „Regionalentwicklungsgruppe“ der „Europäischen Dependenzschule“ (z.B. Stöhr und Nohlen) ebenso dort verorten. Es ist klar gültig für alle, dass die Rahmenbedingungen, die kapitalistische Weltökonomie, verändert werden müssen (z.B. Nohlen/Schultze 1985b: 52). Da es dafür keine praktischen und wohl auch erfolgsversprechenden Handlungsoptionen gab, sollte der vorhandene Handlungsspielraum genutzt werden.

Manfred Bienefeld (IDS) plädierte dafür, Begrifflichkeiten im Dependenzparadigma nicht zu puristisch zu betrachten oder zum Selbstzweck zu stilisieren. Eine pragmatischere und weniger restriktive Vorstellung von Sozialismus solle sich nicht an einem Idealtypus orientieren, sondern die Möglichkeit eröffnen, „dass sich trotz politischer Schwäche und Hindernissen eine substanzielle Ausweitung in der sozialen Kontrolle über den ökonomischen Prozess als progressiv herausstellen könnte“ (Bienefeld 1981: 86). Aber wie sollte das politisch umgesetzt werden? Traditionelle MarxistInnen, wie Tamás Szentes, ebenso ein Mitglied der EADI, sahen das Dependenzparadigma sehr oft kritisch: Es könnte dazu führen, dass lokale herrschende und ausbeutende Klassen aus der Verantwortung entlassen

würden. Eine progressive Politik gegen die externe Penetration benötige nicht nur eine progressive Theorie, sondern auch praktikable Leitprinzipien zur Implementation (Szentes 1983:108).

Edward Soja (1980: 209, 222, außerhalb der „Europäischen Dependenzschule“) hat einen wichtigen Beitrag zur Vermittlung zwischen den Polen „spatial determinism“ (ein Vorwurf an die Dependenzschule) und „socially constructed space“ angeboten. Er schlägt vor, von einer „socio-spatial dialectic“ zu sprechen. Raum werde sozial produziert und organisiert, aber die vertikale Achse von stattfindenden Konflikten (Klassenkonflikte) und die horizontale Achse (Kern-Peripherie) entstammten derselben Produktionsweise (Kapitalismus), seien untrennbar miteinander verbunden und könnten nur gemeinsam verstanden werden. Er spricht von zwei Formen des Klassenkampfes, Kapitalismus könne nur transformiert werden, wenn beide Ebenen transformiert würden (Soja 1980: 224). Dabei gelte es, den räumlichen Widerstand nicht vereinnahmen zu lassen: „Die zwei Formen des Klassenkampfes können als im Konflikt miteinander erscheinen, speziell in der Manipulation territorialer Identitäten durch den bourgeoisen Nationalismus, Regionalismus und Lokalismus. Wenn aber territoriales Bewusstsein auf der ausbeuterischen Natur kapitalistischer Produktions- und Reproduktionsbeziehungen beruht [...], handelt es sich um Klassenbewusstsein. Die Produktion von Raum wurde in der kapitalistischen Entwicklung [...] verschleiert und mystifiziert, was es ermöglicht hat, dies gegen den Klassenkampf einzusetzen“ (ibid: 224).

Dudley Seers scheint in seinem letzten Buch *The Political Economy of Nationalism* (1983a) an solche Überlegungen anzuknüpfen, in dem er die Probleme progressiver nationaler Regierungen diskutiert. Eine selektive Abkoppelung ist dabei ein wesentlicher Aspekt (self-reliance). Einzelne Regierungen könnten die internationalen Rahmenbedingungen nicht ändern. Eine progressive und pragmatische Politik einer Regierung müsse aber sehen, möglichst weit nach links und Süden (N-E-Quadrat in Abbildung 1) zu kommen, ohne einen Putsch zu riskieren. Diese ideologische Landkarte solle dazu beitragen, Freund von Feind zu unterscheiden (Seers 1983a: 47f.). Im AN-AE-Quadrat seien etwa die Interessen der TNC zu finden, es könnten aber auch lokale Kapitalisten und eine schmale Gruppe der Arbeiteraristokratie enthalten sein. Koalitionen könnten über die Quadrate hinausgehen, wie etwa jene gegen die Regierung Allende in

Chile, die das rechte obere und untere Quadrat umfasste (Seers 1983a: 187, Endnote 2).

Mit dem Kollaps des traditionellen Entwicklungsparadigmas suchten auch AutorInnen, die stärker an der Regionalentwicklung orientiert waren, nach Alternativen. Diese wurden nicht sozialistisch genannt, hatten aber deutliche antikapitalistische oder postkapitalistische Zugänge, in Opposition zu Aspekten kapitalistischer Produktionsweise hinsichtlich Eigentum, Teilhabe, Verteilung, Allokation, Wettbewerb, Demokratie, Freihandel, Ressourcenkontrolle, Planung und der Behandlung der natürlichen Umwelt. Ein selbstbestimmtes, Penetration von außen entgegenwirkendes Entwicklungsmodell, basierend auf eigenen Ressourcen (das aber in einer globalen Welt nicht nach Autarkie streben konnte) wurde „selective self-reliance“ genannt, stellte strategisch auf eine selektive Abkopplung ab („selective spatial closure“) und sollte auf lokaler, regionaler oder nationaler Ebene angewandt werden können (Stöhr 1985a: 232, vgl.: Stöhr 1981: 45, detaillierter: Stöhr/Tödting 1979: 152ff).

Dieter Nohlen (1985: 12) nannte sein Konzept „region-centered development“ oder „periphery up and inward development strategy“. Emanzipation stand bei diesen Überlegungen im Vordergrund, ebenso wie ein breiter Entwicklungsbegriff: nicht nur auf Wachstum beschränkt, sondern auch auf Beschäftigung, soziale Gleichheit, Teilhabe, Rechte, politische, ökonomische und kulturelle Autonomie und einen sorgsam Umgang mit der Natur abzielend (Stöhr 1983b: 124, 1981: 39f, Nohlen/Schultze 1985b: 48.). Der funktionalen Integration in den transnationalen Kapitalismus sollte begegnet werden, „territory over function“ nannte es John Friedmann (1983: 156) bzw. „life space over economic space“. Die Subordination der peripheren Region müsse beendet werden (Nohlen/Schultze 1985b: 20ff, 42f). Deutlich war auch bei Nohlen und Schultze (1985b: 50ff), dass die politische Umsetzung wenig Spielraum hatte, wenn die regionalen politischen Strukturen als von außen determiniert angesehen wurden. Stöhr (1981: 63) sah seine Alternativen für Regionen, die im alten Entwicklungsparadigma ohnehin keine Perspektiven hatten. Friedmann (1983: 156) fokussierte auf die Nutzung vorhandener staatlicher Strukturen. Dezentrale und partizipative Entscheidung wurden herausgestrichen, graduelle Transformation und Entkoppelung vorgeschlagen („selective territorial closure“, Friedmann/Weaver 1979). Friedmann (1986: 205) unterschied

aber zwischen „endogenous or self-directed development“ und „self-reliant development“, das eine radikale politische Praxis voraussetzte. Erstere Entwicklung sei für Regionen „an Knotenpunkten der globalen Ökonomie [...] basierend auf großen Städten mit einer Funktion als Weltzentren der Kontrolle, Produktion und Kapitalakkumulation“. Periphere Regionen hätten nur zweitäre Alternative, „self-reliance“ erscheine „nicht als Frage der Verwendung von Politikinstrumenten durch den Staat, sondern als Form radikaler sozialer Praxis, die der Zivilgesellschaft entspringt“.

5. Schlussbemerkungen

Krise und politische Lösungsstrategien von Seiten der EU und der EU-Kernländer haben das Konzept der Peripherie wieder in den Fokus gerückt. Betrachtet man die Peripherie als mehr denn eine oberflächliche geografische Randerscheinung, muss man mit einem politökonomischen Instrumentarium an diese „sozialräumliche Dialektik“ zwischen Kern und Peripherie als holistisches oder dialektisches Ganzes herantreten. Will man das, führt an Überlegungen des Lateinamerikanischen Dependenzparadigmas kein Weg vorbei. Ich habe versucht, jene Netzwerke, die Überlegungen aus diesem Paradigma auf Europa anwandten, wieder in Erinnerung zu rufen. Dass dies an dieser Stelle nur mit einem Grad an Abstraktion geschehen kann, ist mir bewusst. Ich musste etwa alle jene AutorInnen aussparen, die sich mit Länder-, Regionen-, oder Sektorstudien beschäftigt haben.

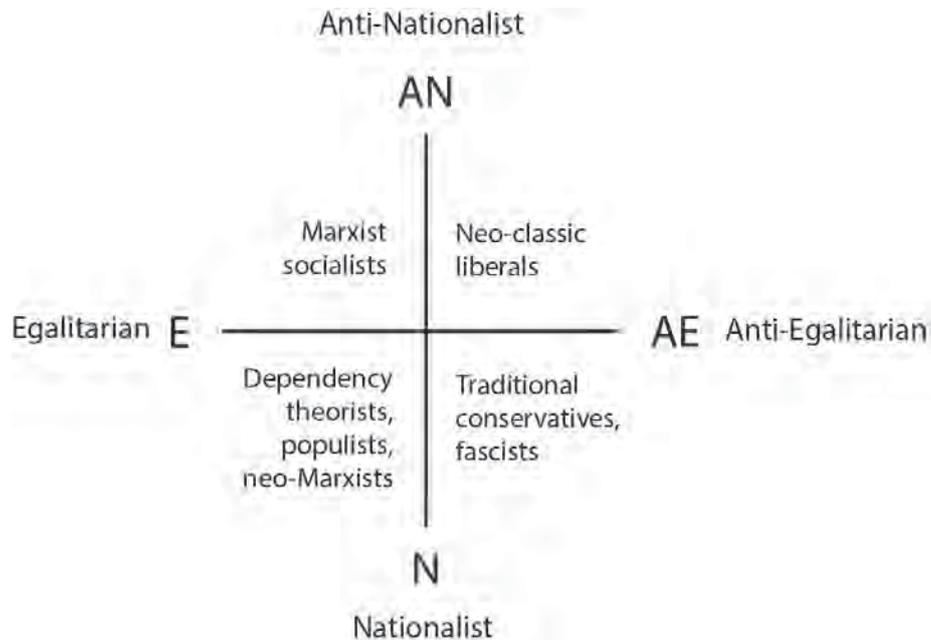
Gleichzeitig muss klar sein, dass sich manche AutorInnen gegen eine Aufnahme in eine „Europäische Dependenzschule“ gewehrt, andere aber, die ich nicht erwähnt habe, vielleicht hineinreklamiert hätten. Dafür wäre noch biografische Forschung notwendig. Die Rekonstruktion dieser „Schule“ bleibt auf jeden Fall eine Baustelle. Nach meinem Dafürhalten wurde diese „Schule“ als Arbeit an einem alternativen Paradigma zu den herrschenden Lehren (wozu neben ökonomischer Neoklassik, Neoliberalismus und Keynesianismus von einigen auch traditionelle marxistische Vorstellungen aus den Lehrbüchern der staatssozialistischen Länder gezählt wurden), aber auch als Baustelle beendet (vgl. Musto 1985a). Zumindest in Forschungszusammenhängen scheint dies in der Mitte

der 1980er Jahre geschehen zu sein, auch wenn einzelne Autoren danach noch kritische Publikationen veröffentlichten. Die Frage, weshalb es zu diesem Bruch kam, gehört zu möglichen Forschungsfragen, ebenso wie jene, was von dieser kritischen Theoriebildung in den sozialwissenschaftlichen, insbesondere ökonomischen Mainstream aufgenommen wurde. Eine These ist natürlich, dass die neoliberale Restauration, die Gesellschaft und damit Universitäten erfasst hatte, wenig Raum für solche kritischen Ansätze erlaubt hatte. Sicherlich können sich manche Elemente wie Dezentralisierung und Konzentration auf endogene Stärken einer Region in den heutigen theoretischen Hauptströmungen wiederfinden. Diese scheinen aber einerseits liberal interpretiert zu werden (Wettbewerbsregion, die sich auf Innovation und Technologie für die Exportproduktion besinnen soll), andererseits konnte man dies wohl auch aus einer neoliberalen Kritik an einer keynesianischen wirtschaftspolitischen Strategie herausfiltern. Meiner Ansicht nach haben jedenfalls die strukturellen Analysen der „Europäischen Dependenzschule“ Aktualität, sodass es sich lohnt, diese Forschungsagenda wieder aufzunehmen, zu präzisieren und vor allem für die heutige Situation fruchtbar zu machen. Weitere Forschung könnte etwa Dudley Seers' Überlegungen zu Osteuropa aktualisieren. Und natürlich hat sich seit den 1980er Jahren einiges geändert, weitere periphere Regionen wurden in die EU integriert, Deindustrialisierungsprozesse in der europäischen Peripherie haben die Situation im produktiven Sektor weiter verschärft, die Finanzialisierung gesellschaftlicher Reproduktion hat einen höheren Grad erreicht und die Europäische Währungsunion hat Kapitalflüsse ermöglicht, die einen Pseudo-Boom in der Peripherie auslösten (der den „tradeable sector“ nicht stimulierte, sondern in Bau-, Immobilien- und Finanzsektoren verpuffte) (Becker/Weissenbacher 2014, Becker/Jäger/Weissenbacher 2015).

Neben der Kraft der strukturellen Analyse scheint mir die Aktualität der „Europäischen Dependenzschule“ darin zu liegen, dass sie einen pragmatischen politischen Plan B vorschlägt. Der Plan A wäre eine Veränderung der globalen oder zumindest europäischen Produktionsweise. Wenn dies nicht in Aussicht ist, muss man kleinere Brötchen backen und die regionalen institutionellen Rahmenbedingungen nutzen, die sich bieten: ein Plan B. Ansätze für nationale oder regionale B-Pläne zeichnen sich längst ab. Die wirtschaftspolitische Orthodoxie, die sich an Faktoren im Wettbe-

werb orientiert und billige Arbeitskraft als billigen Input für die Herstellung der Konkurrenzfähigkeit einer Volkswirtschaft empfiehlt, wird in der Realität längst herausgefordert. Dies geschieht aber nicht nur in Griechenland, denn eine heterodoxe Wirtschaftspolitik ist kein Monopol für linke Parteien. Viktor Orbán in Ungarn nutzt Spielräume, die neue Regierung im Burgenland hat eine Politik angekündigt, die etwa bei öffentlichen Ausschreibungen burgenländische Unternehmen und Beschäftigung privilegieren soll.

Die Frage ist also, wie man diese regionalen Spielräume inhaltlich füllt und politisch nutzt. Die hier präsentierten Ansätze der „Europäischen Dependenzschule“ schlagen egalitäre (antirassistische) Strategien vor, sie werden als Alternativen verstanden: „Self-Reliance“ bedeutet eine inklusive, nicht-hierarchische Gesellschaft, die Kooperation vor Wettbewerb betont, Harmonie mit der Natur vor Ausbeutung und soziale Bedürfnisse vor unendlichen persönlichen Wünschen. Sie repräsentiert die eine beste Chance für das Überleben der Menschheit“ (Friedmann 1986: 205). Die Ansätze inkludieren eine selektive territoriale Abkoppelung, können aber auch eine Reihe von anderen kreativen Maßnahmen setzen. Eine Herausforderung des EU-Wettbewerbsregimes, das ganz offensichtlich TNC nutzt, etwa durch einen Niedrigsozialstandard- oder Steuerwettbewerb, scheint mir dabei zentral. Aber auch keynesianische Lösungsvorschläge (Entwicklung „von oben“, „nach außen orientiert“) würden kritisch betrachtet werden. Wenn man grundsätzliche Überlegungen zu Produktion und Konsum in einer Welt mit endlichen Ressourcen anstellt, sind die Überlegungen der „Europäischen Dependenzschule“, die ja auch an die Arbeiten des Club of Rome anknüpfen, anschlussfähig an Argumente aus der Postwachstumsökonomie, der Nahrungsmittelsouveränität und der Kritik der „imperialen Lebensweise“ (Brand/Wissen 2011).



Graphik 1: Ideologische Landkarte

Quelle: Seers 1983a: 48

- 1 Dieser Beitrag wurde durch Fördergelder des Jubiläumsfonds der Österreichischen Nationalbank (Projektnummer: 15471) unterstützt.

Literatur

- Arrighi, Giovanni (Hg., 1985): *Semiperipheral Development. The Politics of Southern Europe in the Twentieth Century*. Beverly Hills/London/New Delhi: Sage.
- Bassand, Michel/Brugger, Ernst/Bryden, John/Friedmann, John/Stuckey, Barbara (Hg., 1986): *Self-Reliant Development in Europe. Theory, Problems, Actions*. Aldershot/Vermont: Gower.
- Becker, Joachim/Jäger, Johannes/Weissenbacher, Rudy (2015): Uneven and dependent development in Europe: The crisis and its implications. In: Jäger, Johannes/Springler, Elisabeth (Hg.): *Asymmetric Crisis in Europe and Possible Futures. Critical Political Economy and Post-Keynesian Perspectives*. London/New York: Routledge, 81-97.
- Becker, Joachim/Weissenbacher, Rudy (2014): Berlin Consensus and Disintegration: Monetary Regime and Uneven Development in the EU. In: Dymarski, Włodzimierz/Frangakis, Marica/Leaman, Jeremy (Hg.): *The Deepening Crisis of the European Union: The Case for Radical Change. Analysis and Proposals from EuroMemo Group*. Poznań: Poznań University of Economics Press, 5-32.

- Bienefeld, Manfred (1980): Externalising Problems in a Future EEC. In: Seers, Dudley, and Vaitos, Constantine (Hg.): *Integration and the Unequal Development. The Experience of the EEC.* London/Basingstoke: Macmillan, 291-306.
- Bienefeld, Manfred (1981): Dependency and the Newly Industrialising Countries (NICs): Towards a Reappraisal. In: Dudley Seers (Hg.): *Dependency Theory. A Critical Reassessment.* London: Pinter, 79-96.
- Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2011): Sozial-ökologische Krise und imperiale Lebensweise. In: Demirović, Alex/Dück, Julia/Becker, Florian/Bader, Pauline (Hg.): *Vielfachkrise. Im finanzdominierten Kapitalismus.* Hamburg: VSA, 79-94.
- Brugger, Ernst/Stuckey, Barbara (1986): Introduction: Self-reliant development in Europe. In: Bassand, Michel/Brugger, Ernst/Bryden, John/Friedmann, John/Stuckey, Barbara (Hg.): *Self-Reliant Development in Europe. Theory, Problems, Actions.* Aldershot/Vermont: Gower, 1-5.
- CEPAL (Hg., o.J.): Raúl Prebisch and the Challenges of Development of the XXI Century. *Textos Esenciales: Introduction to Keynes.* <http://prebisch.cepal.org/en/works/introduction-keynes>, 11.8.2015.
- Cardoso, Fernando Henrique (1977): The Consumption of Dependency Theory in the United States. In: *Latin American Research Review*, 12 (3), 7-24.
- Chilcote, Ronald (1978): A Question of Dependency. In: *Latin American Research Review*, 13 (2), 55-68.
- Danescu, Elena Rodica (2013): A rereading of the Werner Report of 8 October 1970 in the light of the Pierre Werner family archives – a detailed study. Sanem: Centre Virtuel de la Connaissance sur l'Europe.
- Deubner, Christian (1982): West German Attitudes. In: Seers, Dudley/Vaitos, Constantine (Hg.): *The Second Enlargement of the EEC. The Integration of Unequal Partners.* London and Basingstoke: Macmillan, 43-56.
- Evangelinides, Mary (1979): Core-Periphery Relations in the Greek Case. In: Seers, Dudley/Schaffer, Bernard/Kiljunen, Marja-Liisa (Hg.): *Underdeveloped Europe: Studies in Core-periphery Relations.* Sussex: Harvester, 177-195.
- Fine, Ben (2006): The New Development Economics. In: Kwame Sundaram, Jomo/Fine, Ben (Hg.): *The New Development Economics. After the Washington Consensus.* New Delhi/New York/London: Zed Books, 1-20.
- Friedmann, John (1983): Life Space and Economic Space: Contradictions in Regional Development. In: Seers, Dudley/Öström, Kjell (Hg.): *The Crisis of the European Regions.* London and Basingstoke: Macmillan, 148-162.
- Friedmann, John (1986): Regional development in industrialised countries: Endogenous or self-reliant? In: Bassand, Michel/Brugger, Ernst/Bryden, John/Friedmann, John/Stuckey, Barbara (Hg.): *Self-Reliant Development in Europe. Theory, Problems, Actions.* Aldershot and Vermont: Gower, 203-216.
- Friedmann, John/Weaver, Clyde (1979): *Territory and Function: the Evolution of Regional Planning.* London: Arnold.

- Giner, Salvador (1985): Political economy, legitimation and the state in Southern Europe. In: Hudson, Ray/Lewis, Jim (Hg.): Uneven development in Southern Europe: studies of accumulation, class, migration and the state. London/New York: Methuen, 309-350.
- Holland, Stuart (1979): Dependent Development: Portugal as Periphery. In: Seers, Dudley/Schaffer, Bernard/Kiljunen, Marja-Liisa (Hg.): Underdeveloped Europe: Studies in Core-periphery Relations. Sussex: Harvester, 139-160.
- Holman, Otto (2002): Die Neue Europäische Peripherie. Ost- und Süderweiterung der Europäischen Union im Vergleich. In: Prokla, 32 (2), 399-420.
- Hurtienne, Thomas (1981): Peripherer Kapitalismus und autozentrierte Entwicklung – zur Kritik des Erklärungsansatzes von Dieter Senghaas. In: Prokla, 11 (3), 105-136.
- Hurtienne, Thomas (1984): Theoriegeschichtliche Grundlagen des sozialökonomischen Entwicklungsdenkens. Band 2: Paradigmen sozialökonomischer Entwicklung im 19. und 20. Jahrhundert. Saarbrücken/Fort Lauderdale: Breitenbach.
- Kiljunen, Marja-Liisa (1980): Regional Disparities and Policy in the EEC. In: Seers, Dudley/Vaitsos, Constantine (with the assistance of Kiljunen, Marja-Liisa) (Hg.): Integration and the Unequal Development. The Experience of the EEC. London/Basingstoke: Macmillan, 199-222.
- Lipietz, Alain (1987): Mirages and Miracles. The Crisis of Global Fordism. London: Verso.
- Marsh, David (2011): The Euro. The Battle for the New Global Currency. New Edition. New Haven/London. Yale University Press.
- Muñoz, Juan/Roldán, Santiago/Serrano, Angel (1979): The Growing Dependence of Spanish Industrialization on Foreign Investment. In: Seers, Dudley/Schaffer, Bernard/Kiljunen, Marja-Liisa (Hg.): Underdeveloped Europe: Studies in Core-periphery Relations. Sussex: Harvester, 161-175.
- Musto, Stefan (1982): Structural Implications. In: Seers, Dudley/Vaitsos, Constantine (Hg.): The Second Enlargement of the EEC. The Integration of Unequal Partners. London/Basingstoke: Macmillan, 67-91.
- Musto, Stefan (Hg., 1985a): Endogenous Development : a Myth or a Path? Problems of Economic Self-Reliance in the European Periphery. Tilburg: EADI.
- Musto, Stefan (1985b): The Loss of Hegemony: Sensitive Industries and Industrial Policies in the European Community. In: Musto, Stefan/Pinkele, Carl (Hg.): Europe at the Crossroads. Agendas of the Crisis. New York et al.: Praeger, 85-102.
- Nikolinakos, Marios (1985): Transnationalization of production, location of industry and the deformation of regional development in peripheral countries: the case of Greece. In: Hudson, Ray/Lewis, Jim (Hg.): Uneven development in Southern Europe: studies of accumulation, class, migration and the state. London/New York: Methuen, 192-210.

- Nohlen, Dieter (1985): Ungleiche Entwicklung und Regionalpolitik in Südeuropa (Italien, Spanien, Portugal). Eine Einführung. In: Nohlen, Dieter/Schultze, Rainer-Olaf (Hg.): Ungleiche Entwicklung und Regionalpolitik in Südeuropa: Italien, Spanien, Portugal. Bochum: Brockmeyer, 9-15.
- Nohlen, Dieter (o.J.): Dieter Nohlen – Curriculum Vitae, <http://www.nohlen.uni-hd.de/de/cv.html>, 2.12.2014.
- Nohlen, Dieter/Schultze, Rainer-Olaf (1985a): Vorwort. In: Nohlen, Dieter/Schultze, Rainer-Olaf (Hg.): Ungleiche Entwicklung und Regionalpolitik in Südeuropa: Italien, Spanien, Portugal. Bochum: Brockmeyer, 7-8.
- Nohlen, Dieter/Schultze, Rainer-Olaf (1985b): Ungleiche Entwicklung und Regionalpolitik in Südeuropa. Externe Verursachungsfaktoren und endogene Entwicklungschancen. In: Nohlen, Dieter/Schultze, Rainer-Olaf (Hg.): Ungleiche Entwicklung und Regionalpolitik in Südeuropa: Italien, Spanien, Portugal. Bochum: Brockmeyer, 17-73.
- Palma, Gabriel (1981): Dependency and Development: A Critical Overview. In: Dudley Seers (Hg.): Dependency Theory. A Critical Reassessment. London: Pinter, 20-78.
- Palma, Gabriel (2008): De-industrialization, ‚Premature‘ De-industrialization and the Dutch Disease. In: Steven Durlauf/Lawrence Blume (Hg.): The New Palgrave Dictionary of Economics. Basingstoke: Palgrave.
- Schlupp, Frieder (1980): Federal Republic of Germany. In: Seers, Dudley/Vaitsos, Constantine (Hg.): Integration and the Unequal Development. The Experience of the EEC. London/Basingstoke: Macmillan, 176-198.
- Seers, Dudley (1977): Back to the Ivory Tower? The Professionalisation of Development Studies and their Extension to Europe. In: IDS Bulletin, 9 (2), 6-11.
- Seers, Dudley (1979): The Periphery of Europe. In: Seers, Dudley/Schaffer, Bernard/Kiljunen, Marja-Liisa (Hg.): Underdeveloped Europe: Studies in Core-periphery Relations. Sussex: Harvester, 3-34.
- Seers, Dudley (1980a): The Cultural Lag in Economics. In: Pajestka, Josef/Feinstein, Charles (Hg.): The Relevance of Economic Theories. London/Basingstoke: Macmillan, 3-16.
- Seers, Dudley (1980b): Theoretical Aspects of Unequal Development at Different Spatial Levels. In: Seers, Dudley/Vaitsos, Constantine (Hg.): Integration and the Unequal Development. The Experience of the EEC. London/Basingstoke: Macmillan, 9-23.
- Seers, Dudley (1981): Introduction. In: ders. (Hg.): Dependency Theory. A Critical Reassessment. London: Pinter, 13-19.
- Seers, Dudley (1982): Introduction. In: Seers, Dudley/Vaitsos, Constantine (Hg.): the Second Enlargement of the EEC. The Integration of Unequal Partners. London/ Basingstoke: Macmillan, 1-21.
- Seers, Dudley (1983a): The Political Economy of Nationalism. London et al.: Oxford University Press.

- Seers, Dudley (1983b): Preface: Regional Problems and Development Theory. In: Seers, Dudley/Öström, Kjell (Hg.): *The Crisis of the European Regions*. London/Basingstoke: Macmillan, ix-xiii.
- Seers, Dudley (1983c): The Applications of Development Theories within Europe. In: Dobozi, István/ Mándi, Péter (Hg.): *Emerging Development Patterns: European Contributions*. Selected Papers of the 3rd General Conference of EADI, 11-14.11.1983. Budapest: EADI/Institute for World Economy of the Hungarian Academy of Sciences, 517-521.
- Seers, Dudley/Schaffer, Bernard/Kiljunen, Marja-Liisa (Hg., 1979): *Underdeveloped Europe: Studies in Core-periphery Relations*. Sussex: Harvester.
- Seers, Dudley/Vaitsos, Constantine (Hg., 1980): *Integration and the Unequal Development. The Experience of the EEC*. London/Basingstoke: Macmillan.
- Seers, Dudley/Vaitsos, Constantine (Hg., 1982): *The Second Enlargement of the EEC. The Integration of Unequal Partners*. London/Basingstoke: Macmillan.
- Soja, Edward (1980): The Socio-Spatial Dialectic. In: *Annals of the Association of American Geographers* 70 (2), 207-225.
- Soms García, Esteban (2010): *ODEPLAN/MIDEPLAN: Una escuela para el cambio social*. Santiago: Ministerio de Planificación, Gobierno de Chile.
- Stöhr, Walter (1981): Development from Below: The Bottom-Up and Periphery-Inward Development Paradigm. In: Stöhr, Walter/Taylor, Fraser (Hg.): *Development from Above or Below? The Dialectics of Regional Planning in Developing Countries*. Chichester et al.: Wiley, 39-72.
- Stöhr, Walter (1983a): Alternative Strategies for Integrated Regional Development. In: Seers, Dudley/Öström, Kjell (Hg.): *The Crisis of the European Regions*. London and Basingstoke: Macmillan, 6-14.
- Stöhr, Walter (1983b): Alternative räumliche Entwicklungsstrategien endogener ‚selektiver Eigenständigkeit‘. In: *Österreichische Zeitschrift für Soziologie*, 8 (3), 117-134.
- Stöhr, Walter (1983c): Changing External Conditions and a Paradigm Shift in Regional Development Strategies. In: Pinkele, Carl/Musto, Stefan (Hg.): *Europe at the Crossroads: Agendas of the Crisis*. New York: Praeger, 283-307.
- Stöhr, Walter (1985a): Selective Self-reliance and Endogenous Regional Development – Pre-conditions and Constraints. In: Nohlen, Dieter/Schultze, Rainer-Olaf (Hg.): *Ungleiche Entwicklung und Regionalpolitik in Südeuropa: Italien, Spanien, Portugal*. Bochum: Brockmeyer, 229-249.
- Stöhr, Walter (1985b): Industrial Structural Change and Regional Development Strategies. Towards a Conceptual Framework. Paper presented at the joint UNIDO/IGU Symposium on Regional Development Processes/Policies and the Changing International Division of Labour, Vienna, August 20-24, 1984. Wien.
- Stöhr, Walter/Taylor, Fraser (Hg. 1981): *Development from Above or Below? The Dialectics of Regional Planning in Developing Countries*. Chichester et al.: Wiley.

- Stöhr, Walter/Tödting, Franz (1979): Spatial equity: Some anti-thesis to current regional development doctrine. In: Folmer, Hendrik/Oosterhaven, Jan (Hg.): Spatial inequalities and regional development. Boston/The Hague/London: Nijhoff, 133-160.
- Szentes, Tamás (1983): The TNC Issue: Naive Illusions or Exorcism and Lip-Service. In: Dobozi, István/Mándi, Péter (Hg.): Emerging Development Patterns: European Contributions. Selected Papers of the 3rd General Conference of EADI. Budapest, 97-118.
- Tsoukalis, Loukas (1982): Impact on the European Monetary System (EMS). In: Seers, Dudley/Vaitsos, Constantine (Hg.): The Second Enlargement of the EEC. The Integration of Unequal Partners. London/Basingstoke: Macmillan, 163-175.
- Tsoukalis, Loukas (1997): The New European Economy Revisited. Oxford et al.: Oxford University Press.
- Vaitsos, Constantine (1980): Corporate Integration in World Production and Trade. In: Seers, Dudley/Vaitsos, Constantine (Hg.): Integration and Unequal Development. The Experience of the EEC. London/Basingstoke: Macmillan, 24-45.
- Vaitsos, Constantine (1982a): Transnational Corporate Behaviour and the Enlargement. In: Seers, Dudley/Vaitsos, Constantine (Hg.): The Second Enlargement of the EEC. The Integration of Unequal Partners. London/Basingstoke, 137-162.
- Vaitsos, Constantine (1982b): Conclusions: Economic Effects of the Second Enlargement. In: Seers, Dudley/Vaitsos, Constantine (Hg.): The Second Enlargement of the EEC. The Integration of Unequal Partners. London/Basingstoke: Macmillan, 243-268.
- Weissenbacher, Rudy (2015): Integration and Disintegration of the Periphery: Perspectives from the ‚European Dependency School‘. Unveröffentlichtes Manuskript.
- Woodward, Susan (1985): The Economic Crisis in Southern Europe: Origins and Political Responses. In: Pinkele, Carl/Musto, Stefan (Hg.): Europe at the Crossroads: Agendas of the Crisis. New York: Praeger, 103-132.

Abstract

In diesem Beitrag soll die Ausstrahlung des lateinamerikanischen Dependenzparadigmas auf Europa rekonstruiert werden. Die theoriegeschichtliche Analyse konzentriert sich dabei nicht auf die Rezeption der lateinamerikanischen Schule selbst, sondern im Vordergrund steht vielmehr, wie Elemente dieser Denkschule in den 1970er und 1980er Jahren auf die europäische Situation angewandt wurden. Dafür werden Forschungsnetzwerke und deren Analysen zu Kern-Peripherie-Beziehungen in

Europa dargestellt. All diese Netzwerke standen dem alten Entwicklungsparadigma – von manchen als ‚von oben‘ oder ‚nach außen orientiert‘ bezeichnet – kritisch gegenüber. Ein neues Paradigma ‚von unten‘ sollte hingegen strategische Elemente einer selektiven Abkoppelung und der ‚self-reliance‘ enthalten. Der europäische Integrationsprozess spielte für viele eine wichtige Rolle in den Einschätzungen zukünftiger Entwicklung, die noch heute eine große Aktualität zu besitzen scheinen. Der Autor hält es für fruchtbar, die Forschungsagenda der „Europäischen Dependenzschule“ wieder aufzunehmen, zu präzisieren und an die geänderten Rahmenbedingungen anzupassen.

In this contribution to the history of theory, the author reconsiders the impact of the Latin American dependency paradigm on Europe. The analysis does not deal with the reception of the Latin American dependency school itself, but rather focuses on elements of this school as they were used to explain the European situation in the 1970s and 1980s. For that purpose, it delineates research networks and their analyses of core-periphery relations in Europe. All of these networks had a critical attitude towards the old development paradigm. Some called it development 'from above' or 'to the outside'. A new paradigm was to include strategic elements of a 'selective spatial closure' and 'self-reliance'. For many, the European integration process played an important role in their estimates of future developments. Much of this analysis still seems relevant and topical today. The author considers it fruitful to take up the research agenda of the 'European dependency school', to re-define it, and adapt it to altered contemporary circumstances.

Rudy Weissenbacher
Institut für Außenwirtschaft und Entwicklung,
Wirtschaftsuniversität Wien
rweissen@wu.ac.at

SchwerpunktreakteurInnen und AutorInnen

Fernanda Beigel ist Soziologin im Nationalen Rat für Wissenschaftliche und Technische Forschung (CONICET) in Argentinien. Sie arbeitet als Professorin an der Universidad Nacional de Cuyo in Mendoza.

Matthias Ebenau ist hauptamtlicher Dozent für Betriebswirtschaftslehre und Politische Ökonomie am Bildungszentrum Beverungen der deutschen Gewerkschaft IG Metall sowie Lehrbeauftragter an Universitäten in Deutschland und Argentinien.

Tanja Ernst arbeitet am Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung in Dortmund und ist dort für den Bereich Presse und Öffentlichkeitsarbeit/Wissenstransfer verantwortlich sowie in der Forschungscoordination tätig.

Stefan Pimmer ist Sozialwissenschaftler mit Schwerpunkt Lateinamerika und Redakteur des Journals für Entwicklungspolitik.

Lukas Schmidt ist Lehrbeauftragter am Institut für Internationale Entwicklung der Universität Wien sowie an der Fachhochschule des BFI Wien.

Rudy Weissenbacher ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Außenwirtschaft und Entwicklung der Wirtschaftsuniversität Wien.

Die letzten Ausgaben

- 1/11 Giovanni Arrighi: A Global Perspective / Giovanni Arrighi: Eine globale Perspektive
- 2/11 Entwicklungsfinanzierung / Development Finance
- 3/11 Beyond Transitional Justice / Übergangsjustiz
- 4/11 Internet und Demokratie / Internet and Democracy
- 1/12 Welfare Regimes in the Global South / Sozialstaaten im Globalen Süden
- 2/12 Tiefe Integration in den Nord-Süd-Beziehungen / Deep Integration
- 3/12 Socioecological Transformations / Sozialökologische Transformationen
- 4/12 Post-Development: Empirische Befunden / Post-Development: Empirical Aspects
- 1/13 Sexualitäten und Körperpolitik / Sexuality and body politics
- 2/13 Trading Knowledge in a Global Information Society: The Southern Dimension of TRIPS and GATS / Die Kommodifizierung des Wissens in der globalen Informationsgesellschaft
- 3/13 Gutes Leben für alle: Ein europäisches Entwicklungsmodell / Good Life for All: A European Development Model
- 4/13 Southern Africa: 20 Years Post-Apartheid / Südliches Afrika: 20 Jahre Post-Apartheid
- 1/14 Rethinking Resistance in Development Studies / Widerstand und Entwicklungsforschung
- 2/14 Financialisation of Food, Land, and Nature / Finanzialisierung von Nahrung, Land und Natur
- 3/14 Rohstoffpolitik und Entwicklung / Resource Politics and Development
- 4/14 Capitalist Peripheries: Perspectives on Precarisation from the Global South and North
- 1/15 Civil Society, Cooperation and Development / Zivilgesellschaft, Kooperation und Entwicklung
- 2/15 Gewerkschaftsarbeit in Nord und Süd / Unionism in the Global North and South

Die kommenden Hefte

- 4/15 Informalität und Formalität im globalen Kapitalismus / Informality and Formality in Global Capitalism
- 1/16 Fascist Trends in Times of Crisis / Faschistische Tendenzen zu Zeiten der Krise

Informationen für AutorInnen

Das Journal für Entwicklungspolitik (JEP) ist eine der führenden wissenschaftlichen Zeitschriften für Fragen von Entwicklungstheorie und -politik im deutschsprachigen Raum. Alle Beiträge werden anonym begutachtet (double-blind, peer-reviewed). Die Publikation erfolgt in Englisch oder Deutsch. Die Zielsetzung des JEP ist es, ein Forum für eine breite kritische Diskussion und Reflexion für verschiedene Dimensionen gesellschaftlicher Entwicklungen in Süd und Nord zu bieten. Dabei wird auch das Verhältnis zwischen theoretischen Weiterentwicklungen im Bereich von Entwicklungsforschung und konkreten entwicklungspolitischen Prozessen ausgelotet. Gesellschaftlich relevantes Wissen über Entwicklungsprobleme und Entwicklungspolitik wird in einer interdisziplinären Herangehensweise aufbereitet und zugänglich gemacht.

Manuskriptvorschläge können
eingesendet werden an:
office@mattersburgerkreis.at
Weitere Hinweise unter:
www.mattersburgerkreis.at/jep

Siehe auch: [www.facebook.com/
journal fuer entwicklungspolitik](http://www.facebook.com/journal fuer entwicklungspolitik)

Information for Contributors

The Austrian Journal of Development Studies is one of the leading journals in its field in the German speaking area. Articles are reviewed anonymously (double-blind, peer-reviewed) and published in German or English. The journal provides a forum for a broad critical debate and reflection on different dimensions of societal transformation and on North-South relations. Specifically, the relationship between cutting edge theoretical advances in the field of development studies and actual development policies is addressed. Politically relevant knowledge about issues of development is provided in an accessible, interdisciplinary way.

Article proposals can be sent to:
office@mattersburgerkreis.at
Further information:
www.mattersburgerkreis.at/jep

See also: [www.facebook.com/
journal fuer entwicklungspolitik](http://www.facebook.com/journal fuer entwicklungspolitik)



Journal für Entwicklungspolitik (JEP)

ISSN 0258-2384, Erscheinungsweise: vierteljährlich

Heft XXXI, 3-2015, ISBN 978-3-902996-07-7

Preis des Einzelhefts: Euro 11,90

Preis des Jahresabonnements: Euro 42,00 (Österreich);

Euro 52,00 (Europa); 62,00 (Welt). Weitere Informationen:

www.mattersburgerkreis.at/jep/bestellen.php

Abonnementbezug über die Redaktion:

Journal für Entwicklungspolitik, Sensengasse 3, A-1090 Wien,

office@mattersburgerkreis.at, www.mattersburgerkreis.at/jep

Das Abonnement kann unter Einhaltung einer dreimonatigen
Kündigungsfrist zum Jahresende gekündigt werden.

1. Auflage 2015

© Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik

Alle Rechte vorbehalten. Jede Verwertung bedarf der vorherigen
schriftlichen Zustimmung der Redaktion. Namentlich gekennzeichnete
Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Verlages wieder.

Satz: Weiderand Kommunikationsdesign, www.weiderand.net, Wien

Druck: Interpress, Budapest

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz

Medieninhaber: Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik an den
österreichischen Universitäten, Sensengasse 3, A-1090 Wien

Grundlegende Richtung des JEP: Wissenschaftliche Analysen und
Diskussionen von entwicklungspolitischen Fragestellungen und Berichte
über die entwicklungspolitische Praxis. Verantwortlich für Inhalt und
Korrekturen sind die AutorInnen bzw. die Redaktion.

PROKLA 181

Geopolitische Konflikte nach der „neuen Weltordnung“

2015 - 160 Seiten - € 14,00
ISBN: 978-3-89691-381-4

Nur ein knappes Vierteljahrhundert nach ihrer Ausrufung durch George H.W. Bush befindet sich die „neue Weltordnung“ in Auflösung. Davon bleiben auch die wissenschaftlichen Beschreibungen der „neuen Weltordnung“ nicht unberührt. Welche Art der Weltordnung sich gegenwärtig herausbildet, ist auch in der marxistischen Diskussion keineswegs unumstritten.

**PROKLA -
günstiger im Abonnement!**



Jens Becker (Hrsg.)

Einblicke in das kubanische Gesundheits- und Sozialsystem
(Schriftenreihe Hans-Böckler-Stiftung)

2015 - 276 Seiten - 29,90 €
ISBN: 978-3-89691-716-4

Kubanische ÄrztInnen und PflegerInnen sind weltweit gefragtes Fachpersonal. Insbesondere Ausbildung, Grundlagenforschung, Prävention und medizinische Versorgung gelten als vorbildlich. Bislang fehlte es jedoch an einem profunden Einblick in dieses durchaus umstrittene, staatlich gelenkte Gesundheitssystem, das sich vor dem Hintergrund knapper Ressourcen, niedriger Löhne und marktwirtschaftlicher Reformen im Umbruch befindet. Die Beiträge des Buches setzen sich kritisch mit dem kubanischen Gesundheits- und Sozialsystem auseinander.

